

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Köln

Jürgen Becker

KÖLLE. ODER: DER SCHLECHTE
RUF DER HÖLLE. EINBLICKE
IN DIE KÖLSCHE SEELE

Christian Werthschulte

„NACH“ KÖLN IST WIE „VOR“
KÖLN. DIE SILVESTERNACHT
UND IHRE FOLGEN

Frank Überall

WO DER UNERNST REGIERT.
POLITIK IM KÖLNER RATHAUS

Lena Foerster

NEUE HEIMAT AM RHEIN?
„GASTARBEITER“ IN KÖLN
ZWISCHEN 1955 UND 1983

Werner Jung

EINE GANZ NORMALE STADT.
EIN BLICK IN DIE KÖLNER
GESCHICHTE

Barbara Schock-Werner

DIE STADT UND DER DOM

Alexander Häusler

„KEIN KÖLSCH FÜR NAZIS“.
KOMMUNALES WIR-GEFÜHL
ALS POLITISCHE
MOBILISIERUNGSRESSOURCE

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Köln

APuZ 1-3/2017

JÜRGEN BECKER

KÖLLE. ODER: DER SCHLECHTE RUF DER HÖLLE – EINBLICKE IN DIE KÖLSCHE SEELE
Spätestens seit dem Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln 2009 und den Vorfällen vor dem Bahnhof in der Silvesternacht 2015/16 versuchen die Ordnungskräfte der Stadt geradezu manisch, alles und jedes irgendwie in den Griff zu bekommen.

Seite 04–09

CHRISTIAN WERTHSCHULTE

„NACH“ KÖLN IST WIE „VOR“ KÖLN. DIE SILVESTERNACHT UND IHRE FOLGEN
Die Silvesternacht 2015/16 gilt als die Nacht, die Deutschland für immer verändert hat. Aber schon bevor die wichtigen Fakten bekannt waren, wurden die Ereignisse in Erklär- und Deutungsmuster eingebunden, die bereits lange vor Silvester existierten.

Seite 10–17

FRANK ÜBERALL

WO DER UNERNST REGIERT. POLITIK IM KÖLNER RATHAUS
Kommunalpolitik in Köln macht immer wieder bundesweit mit Skandalen Schlagzeilen. Der Schriftsteller Heinrich Böll attestierte der Stadt einen „Unernst“. Die Parteilose Henriette Reker will als Oberbürgermeisterin diesen Zuständen ein Ende setzen.

Seite 18–23

LENA FOERSTER

NEUE HEIMAT AM RHEIN? „GASTARBEITER“ IN KÖLN ZWISCHEN 1955 UND 1983
In Köln arbeiteten ab Mitte der 1950er Jahre zahlreiche „Gastarbeiter“. Hauptarbeitgeber türkischer Einwanderer war der Autohersteller Ford. Hier ereignete sich 1973 ein wilder Streik, der das Bild der „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik langfristig veränderte.

Seite 24–30

WERNER JUNG

EINE GANZ NORMALE STADT. EIN BLICK IN DIE KÖLNER GESCHICHTE
Häufig ist zu hören, Köln zeichne sich geschichtlich und bis auf den heutigen Tag durch eine besonders freiheitliche Art aus – als sei diese Eigenart typisch für Köln. Ein Blick in die Stadtgeschichte zeigt: Köln war und ist eine ganz normale Stadt.

Seite 31–38

BARBARA SCHOCK-WERNER

DIE STADT UND DER DOM
Es gibt vielleicht kein anderes Bauwerk auf der Welt, das so fest im Herzen der Menschen verankert ist wie der Dom in Köln. Für die Kölner ist es „Unser Dom“, völlig unabhängig welcher Glaubensrichtung sie angehören und ob sie überhaupt gläubig sind.

Seite 39–40

ALEXANDER HÄUSLER

„KEIN KÖLSCH FÜR NAZIS“. KOMMUNALES WIR-GEFÜHL ALS POLITISCHE MOBILISIERUNGSRESSOURCE
Das proklamierte Kölner Toleranzedikt stieß nach den Ereignissen der Silvesternacht auf medialen Widerspruch. Was aber hat es mit der „kölschen Toleranz“ auf sich? Gibt es in Köln tatsächlich eine Art Wir-Gefühl, das Widerstand gegen rechts mobilisieren kann?

Seite 41–46

EDITORIAL

Kölle du bes e Jeföhl – Köln du bist ein Gefühl, so lautet eine der unzähligen musikalischen Liebeserklärungen an die Stadt. Die Band Hühner behauptet darin, die Städte der Welt gesehen zu haben, die alle auf ihre Art gut und schön seien. Doch eines habe sie auf ihren Reisen stets vermisst: die jode, echte kölsche Aat – die gute, echte Kölner Art. Viele Kölnerinnen und Kölner glauben, ihre Heimatstadt zeichne sich traditionell durch eine besonders eigensinnige Lebensart aus. So sei der Kölner besonders obrigkeits- und herrschaftsfeindlich, freiheitsliebend, weltoffen und unkompliziert.

Diese Selbstzufriedenheit wurde den Kölnern spätestens mit dem Einsturz ihres Historischen Archivs 2009, bei dem zwei Menschen ums Leben kamen, aber vor allem nach den massenhaften sexuellen Übergriffen der Silvesternacht 2015/16 vorgehalten. Die Nacht wurde als „Schande“, „Schock“ und von Bundesjustizminister Heiko Maas sogar als „zeitweiliger Zivilisationsbruch“ bezeichnet. Der rheinische Froh- und Leichtsinn sei nicht nur für den Kölner Klüngel und für kommunalpolitische Pannen verantwortlich, sondern sei ebenso Teil einer falsch verstandenen politischen Korrektheit, welche die Ereignisse auf dem Bahnhofsvorplatz begünstigt habe.

In wenigen deutschen Städten scheint die Diskrepanz zwischen Eigen- und Fremdwahrnehmung so groß zu sein wie in Köln. Vielleicht macht gerade das die Kölner „Eigenart“ aus und führt dazu, dass in der Öffentlichkeit immer in besonderer Weise auf die Stadt geschaut wird. Seit dem vergangenen Jahr kämpft die Kölner Stadtgesellschaft um ihr Image im In- und Ausland, aber auch um ihr Selbstverständnis als weltoffene Stadt, das nach der Silvesternacht erschüttert wurde, und fragt sich: Wofür steht Köln?

Lorenz Abu Ayyash

ESSAY

KÖLLE. ODER: DER SCHLECHTE RUF DER HÖLLE

Einblicke in die kölsche Seele

Jürgen Becker

Spätestens seit dem Einsturz des Stadtarchivs 2009 und den Vorfällen vor dem Bahnhof in der Silvesternacht 2015/16 steht Köln weltweit für zwei Begriffe: Inkompetenz und sexuelle Übergriffe. Köln ist so etwas wie Lothar Matthäus als Stadt. Seit dieser Kränkung versuchen die Ordnungskräfte der Stadt Köln geradezu manisch, alles und jedes irgendwie in den Griff zu bekommen.

WIDERSPRÜCHE

Kurioses Beispiel ist das sogenannte Wegbier. Der Begriff umschreibt die Flasche Bier, die man auf dem Weg zu einer Party oder auch zur Arbeit trinkt. In anderen Bier-Regionen sagt man auch blumig „Fuß-Pils“. Der Hintergrund: Viele junge Leute können sich häufigen Kneipenbesuch nicht leisten. Sie kaufen sich günstiges Flaschenbier, das sie auf den Wegen und Plätzen trinken. Das wurde zu einer öffentlichen Feierkultur – allabendlich. Das führt vor allem im Sommer zu einer zwanglosen Atmosphäre im öffentlichen Raum: Wenig Arbeit, viele Feste, das ist doch immer noch das Beste!

Der Brüsseler Platz im belgischen Viertel ist das Eldorado des Wegbiers. Trotz des erbitterten Widerstands der Anwohner und dilettantischer Maßnahmen des Ordnungsamtes treffen sich hier bei gutem Wetter Tausende Kölner zum fröhlichen Quatschen und Trinken. Denn im Rheinland hat das Sprechen einen Wert an sich, unabhängig vom Inhalt. Der Rheinländer hört nicht zu. Er redet lieber selbst. Die Preußen waren oft verzweifelt über ihre Rheinprovinz, ein Machthaber soll damals in Köln mit folgenden Worten resigniert haben: „Du kannst sie nicht regieren, sie hören nicht zu!“

Heute aber will die Stadt Köln selbst die preußische Strenge vergangener Tage in den Schatten stellen. Im Herbst 2016 debattierte man im Stadtrat über eine neue Stadtordnung. Paragraph 11a will das Alkohol-Trinken hundert Meter um Schulen und Kindergärten verbieten. Eine kommunale Schnapsidee! Das wird sich in Köln nicht durchsetzen. Das wäre die Härte, auch für so manches Lehrerzimmer. Am Brüsseler Platz gab es bereits die erste Demo: „Freiheit dem Wegbier in Köln“.

Außerdem soll Straßenkunst um den Kölner Dom verboten werden und Straßenmusik nur noch 20 Minuten lang erlaubt sein. Das sind fast schlimmere Zustände als in Singapur. Von Hamburg bis München beneidet man die Kölner um ihre Lebensfreude, ihre Toleranz und ihre Lockerheit. Gleichzeitig wird in Köln etwa das Rauchverbot strenger umgesetzt als anderswo – und nun noch diese drohenden Verbote für Krademaler, Jongleure und Musikanten. Woher kommt dieser Widerspruch in der Kölner Seele?

Ich kann es mir nur so erklären: Im zweiten Weltkrieg haben die Briten Köln so lange bombardiert, bis nichts mehr funktioniert hat. Und dann haben Sie uns geholfen, eine Stadtverwaltung aufzubauen, damit das auch so bleibt. Das desaströse Versagen der Kölner Verwaltung insgesamt führt nun zu einer nahezu preußischen Strenge, die im Widerspruch zum Lebensgefühl der Rheinländer steht. Die Abkürzung AvO zeigt das: Es sind die „Arschlöcher vom Ordnungsamt“.

Diesen Fachterminus habe ich selbst überprüft. Mein Freund Alex wollte auf dem Parkplatz vor seiner Crêperie in der Kölner Südstadt eine Außengastronomie beantragen, was dort prinzipiell möglich ist. Er wollte dies jedoch nicht



Jürgen Becker am Rhein mit Blick auf die Kölner Südstadt.
Foto: Ben Grna

konventionell mit den üblichen Stühlen auf der Parkfläche machen, sondern mit seiner Renault Estafette, einem Oldtimer. Da können die Leute auf der niedrigen Ladefläche sitzen, die mit darauf gestellten Bänken und Tischen vom Schreiner dazu einlädt. Habe er, so Alex, schon mal in Berlin gesehen und das Ganze mit einem Parkticket mal unverbindlich getestet, gerade die jungen Leute fänden das super. Hippe Idee, aber wir sind in Köln! Ich sag: „Jung, ich jeh für Dich zum Amp. Gib mir Zeichnung, Plan und Foto.“ Ich dahin, den Umschlag kaum ausgepackt herrschte mich eine alte preußische Gouvernante an: „Das geht nicht!!!“ Ich sag: „Genau so hab ich mir dat hier vorgestellt. Ich bin doch Ihr Kunde, wieso bekomm ich eigentlich keinen Kaffee angeboten?“ – „Der Antrag kostet 500 Euro und ich muss Sie warnen, dass das keinerlei Aussicht auf Erfolg hat. Und wenn das jeder machen würde, dann stünde da ein Auto neben dem andern.“ „Ja“, sag ich, „genau wie jetzt auch“.

Soviel Dummheit wie bei den AvO gibt es in keinem Tierpark. Hier wird jede Eigeninitiative im Keim erstickt. „Wenn Sie einmal mit der Stadt Köln zusammengearbeitet haben, kاپieren Sie, warum das mit der DDR nicht funktionieren

konnte“, konterte ich. Auf dem Flur sortierte ich dann meine Zettel und hörte durch die geschlossene Bürotür das Fluchen des Amtsschimmels: „So ein Arschloch!“ Ich mache die Tür wieder auf: „Das ist aber nett, wie Sie über Ihre Kunden reden!“ Damit brachte ich die Furie in Verlegenheit. „Ja äh, damit ist ein Kollege gemeint.“ Aha! Wenn die sich schon untereinander so nennen, ist es also amtlich abgesegnet, was die Kölner auf der Straße sagen: „die Arschlöcher vom Ordnungsamt!“

MEHR LOMMERZHEIM WAGEN

Dabei ist man hier eigentlich stolz auf Improvisiertes: Komikerin Carolin Kebekus definiert es auf einer Bierreklame: „Köln ist wie backstage. Nicht gelect, aber authentisch“. Beispiele dafür findet man: eine abgeranzte Kaschemme, die Wände seit Jahrzehnten nicht renoviert, prähistorische Stromleitungen und Methusalems muffiges Mobiljahr. „Ja, so ist er, der Lommerzheim“, höre ich zustimmend, jene Kultkneipe in Köln-Deutz, die die Kölner Band Miljö zum Synonym für die wahre Stadt erhebt: „Su lang beim Lommi

die Lichter noch brennen, so lang stirbt der Kölner nicht aus!“

Doch während ich diese Zeilen tippe, sitze ich gar nicht in Köln, sondern im Berliner Neukölln in einem der üblichen Szenelokale. Niemand käme an der Spree auf die Idee, darüber ein Lied zu schreiben, hier sind solche Pinten die Norm. In Berlin ist es etwas Besonderes, wenn man mal eine Kneipe findet, in der die Wände nicht völlig unrenoviert sind und man sich nicht auf alten Autositzen vom Schrottplatz oder Sesseln vom Sperrmüll fläzt. Hier räkeln sich die Gäste sogar auf abenteuerlich zusammengezimmerter Hochbetten. Gegen diese kruden Kultstätten der Berliner ist der Kölner Lommerzheim ein Edelschuppen der Spitzengastronomie.

„So coole Kneipen wie in Berlin findet man in Köln einfach nicht.“ Meine Tochter schwört auf Berlin, und immer wenn ich sie dort besuche, zeigt sie mir ihre neuesten Entdeckungen. Natürlich machen geringere Mieten solch experimentelle Läden leichter möglich. Doch das ist nicht der einzige Grund für diese facettenreiche Vielfalt. Solche schillernde Blüten fantasievoller Gastronomie würde das Kölner Ordnungsamt sofort schließen. Die peniblen Fürsten der Kölner Verwaltung verstehen nicht den geringsten Spaß, bringen alle meine befreundeten Wirte regelmäßig zur Verzweiflung und mischen sich in jede Kleinigkeit ein. „Pingelig zu Lasten der Bürger“ beschreibt Peter Pauls im „Kölner Stadt-Anzeiger“ die Verwaltung treffend.

So konnte vermutlich der ursprüngliche Lommerzheim nach den Kriegswirren nur deshalb so notdürftig zusammengengeltet eröffnen, weil das Ordnungsamt noch völlig zerbombt in Schutt und Asche lag und anders als jetzt keinerlei Schaden anrichten konnte. Ob Bomber Harris dieses Amt mit modernem Zielgerät heute ohne Kollateralschäden noch einmal zerlegen könnte? Nach dem 20. Kölsch im Lommi würde man womöglich auf den Trichter kommen, dass dies einen Versuch wert sei.

Denn was macht man sonst mit diesen in kölscher Selbstbesoffenheit wuchernden Geschwüren der Stadt? Entlassen kann man verstrahlte Beamte ja leider nicht. Im Sinne kölscher Lebensfreude müsste man diese arroganten Spielverderber alle totkitzeln. Damit wäre viel Sand aus dem Getriebe Kölns verschwunden und man müsste nicht mehr den Lommerzheim als Museum einer vergangenen Epoche bewundern. Frei nach Ber-

lins ehemaligem regierenden Bürgermeister Willy Brandt hoffe ich hier am Rhein auf Besserung: „Mehr Lommerzheim wagen“. Doch während Köln schon fast die autoritäre Regelwut der SED für sich entdeckt, hat Berlin die DDR heldenhaft überwunden und ist heute die viel rheinischere Stadt! Und das nicht nur, was die Kneipen angeht. Was sind der Hubschrauberlandeplatz am Kalkberg, der Opernbau und das Wahldebakel gegen den Berliner Flughafen? (Klaus Wowerit sucht übrigens einen neuen Job. Er ist als Projektleiter beim Kölner U-Bahnbau im Gespräch.)

AMBIGUITÄTSTOLERANZ UND DREIFALTIGKEIT

Aber Köln ist nicht voll Panne, denn die AvO sind nicht überall. Immer schon zeigte Kölle am Rhing seine rheinische Seele, wenn die preußisch-pingeligen Ordnungskräfte in den Seilen hingen. Die Kölner Box-Legende Peter Müller schlug einst den Berliner Ringrichter Max Pippow k. o., nachdem dieser ihn wegen Klammers ernannte und ihn dabei einen „Zigeuner“ nannte. „Da han ich ihn usjeknock.“ Eine lebenslange Sperre war die Folge. Doch – glückliches Köln – nach zehn Monaten wurde diese wieder aufgehoben. Wegen seiner gebückten Kampfhaltung hieß der fünffache Deutsche Meister in Köln nur „dä Aap“ („der Affe“). Die Familie von Müllers Aap hatte in Köln-Zollstock einen Gemüseladen, und meine Mutter ging dort einkaufen. Ich mochte kein Gemüse, aber es war schön, in diesem Viertel aufzuwachsen. Doch was den Kölner ausmacht, erfuhr ich damals nicht von Müllers Aap. Ausgerechnet ein alter Schwarzweißfilm mit Heinz Rühmann eröffnete mir die Seele des Kölners: „Stelle m'r uns mal janz dumm“, sagt Professor Bömmel in „Die Feuerzangenbowle“. Die Schüler sabotieren die Lehranstalt mit einem Schild: „Wegen Bauarbeiten geschlossen.“ Der empörte Lehrkörper ruft wütend nach strengen Sanktionen, ist außer sich und berät aufgebracht, was nun zu tun sei. Bömmel bleibt entspannt und hat die richtige Antwort: „nix“.

Ambiguitätstoleranz – vom lateinischen *ambiguus* (zweifelhaft) – nennen Wissenschaftler die Fähigkeit, Dinge auszuhalten, die nicht so sind, wie sie der eigenen Meinung nach sein sollten. Die meisten Rheinländer kennen das Wort nicht, die Fähigkeit sehr wohl. Dass diese im Rheinland eigentlich stärker ausgeprägt ist als

etwa in Preußen, beweist folgende Geschichte: Mein Freund, der Autor Dietmar Jacobs, reiste mit seinen beiden Töchtern, zwei und sechs Jahre alt, nach Berlin. Doch bereits die kurze Taxifahrt vom Bahnhof ins Hotel scheiterte: „Nee, die Kleene kann ick nich mitnehmen. Die brauch 'ne Schaale.“ Das zweite Taxi in der Schlange war ebenfalls tabu: „Ick hab keenen Sitz für die Kleene, dat jeht nich.“ Dem dritten Taxifahrer versicherte der Vater, dass er das Kind anschnallen werde und die Verantwortung übernehme: „Nee, uff keenen Fall. Det is jejen det Jesetz.“ Keiner der zehn Berliner Taxen nahm sich des gestressten Trios an, sie mussten die Strecke zu Fuß bewältigen. Zurück in Köln stiegen die drei am Hauptbahnhof ins Taxi. Der Fahrer drehte sich grinsend um und meinte im breitesten Kölsch: „Für normal darf ich üch jo janit metnemme – ävver et hilf jo nix, de Pänz müsse jo no huss“, lachte und fuhr los. Der Kölner Taxifahrer akzeptierte, dass die Kinder nicht so saßen, wie es sein sollte. Einen größeren Kontrast zum Kölner Ordnungsamt kann man sich kaum vorstellen.

Womöglich ist diese Ambiguitätstoleranz historisch gewachsen. Im Rheinland hat das Kollaborieren mit dem Feind meist Vorteile gebracht. Die Westfalen haben den Feind, die Römer, zwar zurückgeschlagen, so wie es sein sollte. Doch was hatten sie davon? Keine römischen Errungenschaften wie Wasserleitung, Dampfbad, Kultur und Christentum. Stattdessen weiter Tier- und Menschenopfer. Im Rheinland zeugen die Knochen der elftausend Jungfrauen, die Gebeine der Heiligen Drei Könige im Kölner Dom davon, dass die römische Hochkultur hier auf besonders fruchtbaren Boden fiel. Der Reliquienhandel hat Köln reich und zum Rom des Nordens gemacht, und den zeitlichen Vorsprung konnten die erst später christianisierten Westfalen nicht mehr aufholen.

Köln ist zuallererst mal römisch und dann erst katholisch. Das Katholische kommt im Rheinland so sehr an zweiter Stelle, dass man es im Grunde weglassen kann. So erlebt man am Rhein die Heilige Dreifaltigkeit – Vater, Sohn und Heiliger Geist –, entstanden aus der römischen Trias – Jupiter, Juno und Minerva – in vielen Facetten: Karneval, Kirche, Klüngel oder im privaten Bereich „Suffe, Poppe, Kaate kloppe“. Das lässt sich schwerlich übersetzen. Das ist Latein, ergänzt es doch das römische Duo Brot und Spiele um eine erotische Komponente.

So ist der rheinische Humor das philosophische Chassis der Ambiguitätstoleranz. Humor erfordert ein Gefühl des Spielerischen, die Freude an Widersprüchen. Religionen sind voller Widersprüche. Deshalb holt sich die Dreifaltigkeit des rheinischen Frohsinns – Prinz, Bauer und Jungfrau – ihren Segen im Kölner Dom ab. Die Religion segnet den Humor, oder ist es umgekehrt? Ist es nicht vielmehr der Humor, der hier die Religion segnet? Zeigt uns die Welt doch täglich, dass Religion ohne Humor brandgefährlich ist. Humor enthält eine Mischung von Elementen, die nicht zusammenpassen. Humor erfordert aber auch die Fähigkeit, Unsicherheit zu ertragen. Er bedroht die Autorität. Professor Bömmel in „Die Feuerzangenbowle“ untergräbt gar seine eigene Autorität: „Wenn Ihr jetzt nit wisst, wie en Dampfmaschin jeht, könnt Ihr dat im Buch nachlesen. Et steht überhaupt alles im Buch, wat ich erzähle!“ Will sagen: Im Grunde ist er völlig überflüssig.

Zusätzlich gehört zum Lachen ein Verlust der Selbstkontrolle und der Selbstdisziplin. All diese Elemente aber sind genaue Gegenpole zum Fundamentalismus. Dessen Anhänger schätzen ernste Tätigkeiten mehr als Spielereien, Sicherheit mehr als Unsinniges, Autorität mehr als Chaos. So haben auch die Taxifahrer im preußischen Berlin die Sicherheit und die Autorität des Gesetzgebers an oberste Stelle gerückt und dafür die Humanität geopfert.

AUTORITÄRER TRAUM

Genau das passiert nun auch in Köln. Die berühmte Silvesternacht scheint das liberale Köln ein Stück autoritärer zu machen und spiegelt damit auf kleinstem Raum eine Entwicklung wider, die wir auf dem gesamten Globus beobachten können. Der Historiker Philipp Blom glaubt gar, dass man die Welt heute nicht mehr in rechts und links einteilen könne. Aus seiner Sicht teilt sich die Welt in zwei neue Lager: Ein Teil der Welt träumt den liberalen Traum, ein anderer den autoritären Traum. Der liberale Traum thematisiert die Menschenrechte und die Freiheit. Er hat seinen Ursprung in der Aufklärung, sieht die Welt individualistisch und vor allem pluralistisch. So wie das liberale Köln: Jede Jeck is anders.

Der autoritäre Traum hingegen ist so alt wie die Welt, aber er lebt immer wieder neu auf. So wie jetzt, wenn viele Menschen nicht oder nicht

mehr an die Demokratie glauben. Der autoritäre Traum sucht nach starken Führern und einfachen Antworten, zu denen die langsame, kompromissbereite Demokratie nicht fähig sei. Der autoritäre Traum wütet gegen die Dekadenz der liberalen Lebensweise und der „unnatürlichen sexuellen Ausschweifungen“, so Blom. Der autoritäre Traum verbindet Donald Trump in den USA mit Wladimir Putin in Russland und Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei; ebenso Marine Le Pen in Frankreich mit Jarosław Kaczyński in Polen und Viktor Orbán in Ungarn. Und auch Pegida und AfD haben in dem Punkt mit den Kämpfern des sogenannten Islamischen Staates und den Salafisten mehr gemein, als ihnen lieb ist. Sie alle erliegen dem autoritären Traum, propagieren die Reinheit der Völker, sehen Frauen in traditionellen Rollen und verteufeln immer die Homosexualität. Das ist der Lackmusest, daran können sie ihn festmachen. Der autoritäre Traum mag durchaus attraktiv sein für viele, denen Freiheit Angst macht und zu kompliziert ist. „Donald Trump sorgt dafür, dass wir nicht alle schwul werden.“ Dafür sorgt in Köln keiner.

Aber jetzt, wo die neokapitalistische und marktradikale FDP keine Rolle mehr spielt, kann man das Wort liberal auch wieder lustvoll in den Mund nehmen – vor allem, um sich vom autoritären Traum abzugrenzen. Aber der wird es in Zukunft schwer haben: Denn er achtet Fremde, solange sie in der Fremde bleiben. Er will Fortpflanzung nur innerhalb der eigenen Kultur. Vor 80 Jahren sprach man noch von Rasse, so Blom. Doch das ist Schnee von gestern. Wegen der Klimaerwärmung werden sich nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration bis 2050 nochmal 200 Millionen Menschen auf den Weg machen müssen, weil sie in ihrer Heimat sonst verdursten oder durch die ansteigenden Meeresspiegel ersaufen. Der liberale Traum ist eben auch für die Klimakatastrophe verantwortlich. Jeder von uns war dabei. Da haben wir alle mitgemacht. Und dann kommt nicht nur der Afrikaner, sogar der Holländer. Der kann das Wasser nicht mehr halten und wird bei uns um Asyl bitten.

Der Holländer? Da fragen sich viele, brauchen wir nicht doch eine Obergrenze? Nein, denn in Zukunft wird das kölsche „Jede Jeck is anders“ ergänzt durch ein neues Motto: „Jede Jeck is von woanders.“ Was wir jetzt Flüchtlingskrise nennen, ist keine Krise, das ist ein Praktikum – eine

Fingerübung in der Turnhalle. Damit wir Integrations-Profis sind, wenn die Klimaflüchtlinge kommen. Und sie werden kommen, das kann auch die AfD nicht verhindern. Das Land, das am geschmeidigsten integriert, hat am Ende die besten Chancen. Und wir werden immer besser! Allein schon deshalb, damit wir uns später nicht so blamieren wie der Kölner Busfahrer, der neulich einen Afrikaner an der Haltestelle sah: „Oh, Bimbo will Busfahren?“ – „Ja“ – „Wo will Bimbo denn hin?“ – „Krankenhaus“ – „Oh, Bimbo krank?“ – „Näh Chefarzt“.

Dennoch sagen viele, im Rheinland sei die Toleranz gegenüber Fremden vielleicht etwas größer als in anderen Teilen der Republik. Wenn, dann liegt das wohl vor allem daran, dass man hier gelernt hat, das Positive im Fremden zu erkennen und davon zu lernen. In Köln lebten wir vor 2000 Jahren rechts und links des Rheins als Germanenstämme auf sehr niedrigem Niveau. Wenn wir mal mussten, haben wir ein Loch in die Erde gegraben und darin unseren Darm entleert. Damit waren wir zufrieden. Doch dann kam der Römer aus der Fremde und schlug vor: Wir bauen jetzt Klos und leiten unsere Exkremete mit Rohren in den Rhein. Da waren die Germanen auch erst dagegen, weil das so anders war. Aber dann haben die irgendwann kapiert: Das ist super. Für das ganze Rheinland! Die Kölner haben gerufen: „Toll! Unsere Kacke fließt von uns weg den Rhein runter.“ Und in Düsseldorf haben sie gerufen: „Das Rheinwasser verändert seine Farbe. Da brauen wir Bier draus!“

KÖLSCHES OTHERING

Dieser Witz mag platt sein, doch zeigt er: Die Angst vor dem Fremden erzeugt immer die Abgrenzung der eigenen Gruppe gegen eine andere. Jede Gruppe hält sich selbst und die eigenen Rituale für richtig und am besten. Jeder Ort und jede Ethnie glaubt, sie selbst sei die beste, was sie macht sei normal, und das Fremde sei unnormale. Deshalb besingen die Menschen die „Schönheit“ ihrer Heimat. Es gibt Lieder über Kufstein „die Perle Tirols“, ganz Paris „ist ein Theater“, Bochum „dein Herz ist aus Stahl“, sogar das Westfalenland „ist wieder außer Rand und Band“. Das Besondere in Köln: Hier gibt es nur solche Lieder!

Nicht nur die etablierten Kapellen De Räuber über De Paveier bis zu De Höhner besingen

den Dom, den FC, den „Rhing“, und die Kölsche „han em Häzze Sunnesching“. Auch die ganz jungen Bands von Kasalla bis Cat Balou bedienen dieses Muster kölscher Selbstbesoffenheit mit großem Erfolg und viel Charme, dem man sich kaum entziehen kann. Am Ende singt jeder mit und stimmt sogar den Hühnern zu: „Kölle, du bes e Jeföhl!“

Die positive Identität mag helfen, in der Globalisierung zu bestehen. Schließlich bringen fremde Kulturen oft Denkweisen und Rituale mit, die anders sind. In Neuseeland gibt es zum Beispiel Kulturen wie die Maori, da sind alle Mädchen schon mit zwölf Jahren tätowiert. Das kommt uns komisch vor. Bei uns ist das erst mit 14. Oder es gibt in Südostasien Völker, da treffen sich die Männer, die keinen Sex mehr haben, in speziellen Männerhäusern. Das gibt's bei uns auch. Aber hier heißt das „OBI“. Gerade von Afrika haben viele hier ganz falsche Vorstellungen. Die denken, da gibt es Kannibalen, die ihre Verwandten essen. Und das macht uns Angst. Andererseits isst man in Norddeutschland Labskaus. Und ich glaube, da schmecken meine Verwandten besser.

Die Psychoanalyse sagt ja, dass Fremdenangst von der Angst vor dem Fremden in der eigenen Seele kommt. Insofern berührt die Silvesternacht in Köln jeden zutiefst und wühlt einiges auf. Der autoritäre Traum macht sich hemmungslos Luft, auch auf den Internetseiten von Brings und Kasalla, die sich einem Shitstorm ausgesetzt sahen, weil sie sich für Ausländer und gegen Rechts einsetzen. Zeitweise mussten Sie ihre Homepages schließen. Der Rassismus ist in der vermeintlichen Mitte auch dieser Stadt angekommen. Erstaunlich aber bleibt, dass Menschen mit solchen Ressentiments die Songs dieser Musiker so toll finden, deren politische Gesinnung doch eindeutig links von der Mitte verortet ist. Sogar Rechtsradikale weilen unter ihren Fans.

Könnte es vielleicht sein, dass die Lobeshymnen „op Kölle, du ming Stadt am Ring“ denen so munden, die Kölle über alles lieben, weil sie „Deutschland, Deutschland über alles“ nicht mehr singen dürfen? Machen wir uns nichts vor: Kölschtümelei hat eine offene Flanke zum rechten Rand. Sowohl die rechtsextreme Partei Pro Köln als auch die AfD werben auf Plakaten mit Mundart-Slogans wie „Damit uns Kölle kölsch bliev“.

Dass die kölschen Bands ihre Stadt schön finden, sei ihnen unbenommen. Aber muss man

sie schön färben? Schließlich war das nicht immer so. Die bekanntesten kölschen Lieder wie „Mer losse d'r Dom in Kölle“ oder „In unserem Veedel“ von den Bläck Fööss waren auch eine Kritik an der Stadtsanierung und an der Spaltung der Stadt. Der Song „Kristallnaach“ von BAP steht für sich und sogar bei De Hühner fand man früher mal Kritik, zum Beispiel an der Situation der Migranten: „Wann jeiht für mich der Himmel wieder op?“ Köln ist eben nicht „E Jeföhl“ und „super tolerant“ und „nemp jeden an de Hand“, wie Tommy Engel so gerne singt. Hier gibt es vermutlich genauso viel rechtsextremes Gedankengut in der Bevölkerung wie in anderen Städten. Nur will man es oft nicht wahrhaben im kölschen Biotop, wo jeder Jeck anders ist und jeder Kölsch spricht. Dabei können die meisten kein Kölsch, und was ist daran schlimm? Denn die, die kein Kölsch sprechen sind die wahren Kölner. Die Zugezogenen, die „Imis“, die kein „kölsch Bloot“ haben, wie T-Shirts es in Frakturschrift propagieren. Denn die sind nicht einfach nach ihrer Geburt hier hängen geblieben, die haben sich bewusst für diese Stadt entschieden. Für dieses Biotop für Bekloppte.

„Hüsjer Sträßjer Jässjer“ – ja, es stimmt: „Mer han der Dom, d'r Ring un im kölsche Häzze Sunnesching.“ Und so klingt auch der Soundtrack der meisten kölschen Lieder: „Mer sinn wie mer sinn, un so wie mer sinn, simmer perfekt.“ Mit viel Fleiß könnte das in der Mischung mit den vielen Zugereisten vielleicht gelingen.

Mein Kollege Erwin Grosche aus Paderborn schrieb einst einen Satz, der im Positiven wie im Negativen eigentlich für jede Stadt gilt: „Der schlechte Ruf der Hölle liegt nicht an dem Ort. Sondern an den Leuten dort.“

JÜRGEN BECKER

ist Kabarettist, Autor und Fernsehmoderator aus Köln. Er gehört zu den Gründern der Stunksitzung.

„NACH“ KÖLN IST WIE „VOR“ KÖLN

Die Silvesternacht und ihre Folgen

Christian Werthschulte

Ereignisse erlangen nicht aus sich heraus Bedeutung, sondern erst, indem von ihnen erzählt wird. Dies gilt in besonderem Maße bei den sexuellen Übergriffen der Silvesternacht 2015/16 in Köln, Hamburg und anderen deutschen Städten. „Köln“ markiert in diesen Erzählungen verschiedene Dinge: das angebliche Ende der „Willkommenskultur“, die Notwendigkeit einer „ehrlichen“ Debatte über den Islam oder auch einen „Schock“. Das „Ereignis Köln“, schreibt die Kulturwissenschaftlerin Gabriele Dietze, sei „scheinbar überfüllt von Bedeutungen“, bleibe aber „in seinem Ereigniskern leer“.⁰¹ Die Ereignisse der Silvesternacht sind nur nach und nach an die Öffentlichkeit gelangt: Wie die Polizei genau die Domplatte geräumt hat und wann die ersten Anzeigen vorlagen, wurde nur durch langwierige Befragungen und Recherchen bekannt. 1222 Anzeigen gingen bei der Staatsanwaltschaft Köln ein, davon 513 wegen sexualisierter Gewalt. Es wurde gegen 333 mutmaßliche Täter in 267 Verfahren ermittelt. Rund ein Jahr später sind 24 Täter verurteilt, in einem Großteil der Fälle ließen sich die Täter aufgrund schlechter Kameraaufnahmen und traumatisierter Zeugen und Zeuginnen nicht feststellen. Dennoch setzte schon mit Bekanntwerden der ersten Übergriffe eine Debatte darüber ein, was diese bedeuten: für den Umgang mit Geflüchteten und dem Islam, für den Feminismus in Deutschland und für das Selbstverständnis der Stadt Köln.

SILVESTER IN DEN MEDIEN

Die Gewalttaten der Silvesternacht werden in der Regel in Erzähl- und Erklärungsmuster eingebettet, die bereits vor den Übergriffen existierten. Die Einbettung gelingt deshalb so leicht, weil die Berichterstattung über die Ereignisse nicht der üblichen Methode folgte: An Silvester selbst waren keine Journalistinnen und Journalisten vor Ort. Die einzige Quelle war

die verharmlosende Polizeimeldung vom Neujahrsmorgen mit dem Titel „Ausgelassene Stimmung – Feiern weitgehend friedlich“.⁰² Erst im Laufe des Neujahrstages meldeten sich Augenzeugen in der Facebook-Gruppe „Nett-Werk Köln“ oder wandten sich direkt an die Redaktionen der lokalen Medien. Auf deren Internetseiten erschienen die ersten Meldungen schon im Laufe des Tages, doch das Ausmaß der sexualisierten Gewalt wurde erst danach sichtbar. Die Kölner Boulevardzeitung „Express“ schrieb am Sonntag, dem 3. Januar, erstmals, dass es zu einer größeren Anzahl sexueller Gewalttaten gekommen sein könnte. Erst danach fand das Thema auch in den überregionalen Medien Niederschlag. Am 4. Januar sprach Kölns damaliger Polizeipräsident Wolfgang Albers von 60 Anzeigen, davon ein Viertel wegen sexueller Übergriffe. Fast alle überregionalen Medien griffen das Thema an diesem Tag auf. Die große Ausnahme war das ZDF, das nicht in der Hauptausgabe der „heute“-Sendung darüber berichtete. Der stellvertretende Chefredakteur Elmar Theveßen entschuldigte sich am nächsten Tag in einem Facebook-Posting: „Die Nachrichtenlage war klar genug. Es war ein Versäumnis, dass die 19-Uhr-heute-Sendung die Vorfälle nicht wenigstens gemeldet hat.“ Unter seinem Beitrag sammelten sich rund 2300 Kommentare, von denen viele den Sender der bewussten Fehlinformation beschuldigten.⁰³ Ebenfalls am 5. Januar gaben Albers und die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker eine gemeinsame Pressekonferenz. Reker erklärte, dass es keinen Hinweis darauf gebe, „dass es sich hier um Menschen handelt, die hier in Köln Unterkunft als Flüchtlinge“ bezogen hätten. Albers ergänzte, dass es keine Tatverdächtigen gebe.

Das Vertrauen in die Äußerungen der Polizei war zu diesem Zeitpunkt bereits auf einem Tiefpunkt. „Bild“ und „Spiegel Online“ veröffentlichten am 7. Januar ein ihnen zugespieltes Ge-

dächtnisprotokoll eines Bundespolizisten zur Lage vor dem Hauptbahnhof. Der Beamte berichtete von Böllerwürfen und massenhafter sexueller Belästigung durch „Asylbewerber“. Unter anderem wollte er gesehen haben, wie Aufenthaltstitel „mit einem Grinsen im Gesicht und der Aussage: ‚Ihr könnt mir nix, hole mir Morgen einen Neuen‘“ zerrissen worden seien.⁰⁴ Zudem wollte er den Satz „Ich bin Syrer, ihr müsst mich freundlich behandeln! Frau Merkel hat mich eingeladen“ gehört haben. Zwar äußerten Patrick Bahners in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und Georg Restle vom WDR-Magazin „Monitor“ Zweifel an der Darstellung des Beamten, da der Bericht erst vier Tage nach Silvester verfasst wurde und die von ihm zitierten Syrer etwas zu gut Deutsch sprechen.⁰⁵ Aber das Protokoll etablierte das dominante Narrativ über die Silvesternacht: Die Polizei hat uns belogen, es waren doch Flüchtlinge unter den Tätern.

Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ fügte ein entscheidendes Detail hinzu. Am Morgen des 8. Januar veröffentlichte er anonyme Stimmen aus dem Polizeiapparat, die behaupteten, tatverdächtige Geflüchtete aus Syrien, Irak und Afghanistan sollten aus politischen Gründen nicht im internen Polizeibericht auftauchen. Stattdessen stehe dort wider besseres Wissen die Formulierung „nordafrikanisch und arabisch aussehende Männer“. Am Nachmittag des 8. Januar entließ NRW-Innenminister Ralf Jäger den Polizeipräsidenten Wolfgang Albers. Die Einschätzung des Polizeiberichts stellte sich jedoch als weitgehend korrekt heraus. Bis Anfang Dezember 2016 hatte die Staatsanwaltschaft Köln 333 Beschuldigte ermittelt. Davon waren 109 Asylsuchende, 53 hielten sich illegal in Deutschland auf, in 80 Fällen konnte der Aufenthaltsstatus nicht ermittelt werden, nur 44

Verdächtige besitzen einen legalen Aufenthaltsstatus als Nicht-EU-Bürger. Menschen aus Marokko und Algerien bilden die Mehrheit der Tatverdächtigen.

Journalistische Fehleinschätzungen von Fakten sind häufig durch die Tagesaktualität bedingt und nicht immer vermeidbar. Nach Silvester überformte das Narrativ „Politik und Polizei lügen, arabische Männer sind gefährlich“ jedoch häufig die Wahrnehmung und damit auch die Themensetzung der Qualitätsmedien. Die Medienwissenschaftlerin Ricarda Drüeke arbeitete in einer Studie heraus, dass ARD und ZDF sich in ihrer Berichterstattung einseitig auf die als homogen wahrgenommenen Täter der Silvesternacht fokussierten und den gesamtgesellschaftlichen Rahmen sexueller Gewalt vernachlässigten.⁰⁶ Das WDR-Magazin „Westpol“ etwa folgte drei dunkelhäutigen jungen Männern mit verdeckter Kamera in den Kölner Hauptbahnhof, konnte aber kein Verbrechen aufzeichnen. Trotzdem wurden sie im Beitrag als „Antänzer“ bezeichnet und damit als Kriminelle markiert.⁰⁷ Gut drei Wochen nach der Silvesternacht hatten sich die großen Medien in der Berichterstattung immer stärker den Narrativen angeglichen, die jahrelang nur auf rechtsextremen Internetseiten wie „PI-News“ kursiert waren.

CDU und FDP beantragten Mitte Januar 2016 im NRW-Landtag einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA), der im Frühjahr 2017 seinen Abschlussbericht vorlegen wird. Der PUA offenbarte einige Faktoren, die zum Verlauf der Silvesternacht beigetragen haben. Der Kriminologe Rudolf Egg etwa, der vom PUA mit einem Gutachten zur Silvestergewalt beauftragt wurde, widerlegte das Gerücht, die Übergriffe seien geplant gewesen.⁰⁸ Er wies zudem auf die unpassenden polizeilichen Maßnahmen hin: „Zur Verhinderung der festgestellten Flut von Straftaten in dieser Nacht wäre ein möglichst rasches und vor allem frühzeitiges Eingreifen der Polizei und sonstiger Schutz- und Ordnungskräfte, also die konsequente Verfolgung erster Straftaten,

01 Gabriele Dietze, Das „Ereignis Köln“ in: *Femina Politica* 1/2016, S. 93–102, hier S. 93.

02 Polizei Köln, *Ausgelassene Stimmung – Feiern weitgehend friedlich*, Pressemitteilung, 1. 1. 2016, www.presseportal.de/blaulicht/pm/12415/3214905.

03 Siehe ZDF heute, 5. 1. 2016, www.facebook.com/ZDFheute/posts/10153865883565680:0.

04 WDR, *Der interne Bericht im Wortlaut. „Respektlosigkeit, wie ich sie noch nicht erlebt habe“*, 7. 1. 2016, www.wdr.de/themen/aktuell/dokumentation-bundespolizei-100.html.

05 Vgl. Patrick Bahners, *Köln: Die Regeln der Aussage*, 9. 1. 2016, www.faz.net/-14004599.html; Georg Restle, *Die Kölner Silvesternacht und das Versagen der Polizei*, 7. 1. 2016, www1.wdr.de/daserste/monitor/interaktiv/tagesthemen-kommentar110.html.

06 Vgl. Ricarda Drüeke, *Die TV-Berichterstattung in ARD und ZDF über die Silvesternacht 2015/16 in Köln*, Berlin 2016, S. 8.

07 Siehe WDR, *Übergriffe Köln: Was läuft da schief?*, 10. 1. 2016, www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/westpol/video-uebergriffe-koeln-was-laeuft-da-schief-100.html.

08 Rudolf Egg, *Gutachterliche Stellungnahme zu den anonymisierten Strafanzeigen der Ermittlungsgruppe Neujahr*, Wiesbaden 2016, S. 50.

ggf. auch die frühe Räumung und Sperrung größerer Flächen, erforderlich gewesen.“⁰⁹ Die Polizei sei personell überfordert gewesen und habe die Aussagen der Opfer über sexuelle Übergriffe nicht ernst genommen.¹⁰ Der Fokus des Untersuchungsausschusses auf das Versagen der Behörden bildet damit einen Gegensatz zu den Debatten der ersten Monate nach der Silvesternacht, in denen die Frage nach der Ethnizität der Täter in den Vordergrund gerückt war.

DOPPELTER EXZESS

Die Täter der Silvesternacht waren lange Zeit Phantome. Erst im Sommer veröffentlichte das „Zeitmagazin“ eine großangelegte Recherche, für die ihre Reporter und Reporterinnen mit einigen Tätern und Tatverdächtigen sprachen.¹¹ Ihre Geschichten ähneln sich. Viele Täter sind illegal aus Nordafrika nach Europa migriert und haben sich in der Schattenwirtschaft europäischer Großstädte durchgeschlagen. Ihre Migrationsgeschichte ist von Kleinkriminalität begleitet, die Autoren und Autorinnen erwähnen zudem, dass alle Tatverdächtigen, mit denen sie gesprochen haben, an Silvester alkoholisiert waren und Drogen genommen hatten. „Für Leute, die sich länger mit Migration beschäftigen, ist es nicht überraschend, was die Autoren herausgefunden haben“, sagt Migrationsforscher Martin Zillinger. Er spricht von einem „doppelten Exzess“ der Silvesternacht: der Exzess der sexualisierten Gewalt und einem Exzess im Diskurs.¹²

Die sexualisierte Gewalt wurde bereits kurz nach der Silvesternacht in Begriffen beschrieben, deren Konnotationen weit über die bekannten Ereignisse hinausreichen. Bundesjustizminister Heiko Maas nannte die Vorgänge einen „Zivilisationsbruch“, ein Begriff, der normalerweise für die Shoah Verwendung findet.¹³ Im Fokus standen dabei die überwiegend migrantischen Täter und Tatverdächtigen. So verwendet etwa der „Express“ seit der Silvesternacht die Polizeiterminologie „Nafri“ (Nordafrikaner) für die Berichterstattung über Tatverdächtige mit nordafri-

kanischem Migrationshintergrund und hat damit auch Stellung in der Debatte um die Nennung der Herkunft von Tatverdächtigen in Medienberichten bezogen, die nach den Silvesterübergriffen aufflammte.¹⁴

Mehrere Boulevardmedien und Illustrierte, darunter „Express“, „Bild“ und „Stern“ nannten die Übergriffe eine „Schande“ – ein Begriff, der Vorstellungen von Ehre oder (sexueller) Reinheit konnotiert. Semantisch näherten sie sich damit einem historischen Ereignis an: der „schwarzen Schmach“ oder auch „schwarzen Schande“. Dies war eine Kampagne des Kölner Bürgertums gegen die französische Besatzung des Rheinlands nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Die Kampagne konzentrierte sich darauf, dass auch Soldaten aus den französischen Kolonien (Nord-)Afrikas eingesetzt wurden: „Von der gezielten ‚Mulattisierung und Syphilisierung‘ und ‚Verseuchung des deutschen Volkes‘ war die Rede; die französischen Besatzer ließen ‚weiße Menschen in Treibjagden durch Senegalneger zusammenfangen‘, um der ‚bestialischen Wollust afrikanischer Wilder zu dienen‘ (...) Geradezu zwanghaft wurden Bilder bemüht, die blonde Frauen in der Gewalt schwarzer Männer zeigten; eine zu trauriger Berühmtheit gelangte Münze von Karl Goetz schmückte ein riesiger Penis mit französischem Stahlhelm, an den eine deutsche ‚Unschuld‘ gekettet war.“¹⁵

Die Analogie stößt jedoch an eine Grenze: Während der Kampagne gegen die „schwarze Schmach“ wurden viele sexuelle Übergriffe erfunden, bei der Silvesternacht geht die Staatsanwaltschaft Köln bislang nur von einer bewussten Fehlanzeige aus. Auch eine vor dem PUA gemachte Aussage über eine Vergewaltigung mit anschließender Schwangerschaft ist gegenstandslos geblieben.

⁰⁹ Ebd., S. 50f.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 39ff.

¹¹ Die Nacht, die kein Ende nimmt, Zeitmagazin, 23.6.2016, S. 17ff.

¹² Telefon-Interview mit dem Autor, 18.7.2016.

¹³ Zit. nach Nico Fried, Ein Wort zu viel, 7.1.2016, www.sueddeutsche.de/politik/-1.2808096.

¹⁴ Nach Silvester stellten mehrere Medien die Richtlinie 12.1 des deutschen Pressekodex infrage, nach der die Nennung der Herkunft von Tatverdächtigen in der Berichterstattung nur dann erfolgt, wenn dies für das Verständnis der Straftat von Belang ist. Der Presserat bekräftigte im März 2016, dass dieser Passus weiterhin gültig bleibt. Siehe Deutscher Presserat, Keine Änderung im Kodex, Pressemitteilung vom 9.3.2016, www.presserat.de/presserat/news/pressemitteilungen.

¹⁵ Tobias Nagl, „Die Wacht am Rhein“: „Rasse“ und Rassismus in der Filmpropaganda gegen die „schwarze Schmach“ (1921–1923), in: Hella Hertzfeldt/Katrin Schäfgen (Hrsg.), Kultur, Macht, Politik. Perspektiven einer kritischen Wissenschaft, Berlin 2004, S. 135–154, hier S. 138.

In den 1920er Jahren wie 2016 fokussierte sich die Debatte auf die Sexualität von Männern aus Nordafrika. Am plakativsten zeigte sich das in der von der „Bild“-Zeitung verwendeten Formulierung eines „Sex-Mobs“ am Kölner Hauptbahnhof. Aber auch die Qualitätsmedien zeigten denselben Fokus. Mitte Januar wollte „Die Zeit“ wissen: „Wer ist der arabische Mann?“ Die Antwort fiel ambivalent aus. Ein Redakteur berichtete von seinen Erlebnissen als arabischstämmiger Mann mit weißer Hautfarbe und den Anti-Araber-Sprüchen Berliner Taxifahrer, ein anderer arabischstämmiger Autor machte sich auf die Suche nach Klischees unter Berliner Arabern und fand nur ironische Anekdoten. Vier männliche Geflüchtete – überwiegend aus Syrien – gaben bereitwillig Auskunft über ihr konservatives Geschlechterbild. Alle Interviewten lehnten Sex vor der Ehe ab, berichteten aber auch, dass Gewalt gegen Frauen für sie ebenso tabu sei.

Gabriele Dietze merkte zu dieser Berichterstattung an, dass die Autoren versucht hätten, „das Wissensobjekt ‚Arabischer Mann‘ in einer bestimmten autoritativen Version zu etablieren“. Konstitutiv dafür sei, „am arabischen Mann den aufgeklärten westlichen Mann zu konstruieren“. ¹⁶ Beispielhaft dafür stehe eine Aussage des „Zeit“-Redakteurs Bernd Ulrich: „Deutschland hat nach zwei militärisch und moralisch verlorenen Kriegen, nach Jahren des antiautoritären und antipatriarchalischen Kampfes eine immense Fähigkeit darin entwickelt, Männlichkeit zu entgiften. (...) Dem deutschen Stuhlkreis entkommt auf Dauer keiner.“ ¹⁷

ERKLÄRUNGSFORMEL

Die Täter werden über ihre Herkunft charakterisiert, ihre aktuellen Lebensumstände zwischen Kleinkriminalität und Flüchtlingsunterkunft nicht thematisiert. So werden die Gründe für die Übergriffe geografisch in die Herkunftsländer verschoben und kulturalisiert. Dies wird besonders deutlich in einem über soziale Netzwerke weitverbreiteten Text des ehemaligen ARD-Korrespondenten in Nordafrika, Samuel

Schirmbeck, der sich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ unter der Überschrift „Sie hassens uns“ zu Wort meldete. Schirmbeck berichtet von der Alltäglichkeit sexueller Übergriffe, denen Frauen, darunter seine ehemaligen Mitarbeiterinnen, in Nordafrika jeden Tag „hunderttausendfach“ ausgesetzt seien. Verantwortlich dafür sei eine „islamische Grundeinteilung der Welt“, die „den Übergriff auf ‚westliche‘, gleich ‚ungläubige‘ Frauen“ ermögliche. Die Schizophrenie dieses „außer Rand und Band geratenen“ Islams habe „sich diesmal vor dem Kölner Hauptbahnhof ausgetobt“. Begünstigt worden sei dies durch die linksliberale Toleranz in Deutschland: „Das gesamte linke und linksliberale Spektrum baute (...) eifrig an einem Multikulti-Schutzprotektorat für das Kopftuch samt dahinter steckendem Frauenbild, den Hass auf den ‚Westen‘, die Verschonung des Islams vor jeder Kritik.“ ¹⁸

Die Formel „Köln = arabisch-islamistisches Frauenbild + linksliberale Toleranz“ hatte auch Monate nach Silvester noch mediale Konjunktur: Am 11. Mai 2016 war Samuel Schirmbeck zu Gast in der Talkshow „Maischberger“. Das Thema lautete „Mann, Muslim, Macho: Was hat das mit dem Islam zu tun?“ Neben Schirmbeck war auch „Emma“-Chefredakteurin Alice Schwarzer eingeladen, in deren Deutung der Silvesternacht Schirmbecks Thesen einen Widerhall finden. In ihrem im Mai 2016 erschienenen Buch „Der Schock – Die Silvesternacht von Köln“ behauptet sie, seit einem Vierteljahrhundert herrsche in Deutschland „eine Political Correctness – allen voran befeuert von Grünen und Protestanten –, die nicht wahrhaben will, dass es mit spezifischen Menschengruppen spezifische Probleme geben kann.“ Diese Haltung ersetze „den Fremdenhass ihrer Väter und Großväter (...) durch eine nicht minder blinde Fremdenliebe“. ¹⁹ Auch Schwarzer sieht die Herkunft der Täter, die sie als „schriftgläubige Scharia-Muslime“ bezeichnet, die „aus traditionell offenen frauenfeindlichen Kulturen“ stammen, als ursächlich für die Gewalt in der Silvesternacht. Die Täter seien „Männer, für die Frauen ‚unrein‘ sind und am Abend nichts auf der Straße zu suchen haben, sonst sind sie Freiwild. Männer, für

¹⁶ Gabriele Dietze, Ethnosexismus. Sex-Mob-Narrative um die Kölner Silvesternacht, in: *Movements* 1/2016, S. 1–16, hier S. 12.

¹⁷ Bernd Ulrich, *Wer ist der arabische Mann?*, 17. 1. 2016, www.zeit.de/2016/03/sexismus-fluechtlinge-islamismus-araber-frauen.

¹⁸ Vgl. Samuel Schirmbeck, *Sie hassens uns*, 11. 1. 2016, www.faz.net/aktuell/-14007010.html.

¹⁹ Alice Schwarzer, *Der Schock – Die Silvesternacht von Köln*, Köln 2016, S. 30.

die die Polizei nicht zu respektieren ist, weil für sie die Scharia über dem Gesetz steht. Männer, für die alle Nicht-Muslime Ungläubige sind und zu verachten.“²⁰ Während für Schwarzer eine kulturelle Prägung der Schlüssel zur Erklärung der Übergriffe ist, steht dem eine Aussage der Polizei Köln gegenüber: „Männer aus Nordafrika sind in den letzten Jahren bei Sexualdelikten nicht signifikant in Erscheinung getreten“, erklärte Norbert Wagner von der Kriminalpolizei bereits im Januar 2016 im Rahmen einer Pressekonferenz.²¹

Schwarzers Haltung ist zum Teil einer publizistischen Strategie geschuldet. Sie und ihre Zeitschrift „Emma“ stilisieren sich damit zur feministischen Pressestimme, die bereits lange vor den Übergriffen in der Silvesternacht vor den Gefahren islamistischer Misogynie warnte.²² Die Position steht im Kontrast zur Initiative „#ausnahmslos“, die unter anderem von der Redaktion des „Missy Magazine“, der Medienberaterin Anne Wizorek und der freien Autorin Kübra Gümüşay ins Leben gerufen wurde.²³ Nach Silvester veröffentlichten sie ein Manifest, bei dem die Reform des Sexualstrafrechts im Vordergrund steht.²⁴ Nach Vorstellung der Unterzeichnerinnen soll hier sowohl der Grundsatz „Nein heißt Nein“ gelten als auch die sexuelle Belästigung, etwa das Grapschen, als eigenständige Straftat eingeführt werden.²⁵ Mit der im Juli 2016 vom Bundestag verabschiedeten Reform des Sexualstrafrechts wurden beide Forderungen umgesetzt, jedoch wurde das

Gesetz in Reaktion auf die Silvesternacht um einen „Gruppenstraftatbestand“ ergänzt sowie das Aufenthaltsrecht verschärft. Seither kann eine sexuelle Gewalttat von Ausländern zur Ausweisung führen. Die Unterzeichnerinnen von „#ausnahmslos“ lehnten diese „Doppelbestrafung auf Grundlage der Staatsbürgerschaft“ ab, da „die Bundesregierung mithilfe des geplanten Gesetzes nun einen Zusammenhang zwischen Sexualstraftaten und Aufenthaltstatus herstellt und rassistischen Vorurteilen dadurch Vorschub leistet.“²⁶

Auch in Köln haben feministische Initiativen, Institutionen und Einzelpersonen auf die Silvesternacht reagiert. Schon kurz danach gab es einige Demonstrationen, zum Internationalen Frauentag im März fand eine mit 3500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besuchte Demonstration unter dem Motto „Reclaim Feminism – unser Feminismus ist antirassistisch“ statt. Die Initiative „agisra“, die geflüchtete Frauen mit Migrationshintergrund betreut, erneuerte nach Silvester ihre Forderung, dass die Stadt Köln ein Wohnheim nur für geflüchtete Frauen einrichten sollte. Schon seit Längerem ist angekündigt, ein Heim in der Kölner Südstadt umzuwidmen, bislang wurde dies nicht umgesetzt.

„DU BES KÖLLE, DU BES SUPER TOLERANT“

Die Kölner Stadtgesellschaft kämpfte nach Silvester zunächst um ihr Selbstbild als tolerante Stadt, das nach den Übergriffen nicht mehr selbstverständlich erschien. „Du bes Kölle, du bes super tolerant. Nimps jeden op d'r Ärm – un an de Hand“, heißt es im Lied „Du bes Kölle“ des ehemaligen Bläck-Fööss-Sängers Tommy Engel. Es wird immer dann angestimmt, wenn diese Toleranz infrage gestellt wird.

Die Silvesternacht stellte diese Eigenwahrnehmung vor ein Dilemma, denn die Kölner mussten zur Kenntnis nehmen, dass ihnen diese Toleranz auch negativ ausgelegt werden kann.²⁷

20 Ebd., S. 18, S. 33, S. 19.

21 Zit. nach Anja Albert/Christian Werthschulte, Eine Nacht und ihre Folgen, in: Stadtrevue 2/2016, S. 7.

22 Um diese Kontinuität zu konstruieren, sind in „Der Schock“ drei ältere Texte von Schwarzer abgedruckt, die sich mit der Kopftuchdebatte, der „falschen Toleranz“ für „Gotteskrieger“ sowie dem Frauenbild von Menschen mit maghrebinischem Migrationshintergrund während der Ausschreitungen in den Pariser Banlieues beschäftigen.

23 Stefanie Lohaus und Anne Wizorek hatten bereits wenige Tage zuvor einen Text veröffentlicht, der die Vorstellung eines „importierten Sexismus“ zurückwies. Siehe Stefanie Lohaus/Anne Wizorek, Die Rape Culture wurde nicht nach Deutschland importiert – sie war schon immer da, 6. 1. 2016, www.vice.com/de/read/die-rape-culture-wurde-nicht-nach-deutschland-importiert-sie-war-schon-immer-da-aufschrei-118.

24 Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos, 9. 1. 2016, www.ausnahmslos.org/post/136955076055/gegen-sexualisierte-gewalt-und-rassismus-immer.

25 Die Abwesenheit einer eigenständigen Straftat „sexuelle Belästigung“ kritisiert auch Alice Schwarzer. Vgl. Schwarzer (Anm. 19), S. 33.

26 „#ausnahmslos-Initiator_innen kritisieren Verschärfung des Aufenthaltsgesetzes im Zuge der Sexualstrafrechtsreform“, 7. 7. 2016, www.ausnahmslos.org/post/147035553660/pressemitteilung-ausnahmslos-initiatorinnen.

27 So sprach etwa der Journalist Markus Schwering vom „Köln-Bashing“ und bezog sich dabei auf eine Reihe von Artikeln in überregionalen Medien. Siehe Markus Schwering, Reaktionen auf Vorfälle an Silvester. Wie sich Feingeister von heute und damals vor Köln ekeln, 30. 1. 2016, www.ksta.de/23571520.

Drei Wochen nach Silvester haben sich prominente Kölner, darunter Friedenspreisträger Navid Kermani, BAP-Sänger Wolfgang Niedecken, die Künstlerin Rosemarie Trockel und Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki, mit einer „Kölner Botschaft“ an die Öffentlichkeit gewandt: „Wir lieben die Vielfalt unserer Stadt, die Lebenslust, das immer etwas Chaotische, nicht ganz so Reglementierte, niemals Stubenreine, aber auch die Gastfreundschaft und Offenheit für Lebensformen, Kulturen und Sprachen, die erst seltsam anmuten und kurz darauf bereits zum Alltag gehören“, heißt es in der Präambel des Textes.²⁸ Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner stellten vier wesentliche Forderungen auf: keinerlei Tolerieren von sexueller Gewalt; Kampf gegen bandenmäßige Kriminalität; Konsequenzen aus dem behördlichen Versagen; Ende der fremdenfeindlichen Hetze.

Dank der Mitarbeit der meisten Printmedien im Rheinland fand die „Kölner Erklärung“ breite Resonanz. Lediglich Ekaterina Degot, die künstlerische Leiterin der Akademie der Künste der Welt, kritisierte den Text für die Stilisierung Kölns als tolerante Stadt. Dieser Lokalpatriotismus, so Degot, sei „nicht nur provinziell und in sich geschlossen, auf beleidigende Weise selbstherrlich und blind in dem Glauben an die eigene ‚Offenheit‘, sondern politisch gesehen problematisch, da er ‚uns‘ von ‚denen‘ abgrenzt“. Die Kölner Botschaft bediene „sich im Wesentlichen eines ethnischen Rahmens zur Definition des anderen, wobei die Unterscheidung zwischen ‚uns‘ und ‚denen‘ vor allem anhand jener rassistischen Kriterien erfolgt, welche die öffentliche Meinung dominieren.“²⁹ Ein Beispiel dafür ist die Passage in der „Kölner Botschaft“, in der gefordert wird, sexualisierte Gewalt nicht zu tolerieren. Dort wird einerseits erklärt, in Deutschland werde „alle drei Minuten eine Frau Opfer einer Vergewaltigung, etwa drei Viertel von ihnen in der eigenen Familie oder im Bekanntenkreis“.³⁰ Gleichzeitig stellt der Text einen Machismo „in Milieus von Menschen arabischer oder orientalischer Herkunft“ heraus. Auch wenn Degot die Widersprüche der „Kölner

Botschaft“ deutlich herausarbeitet, fanden ihre Einwände in Köln keine große Resonanz, was auch mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung kurz vor Weiberfastnacht zusammenhing.

Schon früh war klar, dass Karneval 2016 zu einer Bewährungsprobe für Stadt und Polizei stilisiert werden würde. Bereits bei der ersten Pressekonzferenz nach Silvester am 5. Januar hatte Oberbürgermeisterin Reker betont, wie wichtig es sei, „dass wir uns das Karnevalfeiern in Köln durch solche Vorfälle nicht nehmen lassen“. Karneval ist zum einen das identitätsstiftende Volksfest, bei dem alleine zum Rosenmontagszug rund 1,5 Millionen Zuschauer kommen, darunter viele Touristen. Zum anderen ist er ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mehr als 2000 Polizistinnen und Polizisten waren 2016 an Karneval im Einsatz, und anders als in den Vorjahren führte die Polizei Sexualstraftaten gesondert in ihrer Pressemitteilung auf. An den Karnevalstagen kam es zu 66 Anzeigen wegen Sexualdelikten, darunter ein Übergriff auf eine Reporterin vor laufender Kamera. Die Polizei führte dies auf das gesteigerte Anzeigeverhalten zurück. Zur Sessionseröffnung am 11. November 2016 fehlten Angaben über Sexualdelikte wieder.

LAW AND ORDER OP KÖLSCH

Nicht nur über die Sicherheitslage während des Karnevals wurde kurz nach den Übergriffen diskutiert, auch der öffentliche Raum rund um den Kölner Dom rückte ins Zentrum der Debatte. Am 8. Januar ließ der „Express“ unter der Überschrift „Räumt hier endlich auf“ fünf verschiedene Kölner – allesamt männlich – zu Wort kommen, die rund um den Kölner Dom arbeiten.³¹ Alle fünf forderten einen neuen Umgang mit der Domumgebung und befürworteten eine stärkere Präsenz von Polizei und Ordnungsamt. So wünschte sich etwa Markus Trier, Direktor des Römisch-Germanischen Museums, dass „rund um den Dom konsequent aufgeräumt“ wird. Unter dem Artikel wurde Oberbürgermeisterin Reker mit dem Statement zitiert, der Dom müsse wieder ein Aushängeschild sein. Auffällig ist, dass die tatsächlichen Nutzer der Domumgebung – Touristen, Pendler oder die Straßenkünstler auf der Domplatte – ebenso we-

28 Kölner Botschaft, 22. 1. 2016, www1.wdr.de/nachrichten/koelner-botschaft-102.html.

29 Ekaterina Degot, Der Westen muss endlich Verantwortung übernehmen, 30. 1. 2016, www.academycologne.org/de/article/828_ekaterina_degot_zur_koelner_botschaftoder.

30 Kölner Botschaft (Anm. 28).

31 Räumt hier endlich auf, in: Express, 8. 1. 2016, S. 22.

nig zitiert wurden wie Organisationen, die den Opfern von sexueller Gewalt oder anderen Verbrechen helfen. Die Debatte setzte sich im Laufe des Januars fort. Peter Pauls, Chefredakteur des „Kölner Stadt-Anzeigers“, erinnerte daran, dass seine Zeitung schon vor zwei Jahren einen Plan zur Verbesserung der Domumgebung präsentiert hatte. Dom- und Stadtdechant Robert Kleine forderte schließlich eine Schutzzone rund um das Kölner Wahrzeichen.

Politik und Verwaltung griffen seinen Vorschlag auf, wenn auch verzögert: Im Oktober wurden die Pläne der Stadt Köln für eine Neufassung der Stadtordnung bekannt, die das Verhalten im öffentlichen Raum reguliert. Zu den Vorschlägen gehörte eine Schutzzone um den Dom, in der organisiertes Betteln und Straßenmusik verboten sind. Am 12. Dezember 2016 verabschiedeten die Gremien die neue Stadtordnung. Straßenmusik bleibt zwar erlaubt, unterliegt aber strengeren Auflagen. Die Regelungen für das Betteln wurden stadtweit verschärft. In der Kölner Politik wurde die Neufassung vor allem mit Rückgriff auf die Silvesternacht diskutiert, obwohl bei den Übergriffen weder Bettler noch Straßenmusikanten eine Rolle gespielt hatten.³² Damit bestätigte sich eine Beobachtung des ehemaligen Kölner Polizeidirektors Udo Behrendes: „Letztlich werden seitdem auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) Grundfragen zum Gewaltmonopol des Staates und zur Sicherheit und Kontrolle des öffentlichen Raumes erörtert. Die mit teilweise ‚heißer Nadel gestrickten‘ Positionspapiere, Handlungskonzepte und Gesetzesinitiativen gehen dabei thematisch vielfach über den eigentlichen Bezugsrahmen der Erkenntnisse der Kölner Silvesternacht hinaus.“³³

Behrendes konstatierte einen Rückgang der Gewalt- und Straßenkriminalität und zitierte eine Studie des Bundeskriminalamtes, derzufolge die Fallzahlen von Kriminalität durch Zuwanderer ebenfalls gesunken sei.³⁴ Damit stellte er die empirischen Grundlagen der Forderung nach einer Schutzzone um den Dom infrage. Diese Forderung folgt den Imperativen

des Stadtmarketings und der Restaurierung einer Kölner Identität als tolerante Stadt.

Exemplarisch zeigt sich das auch im bislang letzten Kapitel: der Umgang der Stadt mit der Silvesternacht 2016/17. Schon früh hatte die Stadt Köln angekündigt, eine eigene Veranstaltung ausrichten zu wollen. Ein Konzert auf der Domplatte wurde aufgrund von Ordnungs- und Sicherheitsbedenken verworfen, sodass sich die Stadt letztlich für eine Videoinstallation entschied. Mit dem Lichtkunst-Projekt „Time Drifts Cologne“ des Künstlers Philipp Geist wird das Domumfeld mit Begriffen und anderen Projektionen erleuchtet, um Köln so ins Bild zu setzen, wie es sich selber sieht: „als traditionsreiche Kulturmetropole, lebendig, vielfältig, modern und dabei vor allem sicher und zivilisiert“.³⁵

KONTINUITÄT STATT EINSCHNITT

Die Formulierung „nach Köln“ ist zum geflügelten Wort geworden. Sie deutet eine Zäsur an, aber es wird den Deutungsversuchen der Silvesternacht nicht immer gerecht. Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière sagte auf einer Diskussionsveranstaltung in Köln im Oktober 2016, die Silvesternacht sei „vielleicht ein Wendepunkt in der Debatte um Flüchtlinge in Deutschland“.³⁶ Für die politischen Maßnahmen, die er als Innenminister initiierte, bedeuteten die Kölner Ereignisse jedoch keinen Einschnitt: Das im März 2016 verabschiedete Asylpaket II, das Integrationsgesetz vom Juli 2016 und die Ausweitung der Drittstaatenregelung für die Maghreb-Länder drücken keine Zäsur, sondern eine Kontinuität aus. Mit Ausnahme der temporären Aussetzung des Dublin-II-Abkommens im Sommer 2015 haben alle Änderungen in der Asylgesetzgebung seit der Neuformulierung des Grundgesetz-Artikels 16a 1993 Asylsuchenden erschwert, in Deutschland Asyl zu beantragen.

Doch egal, ob es die Asylgesetzgebung des Bundes, die Repräsentation der Täter im öffentlichen Diskurs oder die selbstbescheinigte Toleranz

³² Vgl. Philipp Haaser, *Law and Order* op Kolsch, *Stadtrevue* 12/2016, S. 12.

³³ Udo Behrendes, *Die Kölner Silvesternacht 2015/2016 und ihre Folgen. Wahrnehmungsperspektiven, Erkenntnisse und Instrumentalisierungen*, in: *Neue Kriminalpolitik* 3/2016, S. 322–343, hier S. 323.

³⁴ Vgl. ebd. S. 340.

³⁵ Stadt Köln, *Silvester 2016 – „Licht-Traum-Raum“* am Kölner Dom, 20.11.2016, www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/presse/silvester-2016-licht-traum-raum-am-koelner-dom.

³⁶ Zit. nach De Maizière nennt Kölner Silvesternacht Wendepunkt, 25.10.2016, www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/a-1118162.html.

der Kölner Stadtgesellschaft betrifft: Die Debatte ist davon gekennzeichnet, dass die Silvesterübergriffe in bereits bestehende kulturelle Interpretationsmuster oder politische Initiativen überführt werden, die ihren Anfang vor Silvester genommen haben. Eine Ausnahme stellt die Reform des Sexualstrafrechts dar, die vor den Silvesterübergriffen in der Berliner Bürokratie auf ihre Umsetzung wartete und mit der erstmals der Grundsatz „Nein heißt Nein“ im Sexualstrafrecht verankert wird. Damit ist jedoch nicht notwendigerweise auch eine Zäsur im Alltag verbunden. Die Stadt Köln tut sich weiterhin schwer damit, gefährdeten Frauen, die laut Gesetz als schutzbedürftig gelten, den nötigen eigenen Schutzraum zuzugestehen. Und eine Studie der EU vom November 2016 hat ergeben, dass 27 Prozent der Deutschen

denken, dass „Geschlechtsverkehr ohne Einwilligung unter bestimmten Umständen gerechtfertigt sein kann“.³⁷ Nach Köln ist mehr beim Alten geblieben als es zuerst den Anschein hatte.

CHRISTIAN WERTHSCHULTE

ist Politikredakteur beim Kölner Stadtmagazin „Stadtrevue“.

christian.werthschulte@stadtrevue.de

³⁷ Europäische Kommission, Geschlechtsspezifische Gewalt, Zusammenfassung Spezial-Eurobarometer 449, November 2016, S. 34.



APuZ-Forum

Die Kölner Silvesternacht und ihre Folgen

19. Januar 2017
19 Uhr

Akademie der Künste der Welt
Herwarthstraße 3, 50672 Köln

reb84 / photocase.de

Mit:

Peter Pauls, Chefautor und ehemaliger Chefredakteur des „Kölner Stadt-Anzeigers“

Mithu M. Sanyal, Autorin des Buchs „Vergewaltigung. Aspekte eines Verbrechens“

Christian Werthschulte, Politikredakteur beim Kölner Stadtmagazin „Stadtrevue“

Moderation: Miriam Vogel, bpb

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutieren über die Ereignisse der Kölner Silvesternacht und ihre Folgen: für die Stadt, die Berichterstattung über Straftaten und den gesellschaftlichen Umgang mit sexualisierter Gewalt.

www.bpb.de/veranstaltungen

bpb:
Bundeszentrale für
politische Bildung

**AKADEMIE
DER
KÜNSTE
DER
WELT**

WO DER UNERNST REGIERT

Politik im Kölner Rathaus

Frank Überall

Wer Köln besucht, am Hauptbahnhof ankommt und sich auf den Fußweg in Richtung Rhein macht, wird recht schnell mit dem Unvermögen Kölner Kommunalpolitik konfrontiert. Freundliche Wachleute weisen auf einem Platz vor der Philharmonie engagiert darauf hin, dass man doch bitte einen Umweg gehen solle. Während der Konzerte ist das Betreten oder gar Befahren des Areals streng verboten. Der Grund dafür ist, dass in dem unterirdischen Konzertsaal störende Geräusche entstehen können. Die Stadt Köln gibt seit 1999 jedes Jahr hohe Summen für diesen eigentümlich anmutenden Wachdienst aus. Allein im Jahr 2016 waren es rund 200 000 Euro. Architektonisch ist der Platz mit seiner Lärmempfindlichkeit eine veritable Fehlplanung. Diese politische Minderleistung ist bei Weitem nicht die einzige, die in den vergangenen Jahren im Kölner Rathaus vollbracht wurde. Dass der bundesweit belächelte Platz mit seinen aus Steuergeldern teuer bezahlten Wachleuten ausgerechnet nach Heinrich Böll benannt ist, beweist unfreiwillige Komik.

Der 1985 verstorbene Literatur-Nobelpreisträger Heinrich Böll war Kölner Ehrenbürger, er ging mit seiner Heimatstadt aber immer wieder hart ins Gericht: „Köln hat sich eigentlich immer unernst durch die Geschichte geschlängelt, was den Klerus betraf, was die Politik betraf, was das Kaiserreich betraf.“⁰¹ Dieser Unernst zeigt sich ganz offen im Karneval, der alljährlich die Domstadt am Rhein außer Kontrolle bringt. Er zeigt sich aber auch indirekt in den Entscheidungen von Politik und Verwaltung im örtlichen Rathaus. „Pannen, Pleiten, Peinlichkeiten und kein Ende: immer wieder Köln. Die alte Colonia ist aus dem Gleichgewicht“, schrieb beispielsweise Andreas Rossmann Anfang 2016 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.⁰²

GNADENLOSES GOTTVERTRAUEN

Die zuweilen an Gleichgültigkeit grenzende Grundhaltung der Kölnerinnen und Kölner

kommt unter anderem im „Kölschen Grundgesetz“ zum Ausdruck, das als halb ernst gemeinte Lebensbeschreibung kursiert: „Et kütt wie et kütt“ („Es kommt, wie es kommt.“), heißt es da; aber auch: „Et hätt noch emmer joot jejang“ („Es ist bisher noch immer gut gegangen.“) Im überwiegend katholischen Köln stehen solche Lebensweisheiten für ein gnadenloses Gottvertrauen. Man verlässt sich auf die unsichtbare, ordnende Hand und lehnt empirisch vorhandene Autoritäten kirchlicher wie weltlicher Art grundsätzlich ab. Im politischen System, das kollektiv-verbindliche Entscheidungen herbeiführen soll, ist das nicht immer eine gute Handlungs-Richtschnur.

Die Stadt Köln präsentiert sich selbst gern als lebens- und liebenswert: „Kölle du bes e Jefeühl“ („Köln du bist ein Gefühl“) – dies ist einer der wichtigsten Sprüche, mit denen geworben wird. Am liebsten lächelt man Fehler einfach weg. Manchmal aber ist das kaum noch möglich. Zu häufig und zu drastisch sind die Verfehlungen, die bundesweit Schlagzeilen machen. Ein Ereignis, das die sonst so sorgenlose Stadtgeschichte besonders negativ überschattet, war der Einsturz des Historischen Archivs im März 2009. Es steht symptomatisch für die organisierte Verantwortungslosigkeit Kölner Stadtpolitik.

Bei Bauarbeiten für eine neue U-Bahn im Süden der Kölner Innenstadt hatte es immer wieder Unregelmäßigkeiten gegeben. Die aber wurden von den Verantwortlichen kaum ernst genommen. Überhaupt waren die Zuständigkeiten unübersichtlich geordnet. Nicht das Amt für Brücken- und Stadtbahnbau hatte die Realisierung des Projekts übernommen, sondern es war an die Kölner Verkehrs-Betriebe übertragen worden. Die städtische Tochterfirma wiederum kontrollierte die bauausführenden Firmen und letztlich sich selbst faktisch allein. Die kenntnisreichen Verantwortlichen im Rathaus waren nur noch Zaungäste bei ihrem ehrgeizigen Bauvorhaben. Die Politik hatte das so entschieden.

Schon vor dem Unglück hatte es Auffälligkeiten gegeben: Die zuvor veranschlagten Kosten für den U-Bahn-Bau liefen aus dem Ruder, aufgrund baulicher Probleme stellte sich ein Kirchturm schief, im Stadtarchiv klagten Mitarbeiter über Risse in den Wänden. Die Schwierigkeiten wurden von den Verantwortlichen aber stets als irrelevant dargestellt. Das änderte sich mit dem Archiveinsturz am frühen Nachmittag des 3. März 2009. Wie ein Kartenhaus fiel das monströse Gebäude zusammen. Im bereits ausgehobenen Tunnel für die neue U-Bahn füllte sich ein Krater mit Trümmern und wertvollen Archivalien. Ein Nachbarhaus wurde mit in die Tiefe gerissen, zwei Menschen verloren dabei ihr Leben. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen wegen des Verdachts der Bauefährdung und der fahrlässigen Tötung auf. Die Nachforschungen zur Ursache des Unglücks sollten sich etliche Jahre hinziehen. Keiner wollte mehr für den verheerenden Skandalbau verantwortlich sein. Experten redeten angesichts des Einsturzes von einem bedauerlichen Naturereignis, was andere Fachleute infrage stellten. Der damalige Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) warf die Frage auf, ob es nicht generell zu unsicher sei, in belebten Innenstädten U-Bahnen zu bauen.

TRADITIONSREICHE VERWEIGERUNGSHALTUNG

In diesem weltweit beachteten Fall wurden zahlreiche Warnsignale übersehen. Wie so häufig wurden die Hinweise als lästige Unterstellungen kritischer Bürgerinnen und Bürger abgetan. Ein solches Verhalten der gewählten oder ernannten Volksvertreter im Stadtrat und in den Amtsstuben hat in Köln eine gewisse Tradition. Allzu häufig wurden kritische Stimmen ausgeblendet, und es ging entgegen dem „Kölschen Grundgesetz“ fortan nicht gut. So wurde 1998 im Norden der Stadt eine damals überdimensionierte Müllverbrennungsanlage errichtet. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass Schwarzgelder unter anderem an die seinerzeit im Stadtrat einflussreiche SPD geflossen waren. Mit Kölscher Gewitztheit versuchten sich die Genossen immerhin formal abzusichern: Die Schmier-

gelder wurden erst nach der Auftragsvergabe gezahlt, als sogenannte Dankeschön-Spenden. Auf diese Weise fühlte man sich auf der sicheren Seite. Es sollte auch hier etliche Jahre dauern, bis der Skandal aufgeklärt war. Ein Teil der Schwarzgelder ist bis heute nicht wieder aufgetaucht.

Auch sonst ist die jüngere politische Stadthistorie Kölns eine Reihe veritabler Skandalgeschichten: Stimmzettel zur Kommunalwahl wurden falsch gedruckt, später wurden sie falsch ausgezählt. Großprojekte wie eine gigantische Freitreppe am Rhein oder eine Hubschrauberstation am sogenannten Kalkberg waren fehlerbehaftet und wurden viel teurer als ursprünglich geplant. Prestigeträchtige Bauprojekte wickelte die Stadt Köln in dubioser Weise mit einem umstrittenen, privaten Immobilienfonds ab, was letztlich sogar die Wettbewerbshüter der Europäischen Kommission auf den Plan rief. Und die Sanierung des Opernhauses kann sich unterdessen fast mit dem Chaos um den Neubau des Berliner Flughafens oder um die Elbphilharmonie in Hamburg messen. Der Eröffnungstermin der Kulturstätte musste mehrfach verschoben werden, weil Unregelmäßigkeiten bei den Bauarbeiten lange Zeit nicht ernst genug genommen wurden. Obwohl große Reiseveranstalter die Neueröffnung der Oper längst groß in ihren Katalogen angepriesen hatten, müssen die Besucherinnen und Besucher noch lange Zeit mit Provisorien vorlieb nehmen. Die zuständige Kölner Kulturdezernentin Susanne Laugwitz-Aulbach lehnte es in einer Pressekonferenz im August 2016 ab, dafür politisch gerade zu stehen. Sie habe ja schließlich nicht den „Oberverantwortungshut“ auf, ließ sie das staunende Publikum wissen. Der damalige Chefredakteur des „Kölner Stadt-Anzeigers“, Peter Pauls, quittierte das in einem Leitartikel mit einer Generalabrechnung über die Kölner Kommunalverwaltung: „Wer es je einmal mit Baugenehmigungen oder Bauabnahmen zu tun hatte, der fragt sich: Wo waren Kontrollen und Kontrolleure in all den Jahren?“⁰³

Immerhin waren nach Bekanntwerden mehrerer Korruptionsfälle im Kölner Rathaus in den 1990er Jahren erstmals strenge Kontrollen eingeführt worden. Unter anderem wurde eine „mobile Prüfgruppe“ beim städtischen Rechnungsprüfungsamt gegründet, die auch ohne Anfangsverdacht Baustellen überprüfte. Aus Kos-

01 Heinrich Böll, Köln gibt's schon, aber es ist ein Traum. Ein Autor und seine Stadt, hrsg. von René Böll, Köln 2014, S. 106f.

02 Andreas Rossmann, Köln verspielt sein Potential, 7.2.2016, www.faz.net/-14054525.html.

03 Peter Pauls, Immer das gleiche Theater in Köln, 10.8.2016, www.ksta.de/-24531638.

tengründen wurden die Maßnahmen aber später wieder weitgehend zurückgenommen, die ambitionierte Prüfgruppe gibt es in der Form längst nicht mehr. Der Verdacht drängt sich auf, dass Köln aus seinen Fehlern gar nicht lernen will. Was außerhalb der Stadt mit genervtem Augenrollen zur Kenntnis genommen wird, sieht man in Köln stets als peinliches Missgeschick, als Einfluss von außen, als lässliche Sünde: „Et hätt noch emmer joot jejang.“

Die Leichtigkeit des politischen Seins und Handelns, die in solchen Äußerungen zum Ausdruck kommt, entspricht dem „Durchschlängeln“, wie es Heinrich Böll beschrieben hat. Wer nach Erklärungen für die Fehlleistungen sucht, wird kaum ernst genommen, wird belächelt. Als Grund wird oft die Kompliziertheit der Prozesse angeführt. Hoch im Kurs der Rechtfertigungsstrategien sind auch die wenig sachgerechte Einflussnahme politischer Mandatsträger, die mangelnde Kompetenz der Stadtverwaltung oder der „Klüngel“ im Rathaus.

KLÜNGEL ALS RECHTFERTIGUNG

Was die Kölnerinnen und Kölner unter diesem Begriff des Klüngels verstehen, erschließt sich Außenstehenden meist nicht. In der Außenwahrnehmung wird diese Geisteshaltung häufig einseitig auf Korruption reduziert. Damit hat man in der Kölner Stadtpolitik jede Menge Erfahrung, das ist unbestritten. Aber Klüngel ist mehr als kriminelles oder illegitimes Handeln.⁰⁴ In seiner volkstümlichen Form ist Klüngel eine Mischung aus Nachbarschaftshilfe und „Drink doch ene mit“-Mentalität. Diese ständige Bereitschaft zur situativen Kooperation entspringt der historischen Sozialisation in der Handelsstadt Köln. Der Rhein als wichtige Verkehrsader brachte vor allem im Mittelalter einen nie versiegenden Strom auswärtiger Kaufleute in die Stadt. Das sogenannte Stapelrecht schrieb vor, dass alle Waren in Köln ausgeladen und zum Verkauf angeboten werden mussten.⁰⁵ Die Folge war, dass sich die Kölnerinnen und Kölner stets um eine gute Beziehung zu Auswärtigen bemühten – schließlich konnte man mit ihnen das

eine oder andere lukrative Geschäft machen. Zunächst ging es dabei nicht um das Knüpfen enger Beziehungen, sondern um die spontane und geschäftstüchtige Offenheit Fremden gegenüber.

Der Vorteil solcher Beziehungen ist auch heute noch, dass sie zunächst völlig unverbindlich sind. Die spontane Freundlichkeit der Kölnerinnen und Kölner wird von Zugereisten gerne mit schnell geknüpfter Freundschaft verwechselt. Tatsächlich aber bedarf es vielfältiger Bewährungsproben, bis der Klüngel zu einem tragfähigen gegenseitigen Austausch führt. Auf der unverbindlichen Ebene der situativen Kooperation kann man sich schätzen und einschätzen lernen. Wo das gelingt, werden Netzwerke gebildet. Solche Verbindungen findet man in der Kölner Stadtgesellschaft und -politik zuhauf, sie werden durchweg als positiv wahrgenommen und sind mehr oder weniger offen. Von manchen dieser Netzwerke weiß die Öffentlichkeit, andere schotten sich Außenstehenden gegenüber gezielt ab. Bei Letzteren wird häufig die Grenze zwischen legitimer Zusammenarbeit und handfester Korruption überschritten. Nicht jede dieser Verhaltensweisen ist dann gleich strafbar.

Die Rechtfertigungsfolie für vorsätzlich kriminelles Handeln wird dann aber aus den nicht korruptiven Ebenen des Klüngels hergeleitet. „Wir tun es ja nur für Köln“, lautet einer der Sprüche, die man auf den Rathausfluren häufig hört. Das Netz des Gebens und Nehmens zum Wohle aller wurde von Konrad Adenauer einst mit der Formel „Man kennt sich, man hilft sich“ beschrieben. Der erste deutsche Bundeskanzler musste es wissen, denn er war im Herbst 1917 zum Oberbürgermeister von Köln gewählt worden. Als solcher arrangierte sich Adenauer 1918 mit den Revolutionsräten, indem er ihnen Büros zur Verfügung stellte. „Eine Hand wäscht die andere“, bringt der Volksmund derart gewitzte Beziehungskonstruktionen auf den Punkt. Freilich verdrängen die Kölnerinnen und Kölner gerne, dass das Bild zuweilen durch den Hinweis ergänzt werden muss, dass dabei jede weitere Hand ungewaschen bleibt. Wer nicht zum Klüngel zählt, wurde und wird in der Kommunalpolitik meist nicht berücksichtigt. Etwas Schlechtes daran können oder wollen manche in Politik und Verwaltung bis heute nicht erkennen.

Nicht umsonst aber wird Korruption vom Bundeskriminalamt als „opferloses Delikt“ bezeichnet: Beide oder alle Beteiligten sind Täterin-

04 Vgl. Frank Überall, *Der Klüngel in der politischen Kultur Kölns*, Bonn 2007.

05 Siehe hierzu auch den Beitrag von Werner Jung in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

nen oder Täter, die Kosten für den Verrat tragen die Menschen im Allgemeinen: Entweder indem sie überhöhte Preise für Produkte bezahlen oder indem ihre Steuergelder verschwendet werden. Neben dem Vorsatz dieses negativen Klüngels gibt es aber auch die Nachlässigkeit, die ebenfalls abweichendes Verhalten fördert. Die Folge beider Strategien ist unaufrichtige Politik, die sich nicht mehr an den Bürgerinnen und Bürgern orientiert, sondern zum Selbstzweck mutiert. Diese Spielarten des von Heinrich Böll attestierten Unernst kommen den Kölnerinnen und Kölnern teuer zu stehen.

Bevor Heinrich Böll zum erfolgreichen Schriftsteller wurde, hatte er zeitweise auch für die Kölner Stadtverwaltung gearbeitet. Er war auf Zeit angestellt, um bei einer Volks- und Gebäudezählung zu helfen. Wahrscheinlich sind es auch die dort gesammelten Erfahrungen, die ihn später zu einer distanziert-kritischen Haltung gegenüber Mächtigen in Köln führte: „Denn die Kölner haben ja auch was Mies-Arrogantes, fühlen sich aus irgendeinem Grunde jedem überlegen. Ich weiß bis heute nicht, wieso eigentlich. Wenn man in Köln geboren ist, ist das ein Adelstitel? Oder was? Aber es gibt diese kölsche Arroganz, die mich immer gestört hat, die mir immer widerwärtig war.“⁰⁶

Diese konsequente Missachtung sozialer Regeln tritt nur selten zutage, insbesondere aber eben dort, wo sich Netzwerke verfestigen, nach außen abschotten und nur noch an das gegenseitige Wohl denken. Das gilt nicht bloß für „Ur-Kölner“, sondern längst auch für diejenigen, die im Dialekt als „Imis“ bezeichnet werden – also imitierte Kölner, die nicht ursprünglich aus Köln stammen. Im Kölner Rathaus kann man solche negativen Netzwerke traditionell beobachten. Immer wieder sprechen Beobachter davon, dass einflussreiche Posten bei der Stadtverwaltung nicht nach Qualifikation, sondern nach Parteibuch vergeben werden. Diese Art der Vetternwirtschaft sorgte über die Jahre für ein politisches Eigenleben, das sich zunehmend von den Bürgerinnen und Bürgern entfernte.

IMMERWÄHRENDE PANNENSERIEN

Mal gefällt sich die Kölner Stadtpolitik darin, Korruption kleinzureden; mal werden Fehler heruntergespielt, dem ewigen Motto folgend, dass

doch am Ende immer noch alles gut gegangen sei. Die immerwährenden Pannenserien im Kölner Rathaus jedoch sprechen deutlich dagegen. Dass man die Zukunft ernsthaft in die eigene Hand nehmen kann und muss, wurde für viele in der Stadtgesellschaft spätestens mit dem Einsturz des Historischen Archivs klar. Neben dem Tod zweier Menschen sorgte auch für Bestürzung, dass tonnenweise Zeugnisse des Kölner Lebens verschüttet wurden. Die Dokumente wurden zum Teil zerstört, andere müssen jahrelang und mit hohem finanziellen Aufwand restauriert werden. Alle Parteien versprachen nach diesem Unglück, Verantwortlichkeiten in der Kölner Kommunalpolitik klarer zu definieren.

Bereits 1999 hatte der nordrhein-westfälische Landtag prinzipiell die Weichen dafür gestellt. Die Gemeindeordnung wurde geändert, sodass die bisherige „Doppelspitze“ der Kommunen an Rhein und Ruhr abgeschafft wurde. Bis dato hatten Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister ausschließlich repräsentative Aufgaben, die Oberstadtdirektorinnen und Oberstadtdirektoren leiteten die Verwaltung. Beide wurden von den Politikerinnen und Politikern im Stadtrat gewählt. Mit der neuen Gemeindeordnung wurden Verwaltungsleitung und Repräsentation im Amt des Oberbürgermeisters vereint. Außerdem wurde fortan das Stadtoberhaupt direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt.

Harry Blum (CDU) war der erste Oberbürgermeister „neuen Typs“, er starb aber im März 2000 nach wenigen Monaten Amtszeit. Ihm folgte der Lateinlehrer Fritz Schramma (CDU) nach, der im Zuge des Archiveinsturzes auf eine erneute Kandidatur verzichtete. Mithilfe von Sozialdemokraten und Grünen wurde im Oktober 2009 der ehemalige Kölner Polizei- und Regierungspräsident Jürgen Roters (SPD) gewählt. Im Herbst 2015 setzte sich bei einer Wahl mit äußerst geringer Beteiligung die parteilose Henriette Reker gegen SPD-Kandidat Jochen Ott durch. Die frühere Sozialdezernentin der Stadt Köln war unter anderem von CDU, Grünen und FDP unterstützt worden.

Wie ihre Vorgänger als hauptamtliche Oberbürgermeister warb Reker im Wahlkampf energisch dafür, den negativen Klüngel im Rathaus zu beenden. Mit der Personalplanung nach Parteibuch sollte Schluss sein, Qualifikation sollte das einzig entscheidende Kriterium bei der Neubesetzung von Stellen sein. Zur moderneren Ge-

06 Böll (Anm. 1), S. 39.

staltung der Verwaltung hat Reker zu Beginn ihrer Amtszeit eine Kommission eingesetzt. Sie fühlt sich nach eigenen Angaben weitgehend unabhängig von den politischen Parteien, die sie im Wahlkampf unterstützt haben. Sie will bewusst den „Oberverantwortungshut“ aufziehen, der von anderen so vehement abgewehrt wird. Sie sieht sich eher als Moderatorin, auch wenn sie weiß, dass sie auf Mehrheiten im Stadtrat angewiesen ist. Die Direktwahl gibt ihr ein hohes Maß an formaler Legitimation, und die längst erfolgte Zusammenlegung von repräsentativer und administrativer Macht hebt ihre Position besonders hervor.

400 EURO IM MONAT

Gleichwohl fühlen sich manche Mitglieder des Kölner Stadtrates überfordert mit den zahlreichen Entscheidungen, die von ihnen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung getroffen werden müssen. Die Unterlagen, die pro Ratssitzung zu lesen, zu verstehen, zu diskutieren und abzustimmen sind, ergeben ausgedruckt einen Stapel, der meist so stark ist wie zwei Kölner Telefonbücher. Die Millionenstadt wird von 90 Politikerinnen und Politikern gelenkt, die ihre Aufgabe im Stadtrat ehrenamtlich wahrnehmen. Etwas mehr als 400 Euro monatlich erhalten sie für ihre umfassende Tätigkeit. Einen Teil der Gelder müssen die meisten an ihre Parteien abgeben. Viele Politikerinnen und Politiker in Köln halten das für ungerecht. Andere Metropolen dieser Größenordnung in Deutschland würden deutlich höhere Entschädigungen zahlen, heißt es. In den Stadtstaaten Bremen oder Hamburg würden die Volksvertreter sogar als Abgeordnete bezahlt. Hinzu komme, dass es auf kommunaler Ebene keine Erstattung der Wahlkampfkosten an die Parteien gibt. Vorstöße im nordrhein-westfälischen Landtag zur Erhöhung der Zahlungen an Kölner Ratsmitglieder blieben bisher aber stets erfolglos: Die Hoffnung, mit einer besseren Bezahlung eine professionellere Ratsarbeit in Köln zu bekommen, überzeugte im Düsseldorfer Parlament nicht.

Überhaupt sind Veränderungen im Kölner Rathaus selten, und sie brauchen viel Zeit. Traditionen werden hochgehalten, Gewohnheiten bestimmen das politische Geschäft – und auch die Einstellung der Wählerinnen und Wähler. Als bei der ersten Wahl eines hauptamtlichen Oberbürgermeisters 1999 der SPD-Kandidat Klaus

Heugel wegen illegaler Aktiengeschäfte zurücktreten musste, konnte die Partei so kurzfristig keinen neuen Bewerber aufstellen. Zwar war öffentlich hinreichend bekannt, dass ein Votum für Heugel eine verschenkte Stimme war – trotzdem entschieden sich immerhin noch 41 572 Kölnerninnen und Kölner für ihn, das waren 12,9 Prozent der abgegebenen Stimmen.⁰⁷ Wieder einmal bewahrheitete sich der Kölsche Kalauer, dass man in Köln auch einen Besenstiel aufstellen und SPD dran schreiben könne – der werde immer gewählt.

Nach dem Spendenskandal um die Müllverbrennungsanlage war das Grundvertrauen in die Sozialdemokraten als meist stärkste und bestimmende Kraft im Rathaus dann doch erschüttert. Die Partei stellte sich neu auf, und auch die örtliche CDU musste sich mit einer Spendenaffäre herumschlagen. Im Kölner Stadtrat probierten die Fraktionen verschiedene Konstellationen für ihre „Koalitionen“. So war Köln eine der ersten Städte, in denen es ein schwarz-grünes Bündnis gab. Stabil konnte sich aber letztlich keine Konstellation auf Dauer halten. Dabei sieht die Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen überhaupt keine Koalitionen vor. Ein Gegeneinander von Regierung und Opposition soll es an Rhein und Ruhr theoretisch nicht geben. Im Mittelpunkt kommunaler Politik soll die von Parteien unabhängige Suche nach dem besten gemeinsamen Weg stehen. In Köln hat das noch nie gegolten. Weil die Domstadt überregional beachtet wird, ist es den Parteistrategen stets wichtig gewesen, ihrer politischen Färbung zur deutlich sichtbaren Macht zu verhelfen. Erst mit der Wahl Rekers an die Stadtspitze sollte sich das ändern. Kritiker, vor allem aus der örtlichen SPD, bemängeln jedoch, dass eine ernsthafte Veränderung kaum erkennbar sei.

REKER WILL DEN NEUSTART

Das liegt auch daran, dass der Beginn von Rekers Amtszeit unter keinem guten Stern stand. Am Tag vor der Wahl wurde sie bei einem Messerattentat lebensgefährlich verletzt. Der mutmaßliche Täter soll Reker, die zuvor als Kölner Sozialdezer-

⁰⁷ Vgl. Stadt Köln, Wahl des Oberbürgermeisters 1999, www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/wahlen/oberbuergemeisterin-oberbuergemeister/wahl-des-oberbuergemeisters-1999.

nantin für die Unterbringung von Geflüchteten zuständig war, wegen ihrer liberalen Flüchtlingspolitik angegriffen haben. Als sie von den Kölnerinnen und Kölnern im ersten Wahlgang mit deutlichem Vorsprung zur Oberbürgermeisterin gewählt wurde, lag sie im künstlichen Koma. Ihr Amt konnte sie nach der Genesung erst mit einigen Wochen Verzögerung annehmen. Sodann folgte die Silvesternacht 2015/16, bei der es massenweise Gewalttaten rund um Dom und Hauptbahnhof gab und sich die Sicherheitskräfte von Polizei und Ordnungsamt weitgehend überfordert zeigten. Reker musste als Krisenmanagerin wirken und konnte sich kaum auf die angekündigte Neuordnung der Stadtverwaltung konzentrieren.

Hinzu kommt, dass die Stadt Köln seit Jahren über ihre Verhältnisse gelebt hat. Die verschiedenen Skandale haben ihre finanziellen Spuren hinterlassen, die verkorkste Stadtpolitik hat tiefe Löcher in den Etat gerissen. Viel Spielraum für Innovationen und Investitionen gibt es nicht mehr, die Verwaltung arbeitet unter „vorläufiger Haushaltsführung“, muss also jede Ausgabe penibel rechtfertigen. Dieser Sparzwang bereitet zumindest theoretisch einen fruchtbaren Boden für die neue Ernsthaftigkeit, die sich Reker auf die Fahnen geschrieben hat. Beim „Aufräumen“ im Kölner Rathaus kommt ihr ein weiterer geistiger Wesenszug der Kölnerinnen und Kölner entgegen: „Wat fott es, es fott“, was sinngemäß übersetzt bedeutet: „Trauere den Dingen nicht nach!“

Die Vergesslichkeit ist gerade bei (politischen) Sünden eine bestens eingeübte Haltung in der Stadt, die von Karneval und katholischer Kirche dominiert wird. Zum Ende einer ausgelassen gefeierten Karnevalszeit wird traditionell am Aschermittwoch vor zahllosen Gaststätten der „Nubbel“ verbrannt. Die mit Kleidung angezogene Strohpuppe wird von den Zeremonienmeistern wortreich für die Verfehlungen verantwortlich gemacht, die im bunten Treiben begangen wurden. Mit der Entsorgung der Symbolfigur soll dann alles vergessen und vergeben sein. Ähnlich wird die Gelegenheit zur Beichte im Kölner Dom und in den vielen anderen Kirchen der Stadt wahrgenommen. Auch ohne den Aspekt der Religiosität wird die pauschale Selbstentschuldigung von allen Bevölkerungsschichten Kölns gern geübt. Eine Bereitschaft zur grundsätzlichen Verhaltensänderung ist damit freilich nicht verbunden. „In der Regel reagieren Kölner

mit Schulterzucken auf (solche) Skandale“, beschreibt Gerd Kolbe in der „Neuen Zürcher Zeitung“ dieses Ansinnen, das aber spätestens seit den gewalttätigen Übergriffen der Silvesternacht nicht mehr angebracht sei: „Inzwischen aber ist das Selbstbewusstsein angeknackst.“⁰⁸

Ob es Henriette Reker gelingen wird, der Stadtverwaltung und letztlich auch der Kommunalpolitik in Köln ihren Unernst auszutreiben und das Durchschlingeln einzudämmen, ist gut ein Jahr nach ihrem Amtsantritt noch nicht abzusehen. Die Beharrungskräfte im Rathaus sind groß. Kölnerinnen und Kölner geben lieb gewonnene Traditionen nicht gerne auf. Heinrich Böll, der große Sohn der Stadt am Rhein, brachte dies präzise auf den Punkt: „Auch die Vorstellung, das Leben sei so tödlich ernst, wie es manchmal aussieht, wird von ihnen widerlegt, und außerdem (ich hoffe, dass die Stadtverwaltung es nie erfährt) bestehen sie, falls man kein Geld mithaben sollte, nicht unbedingt darauf, dass man bezahlt: man kann mit ihnen reden: überhaupt lassen die Kölner mit sich reden: sie sind die am wenigsten fanatische Rasse, die ich kenne.“⁰⁹

Die aus Steuergeldern teuer bezahlten Wachleute am Heinrich-Böll-Platz dagegen lassen nach wie vor nicht mit sich reden: Um einen unumwundenen Konzertgenuss im unterirdischen Konzertsaal der Philharmonie zu garantieren, weisen sie nach 17 Jahren auch weiterhin gnadenlos Skater, Radfahrer und Spaziergänger ab. Das hat in Köln quasi schon Tradition, und Traditionen werden hier eben groß geschrieben: Auch wenn sie die eigene kommunalpolitische Unfähigkeit demonstrieren.

FRANK ÜBERALL

ist freier Journalist, lehrt als Professor an der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (HMKW) und ist Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV). Er promovierte über den „Klüngel in der politischen Kultur Kölns“. buero@politikinstitut.de

⁰⁸ Gerd Kolbe, Kölns ramponierter Ruf. Seufzen am Rhein, 3.3.2016, www.nzz.ch/-ld.6084.

⁰⁹ Böll (Anm. 1), S. 32.

NEUE HEIMAT AM RHEIN?

„Gastarbeiter“ in Köln zwischen 1955 und 1983

Lena Foerster

Ab Mitte der 1950er Jahre erlebte die noch junge Bundesrepublik Deutschland einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung, auch „Wirtschaftswunder“ genannt. Besonders die Entwicklung der Arbeitslosenquote lässt den anhaltenden Boom der westdeutschen Wirtschaft erkennen: 1951 lag die Zahl der Arbeitslosen bei 1,4 Millionen, 1960 lediglich bei 271 000, bei einer Gesamtzahl von 26,2 Millionen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik. Damit war die Arbeitslosenrate von 10,4 auf 1,3 Prozent gesunken.⁰¹ 1960 wurden erstmals mehr offene Stellen als Arbeitslose gezählt, es herrschte Vollbeschäftigung.

Um die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften zu bedienen, unterzeichneten die deutsche und die italienische Regierung am 20. Dezember 1955 ein Anwerbeabkommen zur Entsendung italienischer Arbeitskräfte⁰² in die Bundesrepublik. Es folgten Abkommen mit weiteren süd- und südosteuropäischen Ländern: 1960 mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko, 1964 mit Portugal, 1965 mit Tunesien und zuletzt 1968 mit Jugoslawien. In diesem Zusammenhang sind neuere Forschungen zu beachten, die die Bedeutung der außenpolitischen Situation der Bundesrepublik gegenüber der arbeitsmarktpolitischen für die Entstehung der Anwerbeabkommen hervorheben, ebenso die Tatsache, dass die Initiative für die Vereinbarungen nicht von der Bundesrepublik ausging, sondern von den Entsendeländern selbst.⁰³ Insgesamt ist es jedoch schwierig, die Lage auf dem Arbeitsmarkt oder die außenpolitische Situation als den einen entscheidenden Beweggrund zu benennen. Vielmehr war es nach heutiger Ansicht eine Vermischung verschiedener arbeitsmarkt-, wirtschafts- und außenpolitischer Interessen, die die Migrationspolitik der Bundesrepublik bestimmten.⁰⁴

ANKUNFT UND ALLTAG DER „GASTARBEITER“

Köln spielte bei der Anwerbung von „Gastarbeitern“ eine entscheidende Rolle. Neben München war die Stadt am Rhein der Ort, von wo aus die ankommenden ausländischen Arbeitskräfte mittels sogenannter Sammeltransporte in die ganze Bundesrepublik verteilt wurden. Während die italienischen, griechischen, türkischen und jugoslawischen Arbeiter am Münchener Hauptbahnhof ankamen und durch die dortige Weiterleitungsstelle betreut wurden, nahm man die spanischen und portugiesischen „Gastarbeiter“ am Bahnhof Köln-Deutz in Empfang.

Die Organisation der Anwerbung und Vermittlung lag bei der Bundesanstalt für Arbeit, die in den Entsendeländern sogenannte Verbindungsstellen einrichtete. Dort wurden die Arbeitswilligen gesundheitlich untersucht, über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik informiert und ihre Qualifikation überprüft. Die Reise wurde meist mit dem Zug bewältigt und war sehr beschwerlich. Einige Unternehmen organisierten daher bald die Reise ihrer Arbeitskräfte mit dem Flugzeug, so auch die Kölner Ford-Werke ab 1963.

Ausländische Arbeitnehmer wurden in Köln vor allem in Betrieben der Eisen- und Metallherzeugung beschäftigt sowie im Bau- und im verarbeitenden Gewerbe, zu dem unter anderem die Nahrungs- und Genussmittelproduktion gehört. 1961 konnten in Köln 20 035 beschäftigte ausländische Arbeitnehmer gezählt werden, im Vergleich zu den Vorjahren (1960: 6230, 1959: 4635) bedeutete dies einen enormen Anstieg.⁰⁵ Knapp 7000 Ausländer arbeiteten 1961 in der Eisen- und Metallherzeugung, gut 3500 im verarbeitenden Gewerbe und fast 5000 im Baugewerbe. Der Großteil der Arbeitskräfte stammte aus Italien

(8134), gefolgt von Griechenland (2083) und Spanien (1881). Türkische Arbeitskräfte wurden im Berichts Jahr 1961 noch nicht aufgezählt.⁰⁶

Wichtige Arbeitgeber waren der Automobilhersteller Ford im Kölner Norden, der Motorenhersteller Klöckner-Humboldt-Deutz, die Schokoladenfabrik Gebrüder Stollwerck AG in der Südstadt sowie der Kabel- und Drahtseilhersteller Felten & Guillaume in Köln-Mülheim. Daneben beschäftigten auch einige kleinere Unternehmen ausländische Arbeiter, so beispielsweise die Vereinigten Deutschen Metallwerke AG in Ehrenfeld, die Land- und Seekabelwerke AG im Stadtteil Nippes sowie die Chemische Fabrik Kalk.⁰⁷ Ab 1961 war Ford der Hauptarbeitgeber für ausländische Beschäftigte in Köln.

Die Bereitstellung einer angemessenen Unterkunft oblag den Unternehmen, was bereits in den Anwerbeabkommen festgehalten wurde. Richtlinien gaben Kriterien für eine angemessene Unterkunft vor, die aber nicht verpflichtend waren, sodass viele Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte zunächst in Behelfsunterkünften mit äußerst schlechten Wohnbedingungen unterbrachten. Allerdings unterstützte die Bundesanstalt für Arbeit ab 1961 Unternehmen mit jährlich einer Million DM, wenn diese die Unterkünfte nach den Richtlinien neu oder umbauten. So investierten etwa die Kölner Ford-Werke 1961 9,6 Millionen DM in die Beschaffung von Wohnraum, wozu neben den Wohnheimen auch Werkwohnungen gehör-

ten.⁰⁸ Bereits Mitte der 1960er Jahre tendierten im bundesweiten Trend ausländische Arbeitskräfte eher dazu, in eine private Unterkunft zu wechseln. Für türkische Arbeitnehmer trifft dieser Trend jedoch nicht zu. Dies hing damit zusammen, dass die männlichen Arbeiter meist ohne ihre Familien nach Deutschland kamen und für sich alleine nicht viel Platz benötigten, außerdem nicht die Absicht hatten, ihr erarbeitetes Geld für eine hohe Miete auszugeben.⁰⁹ Da in Köln die „Gastarbeiter“ aus der Türkei die größte Gruppe waren, lebten viele Ausländer in Köln in Wohnheimen. Dort waren sie meist unter sich und isoliert: Ende 1970 lebten in den über 30 Heimen der Ford-Werke knapp 7000 türkische Arbeiter, im Vergleich zu 356 Deutschen und 577 Italienern.¹⁰ Vor allem mit Zunahme des Familiennachzugs suchten immer mehr „Gastarbeiter“ eine eigene Wohnung. Viele hatten keine andere Wahl, als in heruntergekommene Altbauten zu ziehen, die von deutschen Mitbürgern nicht mehr bewohnt wurden, da viele Vermieter Wohnungen nicht an Ausländer vermieten wollten. In Köln konzentrierten sich die Ausländer daher vor allem in der Altstadt, im Stadtteil Nippes und im rechtsrheinischen Mülheim ebenso wie in den Stadtteilen Ehrenfeld und Kalk. In der Altstadt lebten überwiegend Italiener und Spanier, in Mülheim Italiener und Türken.¹¹

In der zeitgenössischen Wahrnehmung und auch in der heutigen Erinnerung an die „Gastarbeiter“ dominiert das Bild des jungen, männlichen Arbeiters. Dabei befand sich unter den angeworbenen Arbeitskräften ein nicht zu vernachlässigender Anteil Frauen. Bereits 1962 lag ihr Anteil an den Vermittlungen insgesamt bei 14,5 Prozent, 1967 sogar bei knapp 40 Prozent.¹² Auch in Köln arbeiteten ausländische weibliche Arbeitskräfte, 1963 waren von insgesamt rund 19000 ausländischen Arbeitnehmern rund 3100 Frauen. Sie waren meist im Niedriglohnbereich beschäftigt, beispielsweise in der Nah-

01 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972*, Stuttgart 1972, S. 250.

02 Wenn nicht anders genannt, sind hier immer Männer und Frauen gemeint.

03 Vgl. vor allem Heike Knortz, *Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953–1973*, Köln u. a. 2008, S. 8.

04 Vgl. Monika Mattes, *Wirtschaftliche Rekonstruktion in der Bundesrepublik Deutschland und grenzüberschreitende Arbeitsmigration von den 1950er bis zu den 1970er Jahren*, in: Jochen Oltmer (Hrsg.), *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, Berlin–Boston 2016, S. 815–851, hier S. 817.

05 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln 1961, S. 54.

06 Generell werden in den Statistischen Jahrbüchern der Stadt Köln die ausländischen Beschäftigten erst ab 1961 in einzelne Nationen unterschieden. Davor werden lediglich die italienischen Arbeitnehmer gezählt.

07 Vgl. Natalie Muntermann, *Ausländische Arbeitnehmer in Köln 1955–1966. Vom „Gastarbeiter“ zum Einwanderer*, in: Jost Dülffer (Hrsg.), *Köln in den 1950er Jahren. Zwischen Tradition und Modernisierung*, Köln 2001, S. 139–158, hier S. 143.

08 Vgl. Ford-Geschäftsbericht für das Jahr 1961, S. 12.

09 Vgl. Friedhelm Steffens, *Integrations- und Segregationsmuster von türkischen Migranten. Menschen im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne*, die Ford-Mitarbeiter in Köln, Hamburg 2008, S. 106.

10 Vgl. Internationaler Bund für Sozialarbeit/Jugendsozialwerk e. V., *Ford-Wohnheime in Köln. Jahresbericht 1970*, S. 4.

11 Vgl. Muntermann (Anm. 7), S. 153.

12 Vgl. Monika Mattes, *„Gastarbeiterinnen“ in der Bundesrepublik. Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren*, Frankfurt/M. 2005, S. 39.

rungs- und Genussmittelindustrie, so stellte der Kölner Schokoladenhersteller Stollwerck bevorzugt Spanierinnen und Griechinnen ein. Gerade die Nahrungs- und Genussmittelindustrie zählte zum Niedriglohnsektor: Eine Arbeiterin bei Stollwerck verdiente einen Bruttostundenlohn von 1,99 DM, während bei Ford in Köln 3,29 DM gezahlt wurden.¹³

Insgesamt waren sowohl männliche als auch weibliche Arbeitskräfte besonders in den unteren Arbeitsmarktberichen beschäftigt, das heißt, es herrschten oft anstrengende und eintönige Arbeitsbedingungen, beispielsweise Schicht- und Fließbandarbeit. Ihr Alltag war dementsprechend von der Arbeit oder Regeneration von dieser bestimmt, Freizeitbeschäftigungen traten in den Hintergrund. Hinzu kam die enorme Sparsamkeit der „Gastarbeiter“, die ihr Geld nicht für Freizeitaktivitäten ausgeben wollten, sondern lieber sparten oder in die Heimat schickten. Eine 1966 in Auftrag gegebene Studie der Stadt Köln zum Leben der Kölner Gastarbeiter stellte heraus, dass ein Großteil der ausländischen Bürger ihre Freizeit eher passiv-rezeptiv gestaltete, beispielsweise mit Lesen, Radio und Fernsehen. Freizeitaktivitäten mit Kontakten zu Deutschen waren am stärksten bei Italienern zu beobachten, am schwächsten bei Spaniern. Dazu gehörten beispielsweise das Einkaufen, Sport, aber auch die betriebliche Freizeitorganisation.¹⁴

1970 wurden insgesamt 49271 ausländische Arbeitnehmer in der Kölner Statistik erfasst. Davon hatten über 17500 eine türkische Herkunft, 11600 waren Italiener, gefolgt von weitaus weniger Jugoslawen, Griechen, Spaniern und Portugiesen.¹⁵ Von den türkischen Beschäftigten arbeiteten rund 12000 bei den Kölner Ford-Werken. Damit stellten die Mitarbeiter aus der Türkei bei Ford „die größte geschlossene Gruppe von Türken und von türkischen Arbeitern in der Bundesrepublik“ dar.¹⁶

13 Vgl. Muntermann (Anm. 7), S. 145.

14 Vgl. Karl Bingemer et al. (Hrsg.), *Leben als Gastarbeiter. Geglückte und mißglückte Integration*, Opladen 1972², S. 114f.

15 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln 1970, S. 94.

16 Hans-Günter Kleff, *Täuschung, Selbsttäuschung, Enttäuschung und Lernen. Anmerkungen zum Fordstreik im Jahre 1973*, in: Jan Motte/Rainer Ohliger (Hrsg.), *Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik*, Essen 2004, S. 251–257, hier S. 255f.

WILDER STREIK 1973

Der wilde Streik, der sich vom 24. bis zum 30. August in den Kölner Ford-Werken in Niehl ereignete, war der „größte betriebliche Protest von Arbeitsmigranten“,¹⁷ den die Bundesrepublik Deutschland bisher gesehen hatte. Die Automobilindustrie gehörte zusammen mit anderen Branchen, wie beispielsweise dem Bergbau und der Bauwirtschaft, zu Bereichen des Arbeitsmarkts, in denen vergleichsweise schlechte Arbeitsbedingungen herrschten. Dies führte dazu, dass in den 1960er Jahren, als Vollbeschäftigung bestand, viele deutsche Arbeitnehmer in Branchen mit besseren Arbeitsbedingungen abwanderten oder innerhalb ihres Arbeitsplatzes in höhere Positionen aufstiegen. Diese Unterschichtung des Arbeitsmarkts ist einer der Gründe, warum ausländische Arbeitskräfte vornehmlich in den unteren Beschäftigungsbereichen tätig waren und kaum berufliche Aufstiegschancen hatten.

Dieser Vorgang ist auch in den Kölner Ford-Werken zu beobachten, wo 1973 etwa 90 Prozent der türkischen Belegschaft in der Endmontage an den Fließbändern arbeitete. Hier herrschten schnelle Taktzeiten, Lärm und im Sommer eine große Hitze. Besonders hohe Taktzeiten des Fließbands ließen kaum Pausen zu und belasteten die Arbeiter, so hieß es im „Spiegel“ 1973: „Kein Band in der deutschen Automobilindustrie läuft so schnell wie das Endmontageband in Köln-Niehl.“¹⁸ Ein großes Problem, das sich in dem Streik vom August zeigte, war die Auffassung vieler türkischer Arbeitnehmer, ihre Interessen würden vom Betriebsrat nicht angemessen gegenüber der Unternehmensleitung vertreten. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad lag 1973 bei den türkischen Arbeitnehmern bei 90 Prozent, was jedoch daran lag, dass bei der Einstellung das Eintrittsformular in die IG Metall mit vorgelegt wurde und von den meisten Neueingestellten, ohne es zu hinterfragen, unterschrieben wurde.¹⁹ Zu den 500 Vertrauensmännern in den Kölner Ford-Werken gehörten nur drei von der

17 Ein kurzer historischer Augenblick von Widerstand, Selbstbewusstsein und unverhoffter Anarchie. WDR-Reportage zum Fordstreik 1973, in: Motte/Ohliger (Anm. 16), S. 237–249, hier S. 237.

18 „Hastet hier jemand? Rennt hier jemand?“, in: *Der Spiegel*, 10.9.1973, S. 32.

19 Vgl. Peter Birke, *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegung in der Bundesrepublik und Dänemark*, Frankfurt/M. 2007, S. 298.

Arbeit freigestellte türkische Mitarbeiter. Nach der Betriebsratswahl 1972, bei der ausländische Arbeitnehmer erstmals für den Betriebsrat kandidieren konnten, bestanden die Betriebsräte bundesweit noch immer zu 98 Prozent aus deutschen Arbeitnehmern.²⁰ Bei Ford regte ein Fall für Aufsehen, bei dem ein türkischer Kandidat 31 Prozent aller Stimmen erhielt, aber nicht für die Arbeit im Betriebsrat freigestellt wurde. Auch die lokale Presse berichtete von dem Fall, so schrieb die „Kölnische Rundschau“: „Wer einem Mann keine Beachtung schenkt, der sich das Vertrauen von fast 6000 Mitarbeitern erworben hat, muß sich selbst mangelnde Eignung für eine Aufgabe bescheinigen lassen, die da Interessenvertretung heißt.“²¹ Vor allem das eigene Bewusstsein der türkischen Arbeiter einer Benachteiligung und das verbreitete Gefühl, „einem betriebsspezifischen Subproletariat zuzugehören“²² ist eine wichtige Bedingung, die 1973 zum Streik führte.

STREIKBEGINN

Die türkischen Arbeitnehmer spielten beim Beginn des Streiks die entscheidende Rolle. Im August waren etwa 500 türkische Mitarbeiter verspätet aus den Werksferien zurückgekehrt, und die Unternehmensleitung entließ als Konsequenz diese Mitarbeiter.²³ Der Urlaub der türkischen Arbeiter in ihrer Heimat bedeutete für sie eine lange Reise, und es war in der Vergangenheit nicht selten vorgekommen, dass die Türken mit Verspätung oder gar nicht mehr zurückkamen. Allerdings hatten verspätete Heimkehrer in der Vergangenheit ihre Arbeit stets wieder aufnehmen können. Hinzu kommt Mitte 1973 auch die wirtschaftliche Entwicklung, denn Ford hatte neben einigen anderen Automobilherstellern Absatzschwierigkeiten, was zwar keine gravierende Krise darstellte, dem Unternehmen jedoch

nicht gleichgültig war.²⁴ Die verspätete Rückkehr der türkischen Mitarbeiter stellte eine einfache Möglichkeit dar, Personal zu entlassen und den Produktionsrückgang auszugleichen. Auslösendes Moment des Streiks war die Tatsache, dass die verbliebenen Arbeiter in der Produktion nun die Arbeit der entlassenen Kollegen übernehmen sollten, was aufgrund der starken Konzentration türkischer Arbeitnehmer vor allem zu deren Lasten ging. Am 24. August 1973 wurde daher in der Halle Y, der Endmontage, die Arbeit niedergelegt, und es formierte sich ein Protestzug unter Beteiligung türkischer und deutscher Mitarbeiter durch das Werk bis zum Gebäude M, wo Betriebsrat und Personalverwaltung ihren Sitz hatten. Zentrale Forderung der über 1000 Streikenden war zunächst die Rücknahme der Entlassungen, eine Ausdehnung des Sommerurlaubs von vier auf sechs Wochen und eine Verringerung des Bandtempos.²⁵

Bereits seit Mai 1973 forderten deutsche wie ausländische Arbeitnehmer eine Erhöhung des Stundenlohns um 60 Pfennig, was vom Betriebsrat jedoch nicht unterstützt worden war.²⁶ Dies erklärt, warum die deutschen Arbeitskräfte sich zunächst mit ihren türkischen Kollegen solidarisierten und auch deren Forderung nach Rücknahme der Kündigungen unterstützten. Während des Protestzugs wurde die Forderung nach einem höheren Stundenlohn auf 1 DM angehoben, und beide Ansinnen wurden der Unternehmensleitung überbracht.²⁷

Am Montag, den 27. August 1973, bildete sich erneut ein großer Protestzug durch das Werk, der zum großen Teil aus türkischen Mitarbeitern bestand. Der Betriebsrat versuchte zwar mit der Werksleitung zu verhandeln, verhielt sich jedoch ansonsten eher ruhig, zumal auch die Werksleitung die Gespräche mit dem Betriebsrat hinauszögerte.²⁸ Die Passivität des Betriebsrats führte dazu, dass sich die Streikbewegung zunehmend radikalisierte. Die türkischen Mitarbeiter, die dem Betriebsrat ohnehin eher misstrauten, bildeten zusammen mit italienischen, jugoslawischen und deutschen Kollegen eine Streikleitung, die

20 Vgl. Karin Hunn, „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...“. Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik, Göttingen 2005, S. 240.

21 Klaus Simson, Meiner Meinung nach. Die Wahl mit Füßen getreten, in: Kölnische Rundschau, 16. 5. 1972.

22 „IG Metall – ein angeschlagener Dinosaurier“, in: Der Spiegel, 3. 9. 1973, S. 24.

23 In der Ausgabe des „Kölner Stadt-Anzeigers“ vom 28. 8. 1973 wird von 500 entlassenen Urlaubsheimkehrern berichtet. Hunn spricht von 300, Huwer sogar von 1000. Siehe Hunn (Anm. 20), S. 243; Jörg Huwer, „Gastarbeiter“ im Streik. Die spontane Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973, in: Geschichte im Westen 22/2007, S. 223–249, hier S. 235.

24 Vgl. Ford-Geschäftsbericht für das Jahr 1972, S. 3 ff.

25 Vgl. Birke (Anm. 19), S. 300.

26 Vgl. Hunn (Anm. 20), S. 244.

27 Vgl. Betriebszelle Ford der Gruppe Arbeiterkampf (Hrsg.), Streik bei Ford Köln, Köln 1973, S. 55.

28 Vgl. Huwer (Anm. 23), S. 238.

alle Streikenden gegenüber der Unternehmensleitung vertreten sollte, was der Betriebsrat in ihren Augen nicht schaffte. Im Verlauf des Montags verkündete die Geschäftsleitung, das Werk zu schließen.

Es blieben etwa 400 Personen über Nacht im Werk, sodass der Streik auch am darauffolgenden Tag weiterging. Die „Kölnische Rundschau“ titelte an diesem Tag: „Ford ist fest in türkischer Hand“,²⁹ der „Kölner Stadt-Anzeiger“ berichtete von einer Blockade der Werkstore, nachdem es eine Auseinandersetzung mit der Polizei gegeben hatte.³⁰ Allerdings verkündete die Geschäftsleitung, dass am nächsten Tag, dem 29. August, die Spätschicht ihre Arbeit wieder aufnehmen solle, was zu ersten Auseinandersetzungen zwischen deutschen Arbeitnehmern und dem Großteil der türkischen Streikteilnehmer führte. „Ford-Arbeiter gespalten“ hieß es in der Ausgabe des Kölner „Express“ vom 30. August.³¹ Eine Einigung zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung der Ford-Werke wurde schließlich am selben Tag erzielt, bei der eine einmalige Sonderzahlung von 280 DM und die Bezahlung der Streiktage gewährt wurde sowie die Rücknahme der Kündigungen nach Vorlage eines ärztlichen Attestes.

Geschäftsleitung und Betriebsrat gingen nun davon aus, dass der Streik beendet würde, da zumindest Teile der Forderungen erfüllt wurden. Gerade die wichtigsten Forderungen wurden jedoch ausgeklammert: die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung des Stundenlohns, was zur Ablehnung des Angebots der Geschäftsleitung führte.³² Bei einem erneuten Protestzug kam es dann zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen, im Zuge derer die Polizei eingriff und die Streikführer verhaftete. Die Geschäftsleitung der Ford-Werke Köln informierte ihre Mitarbeiter noch am 30. August, dass die Haupträdelführer fristlos aus dem Unternehmen entlassen würden. Der Streik war somit gewaltsam und ohne abschließende Einigung beendet worden.

FOLGEN UND REAKTIONEN

Das Ergebnis des Streiks bedeutete besonders für die türkischen Arbeitnehmer der Kölner Ford-Werke eine Niederlage, denn ihre speziellen Forderungen wurden gar nicht oder nur zum Teil berücksichtigt, stattdessen wurden die Ansprüche der deutschen Arbeitnehmer erfüllt.

Es ist interessant, dass der Streik in der bundesdeutschen Presse eine große Aufmerksamkeit bekam, in der firmeneigenen Werkszeitschrift jedoch nur am Rande behandelt wurde. In der entsprechenden Ausgabe der Mitarbeiterzeitschrift finden sich die Aussagen, der Streik sei von einer Minderheit erzwungen und die Mehrheit der Arbeitnehmer arbeitswillig gewesen.³³ Zu den Forderungen der türkischen Arbeitnehmer nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist nichts zu lesen. In einem Interview mit dem „Spiegel“ wick der damalige Ford-Generaldirektor Hans Schaberger den Fragen nach den Arbeitsbedingungen auch eher aus: Er antwortete lediglich, die Arbeitsbedingungen bei den Ford-Werken seien nicht schlechter als in anderen Unternehmen und eine Mechanisierung der Produktion, die eine Erleichterung für die Mitarbeiter bedeuten würde, sei wirtschaftlich nicht tragbar.³⁴

Es scheint also, als ob die Unternehmensführung sich mit den Problemen der türkischen Mitarbeiter, zumindest in der Öffentlichkeit, nicht beschäftigen wollte und nach außen keine Probleme eingestand. Intern wurde darüber durchaus diskutiert, wie die Beauftragung der niederländischen Unternehmensberatung Berenschot verdeutlicht, die das Problem der türkischen Mitarbeiter analysieren sollte und 1975 ein „Gutachten über die Ford-Strategie zur Lösung der Probleme mit türkischen Mitarbeitern“ vorlegte.³⁵ Die vorgeschlagenen Lösungsansätze wurden von den Ford-Werken jedoch nicht weiter verfolgt.

Der wilde Streik in den Kölner Ford-Werken und seine Folgen erlangten vor allem durch die

29 Karl-Ulrich Kuhlo, Streik in Köln-Niehl: „Ford ist fest in türkischer Hand“, in: Kölnische Rundschau, 28. 8. 1973.

30 Vgl. „Blockade bei Ford – niemand kommt hinein, niemand heraus“, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 28. 8. 1973.

31 Erich Schaaqe/Hans Erich Völker, Ford-Arbeiter gespalten. Trotz Zulage: Türken streiken weiter, in: Express, 30. 8. 1973.

32 Vgl. Birke (Anm. 19), S. 302.

33 Vgl. Ford. Zeitschrift für die Mitarbeiter der Ford-Werke AG 5–6/1973, S. 18.

34 Vgl. „Wir haben einen gravierenden Fehler gemacht“. Ford-Generaldirektor Hans Schaberger über die Erfolgsflaute seines Unternehmens, in: Der Spiegel, 17. 9. 1973, S. 49.

35 Vgl. DOMiD-Archiv, Sig.: OS 0433, Schweizer, W.F./de Graaff, J.E. (Berichterstatter), Berenschot, Unternehmensstrategie und Organisation, Gutachten über die Ford-Strategie zur Lösung der Probleme mit türkischen Mitarbeitern, Hengelo 1975, S. 2–44.

Berichterstattung in der regionalen und überregionalen Presse große Bekanntheit. Der Streik wurde als „Türken-Streik“³⁶ oder „Türken-Terror“³⁷ charakterisiert, was zur Folge hatte, dass die Berichterstattung über einen Arbeitskampf zu einer Debatte über die Ausländerbeschäftigung führte, in der die türkischen Arbeitnehmer einen großen Platz einnahmen.³⁸ Viele Zeitungen nahmen den Ford-Streik zum Anlass, um auf die sozialen Folgen einer unkontrollierten Einstellung ausländischer Arbeitskräfte aufmerksam zu machen und dadurch auch ein negatives Bild des türkischen Mitarbeiters zu verbreiten. Dabei stellte der Streik bei Ford keinen Einzelfall dar, es ereignete sich vielmehr 1973 eine Welle migrantisch geprägter Streiks. So kam es im Mai 1973 zu einer spontanen Arbeitsniederlegung bei dem Mannheimer Landmaschinenhersteller Deere-Lanz, im Juli bei dem Autozulieferer Westfälische Metallindustrie Hueck und Co. in Lippstadt und Paderborn sowie im August bei dem Autogerätebauer Pierburg in Neuss, an der vor allem weibliche ausländische Arbeitskräfte beteiligt waren.³⁹ Dennoch standen der Ford-Streik und vor allem die türkischen Arbeiter im Mittelpunkt der Presse. Das Bild des arbeitswilligen und anspruchslosen Kollegen, das sich sowohl viele Arbeitgeber als auch die bundesdeutsche Gesellschaft in den 1960er Jahren von den ausländischen Arbeitnehmern gemacht hatten, wurde durch den Ford-Streik verändert und fand durch die Presseberichterstattung in weiten Teilen der Bundesrepublik Verbreitung. So äußerte die „Bild“-Zeitung sehr drastisch: „Gastarbeiter – dieses Wort kommt von Gast. Ein Gast, der sich schlecht betragt, gehört vor die Tür gesetzt!“⁴⁰

Hinzu kam Anfang der 1970er Jahre die Ölpreiskrise und die damit verbundene wirtschaftliche Rezession, die bei vielen Deutschen zu einer verstärkten Abwehr und Vorurteilen gegenüber Ausländern führte. So berichtete der Bonner „Generalanzeiger“ im März 1977, im Kölner Unternehmen Felten & Guillaume seien auslän-

derfeindliche Tendenzen zutage getreten, da rund 1000 Mitarbeiter des Konzerns entlassen werden sollten. Vor den deutschen Mitarbeitern sollten zuerst die „Gastarbeiter“ ihren Arbeitsplatz verlassen, so die Forderung.⁴¹ Allerdings sind solche Berichte zur Ausländerfeindlichkeit in deutschen Betrieben eher selten zu finden, sie richteten sich eher gegen Ausländer außerhalb des betrieblichen Umfelds.

ANWERBESTOPP 1973

Migrationspolitisch verhängte die Bundesregierung am 23. November 1973 einen Anwerbestopp, wodurch die offizielle Vermittlung von Arbeitskräften für die deutsche Wirtschaft eingestellt wurde. Die Ölkrise war für die Bundesregierung jedoch nur eine günstige Gelegenheit, den Anwerbestopp zu diesem Zeitpunkt zu verhängen, denn eine Diskussion über das Ausmaß der Ausländerbeschäftigung hatte bereits weit voraus früher begonnen.⁴² So berieten Vertreter der Bundesministerien, der Länder, der Wohlfahrtsverbände und Sozialpartner bereits seit Mitte der 1960er Jahre über die Folgen der Ausländerbeschäftigung unter anderem mit Blick auf die Wohnsituation und die Schul- und Kindergartenplätze. Nach Verhängung des Anwerbestopps zeigte sich, dass diese Überlegungen notwendig waren, denn zwischen 1973 und 1979 verringerte sich zwar die Anzahl der ausländischen Erwerbstätigen, ein Rückgang der ausländischen Wohnbevölkerung wurde durch den Anwerbestopp jedoch nicht erreicht – im Gegenteil, viele ausländische Arbeiter holten nun ihre Familien in die Bundesrepublik nach.

Die Politik reagierte darauf mit einer Doppelstrategie: auf der einen Seite Integration der bereits in Deutschland lebenden Ausländer, auf der anderen Seite Förderung des Rückkehrwillens, Begrenzung und Ablehnung von Einwanderung.⁴³ Migrationspolitische Vorschläge, wie beispielsweise das sogenannte Kühn-Memorandum, benannt nach Heinz Kühn, dem ersten Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, wurden

36 Winfried Honert, *Türken-Streik in Köln: Freundschaft und Arbeit gesucht, Gleichgültigkeit und Ärger gefunden*, in: *Kölner Stadt-Anzeiger*, 29. 8. 1973.

37 Gerd Lemke, *Türken-Terror bei Ford*, in: *Abendpost*, 30. 8. 1973.

38 Vgl. Hunn (Anm. 20), S. 255.

39 Vgl. Birke (Anm. 19), S. 291 ff.

40 *Schwere Tumulte bei Ford und Rheinstahl*, in: *Bild*, 30. 8. 1973.

41 Vgl. Josef H. Weber, *Massenentlassungen bei Kölner Firma vorerst gestoppt. Deutsche sammeln Unterschriften gegen ausländische Kollegen*, in: *Generalanzeiger Bonn*, 18. 3. 1977.

42 Vgl. Birke (Anm. 19), S. 227.

43 Vgl. Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001, S. 244.

nicht gehört.⁴⁴ Auch Bundeskanzler Helmut Kohl bekräftigte nach seinem Regierungsantritt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland, auch wenn ein großer Teil der bei uns lebenden Ausländer auf Dauer im Lande bleiben wird.“⁴⁵ Diese Aussage mündete in einem „Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“, das die Bundesregierung im November 1983 verabschiedete und das vor allem türkische Mitbürger durch finanzielle Anreize dazu bewegen sollte, in ihre Heimat zurückzukehren. Auch wenn das Gesetz keine nennenswerten Auswirkungen auf die ausländische Bevölkerung hatte und das vorgegebene Ziel der Senkung der Ausländerzahlen nicht erreicht wurde, war es doch eine Symbolpolitik, die den Ausländern in Deutschland signalisierte, dass sie unerwünscht waren.

EHEMALIGE „GASTARBEITER“ IN KÖLN HEUTE

1980 zählte die Statistik über 141 000 Ausländer in Köln, davon waren rund 62 000 türkische Staatsbürger, gefolgt von rund 23 000 Italienern und gut 9000 Jugoslawen bei einer gesamten Wohnbevölkerung von etwa 979 000 Personen.⁴⁶ Die türkischen Mitbürger stellen bis heute bei Weitem die stärkste nicht-deutsche Gruppe in der Stadt am Rhein.⁴⁷ Obwohl der Rückkehrwunsch bei vielen „Gastarbeitern“, vor allem der ersten Generation, Zeit ihres Lebens vorhanden war, blieben viele in Deutschland. So auch Salih Güldiken, langjähriger Ford-Mitarbeiter, Betriebsratsmitglied und 1978 das erste türkische Aufsichtsratsmitglied eines deutschen Unternehmens. Er kam 1962 nach Köln, seine Kinder sind dort geboren, sein Sohn arbeitet als Ingenieur ebenfalls bei den Ford-Wer-

ken.⁴⁸ Er lebt bis heute am Rhein und hat dort eine neue Heimat gefunden.

In den vergangenen Jahren wurde bei Jubiläen immer wieder der Anwerbeabkommen gedacht und damit an die Migrationsgeschichte der Bundesrepublik und speziell an die Geschichte der „Gastarbeit“ erinnert. So hielt beispielsweise Europa-Staatsminister Michael Roth zum 60. Jahrestag des deutsch-italienischen Anwerbeabkommens eine Rede vor der Abgeordnetenversammlung des italienischen Parlaments.⁴⁹ Bei den Ford-Werken in Köln wurde das 50-jährige Jubiläum des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens ebenfalls gefeiert und die Integration der ausländischen Mitarbeiter als „eine echte Erfolgsgeschichte“ gewürdigt.⁵⁰

Am 10. September 1964 begrüßten deutsche Vertreter den millionsten „Gastarbeiter“, Armando Rodrigues de Sá aus Portugal, am Deutzer Bahnhof. 50 Jahre später wurde mit einem Festakt im Kölner Rathaus an dieses Ereignis erinnert, bei dem auch die Familie des inzwischen Verstorbenen teilnahm. Eine Gedenktafel am Deutzer Bahnhof erinnert nun an den Portugiesen, aber auch an die Migrationsgeschichte der Stadt Köln.⁵¹

LENA FOERSTER

ist Historikerin und Direktionsassistentin bei der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
l.foerster@uni-bonn.de

44 In seinem 60-seitigen Memorandum empfahl Kühn unter anderem ein Optionsrecht auf Einbürgerung, ein kommunales Wahlrecht für Ausländer und weitreichende Maßnahmen in der Schul- und Ausbildung. Vgl. Heinz Kühn, *Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1979.

45 Rede vor dem Deutschen Städtetag in Frankfurt am 14. Juni 1983, in: Bundeskanzler Helmut Kohl, *Reden 1982–1984*, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1984, S. 199–207, hier S. 205.

46 Vgl. *Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln 1980*, S. 17, S. 96.

47 2014 lebten im Kölner Stadtgebiet knapp 187 000 Ausländer, davon rund 57 000 Türken, gefolgt von 18 000 Italienern als zweitstärkste Gruppe. Vgl. *Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln 2015*, S. 36.

48 Vgl. Dorte Huneke/Salih Güldiken, Köln, „Das mit dem großen Streik war nicht meine Idee“, in: dies./Jeanette Goddar (Hrsg.), *Auf Zeit. Für immer. Zuwanderer aus der Türkei erinnern sich*, Bonn 2011, S. 103–116, hier S. 116.

49 Vgl. Rede von Europa-Staatsminister Michael Roth vor der Abgeordnetenversammlung des italienischen Parlaments zum Jubiläum „60 Jahre Anwerbeabkommen italienischer Arbeitskräfte“, 29. 10. 2015, www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2015/151029-StM_R_Rom.html.

50 Ford, Pressemitteilung, 21. 10. 2011, www.presseportal.de/pm/6955/2133637/ford-in-koeln-warb-als-erstes-unternehmen-in-deutschland-tuerkische-arbeiter-an.

51 Vgl. Denise Kylla/Stefanie Puk, *Bewegender Empfang im Rathaus. Nach 50 Jahren: Familie des millionsten Gastarbeiters besucht Köln*, in: *Express*, 13. 9. 2014.

EINE GANZ NORMALE STADT

Ein Blick in die Kölner Geschichte

Werner Jung

Köln ist stolz auf seine 2000-jährige Geschichte.⁰¹ Die Stadt ist immerhin eine der ältesten in Deutschland, auch wenn ihre Hochblüte im Mittelalter schon lange zurückliegt. Köln rühmt sich, nie eine Residenzstadt, sondern schon früh eine unabhängige, eine „freie“ Bürgerstadt gewesen zu sein, die den auch weltlich regierenden Erzbischof aus der Festungsstadt vertrieb. Lassen sich aus der Geschichte Kölns Ereignisse wie die Silvesternacht oder der Einsturz des Stadtarchivs ableiten oder erklären – so, als sei dies typisch für Köln? Ist es richtig, was immer noch häufig zu hören ist, Köln zeichne sich geschichtlich und bis auf den heutigen Tag – im Gegensatz zu anderen Städten – durch eine besonders freiheitliche und liberale Art aus, die unvereinbar sei mit dem strengen und militärischen Preußentum und erst recht mit der nationalsozialistischen Herrschaft? Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass weder das in Mode gekommene Köln-Bashing noch die selbstverklärende und beschönigende Ansicht der Einheimischen zutreffend sind. Von grundsätzlichen historischen Entwicklungen aus gesehen, lässt sich sagen: Köln war und ist eine ganz normale Stadt.

STADTGRÜNDUNG

Köln ist eine Gründung der Römer. Noch heute wird die Stadt gerne „das Rom des Nordens“ genannt. Doch weder das genaue Jahr noch wer die Stadt gegründet hat, ist quellenmäßig eindeutig überliefert. Der germanische Stamm der Ubier hatte Gaius Julius Cäsar, dem späteren Alleinherrscher in Rom, bei der Niederwerfung eines Aufstandes keltisch-germanischer Stämme als Kundschafter geholfen und war zum Verbündeten der Römer geworden. Wegen ihrer römerefreundlichen Haltung von ihren Nachbarn bedrängt, wurden die Ubier etwa um 19 v. Chr. vom römischen Statthalter Marcus Vipsanius Agrippa auf das linke Rheinufer umgesiedelt. Der Stamm

wurde von den Römern unter Schutz genommen und hatte dafür Roms Herrschaftsbereich am Rhein zu verteidigen. Die Römer bezeichneten den Ort als *oppidum ubiorum*, die „Hauptstadt“ der Ubier. Daher wurde 9 n. Chr. bereits das bedeutendste Heiligtum der Römer, der Altar (*ara*) der Göttin Roma, errichtet. Es war an diesem Ort ein urbanes Zentrum entstanden. Da dies nur mit Zustimmung von Kaiser Augustus errichtet werden konnte, sieht der Althistoriker Werner Eck in Augustus den eigentlichen Stadtgründer.

Gewisse Zufälligkeiten beförderten die weitere Entwicklung der Ubiersiedlung. Hier wurde 15 oder 16 n. Chr. Agrippina als Kind des Germanicus und der Agrippina geboren. Als Gemahlin von Kaiser Claudius wurde auf ihren Wunsch hin um 50 n. Chr. ihr Geburtsort in den Rang einer römischen Kolonie erhoben. Beide Namen sind im Stadtnamen der neuen Kolonie „Colonia Claudia Ara Agrippinensium“, abgekürzt CCAA, enthalten. Das Wort „ara“ bezieht sich auf den Altar der Göttin Roma. Daher wurde traditionell Agrippina als Gründerin Kölns bezeichnet.

In der neuen Kolonie siedelte man vor allem Veteranen an. Die Ubier erhielten vermutlich das römische Bürgerrecht. Bald nach der Stadterhebung wurde begonnen, eine mächtige Befestigung anzulegen. Die acht Meter hohe Mauer umfasste eine Fläche von etwa einem Quadratkilometer und hatte eine Länge von fast vier Kilometern. Damit begann auch die viele Jahrhunderte dauernde Geschichte Kölns als Festungsstadt, die erst 1881 enden sollte. Die CCAA entwickelte sich ab dem 2. Jahrhundert zu einem wichtigen Handelsplatz mit zahlreichen Lagerhäusern und Verkaufsstellen. Keramiken und Gläser aus Köln wurden zu einem begehrten Ausfuhrartikel.

Ubier und Römer verschmolzen allmählich zu Agrippinensern, blieben aber Rom treu. Als 69 n. Chr. germanische Stämme die Stadt aufforderten, die Mauern zu schleifen und die Römer zu töten, lehnte man dies mit dem Hinweis ab,

dass Ubier und Römer zusammengewachsen seien. Ab dem Ende des dritten Jahrhunderts bedrängten zunehmend die Germanen die römische Herrschaft. Der Übermacht fränkischer Truppen weichend, verließen 456 die letzten römischen Legionäre kampfflos die Stadt.

GLANZVOLLES MITTELALTER

Innerhalb des merowingischen Frankenreichs erhielt Köln eine bedeutende Stellung. Zudem war die Stadt Bischofssitz und um das Jahr 800 in den Rang eines Erzbistums erhoben worden. Seitdem König Otto I. seinen jüngsten Bruder Erzbischof Bruno 953 die Verwaltung des Herzogtums Lothringen übertragen hatte, amtierten die Erzbischöfe fortan für mehrere Jahrhunderte als geistliche und weltliche Herren Kölns. Die damalige Bedeutung der Stadt drückt sich auch darin aus, dass nicht allein Bruno in dem von ihm gegründeten Benediktinerkloster St. Pantaleon seine letzte Ruhestätte fand, sondern später auch Kaiserin Theophanu. Ab 1028 hatten die Kölner Erzbischöfe das Recht, die Krönung des Königs in Aachen vorzunehmen und zählten später zu den Kurfürsten, die den deutschen König zu wählen hatten.

Köln wurde zu diesen Zeiten bereits „das heilige (heilige) Köln“ genannt. Märtyrerverehrung und Reliquienkult beförderten den Aufstieg der Stadt wesentlich. Sehr populär wurde die Legende der heiligen Ursula und ihrer Gefährtinnen, die im 5. Jahrhundert in Köln den Märtyrertod gefunden hatten. Die Zahl der Begleiterinnen stieg von ursprünglich elf auf 111 und schließlich auf Elftausend – und damit die Zahl der zu verehrenden Reliquien. Die bedeutendsten Reliquien brachte 1164 Rainald von Dassel, der zugleich Erzbischof und Reichskanzler war, nach der Eroberung von Mailand nach Köln – die Gebeine der Heiligen Drei Könige. Fortan war Köln ein Wallfahrtsort von europäischem Rang, vergleichbar nur noch mit Rom und Santiago de Compo-

stela. Das Stadtbild des „hilligen Köln“ prägten zahlreiche Kirchen und Klöster auf engem Raum. Etwa zehn Prozent der Bevölkerung waren Kleriker. 1248 wurde der Grundstein für den Bau des Doms im neuen gotischen Stil gelegt. Erst 632 Jahre später, 1880, wurde er vollendet. Köln war im Mittelalter ein bedeutendes Zentrum der Wissenschaft. An der von den Dominikanern 1248 errichteten theologischen Hochschule unterrichtete der berühmte Theologe Albertus Magnus.

Lange Jahre kämpften Bürgerschaft und Erzbischof um die Vorherrschaft über die Stadt. Schon 1074 war es zu einem fehlgeschlagenen Aufstand gegen Erzbischof Anno II. gekommen. Jedoch gab es auch Phasen des Miteinanders von Erzbischof und Bürgerschaft. Albertus Magnus vermittelte beim „Kleinen Schied“ und „Großen Schied“ zwischen Erzbischof Konrad von Hochstaden und den Bürgern. Dieser verlieh 1259 den Bürgern das Stapelrecht. Jeder an- und durchreisende Kaufmann war dadurch verpflichtet, seine Waren drei Tage in Köln auf den Märkten auszuladen und auszustellen, zu „stapeln“, und den Händlern und Einwohnern ein Vorkaufsrecht einzuräumen. Dieses Stapelrecht wurde zum Grundpfeiler der Kölner Wirtschaft über Jahrhunderte hinweg. Köln entwickelte sich zu einer führenden europäischen Wirtschaftsmacht und zugleich zu einem bedeutenden Mitglied der Hanse.

Entscheidend für den Kampf um die Stadtherrschaft wurde die Schlacht von Worringen 1288. Im Limburger Erbfolgekrieg unterstützte die Kölner Bürgerschaft die Gegner des Kölner Erzbischofs Siegfried, der den Krieg verlor und mehrere Jahre lang auf Burg Nideggen inhaftiert wurde. Fortan residierten die Erzbischöfe nicht mehr in Köln, auch wenn sie an ihrem Anspruch auf die Stadtherrschaft festhielten. Köln entwickelte sich dann im 14. Jahrhundert zu einer „freien“ Stadt und wurde ab etwa 1390 zu Reichstagen eingeladen. 1475 erhob Kaiser Friedrich III. Köln offiziell zur „Freien Reichsstadt“.

Die Macht in der Stadt lag ab dem späten 13. Jahrhundert bei 15 Familien, den „edlen Geschlechtern“, den Patriziern. 1396 kam es zu einer Revolte: Die Zünfte und Gaffeln, die Vertreter der Handwerker und Kaufleute, übernahmen die Macht von den Patriziern. Die Stadt erhielt am 14. September 1396 mit dem „Verbundbrief“ eine neue Verfassung. Er teilte die gesamte Bür-

01 Einen Überblick zur Kölner Stadtgeschichte bieten Carl Dietmar/Werner Jung, Köln. Die große Stadtgeschichte, Essen 2016²; oder als knapper Einstieg Carl Dietmar/Werner Jung, Kleine illustrierte Geschichte der Stadt Köln, Köln 2013¹. Dort lassen sich leicht weiterführende Literaturhinweise finden, auf deren Nennung in diesem Aufsatz aus Platzgründen verzichtet wird. Dies gilt auch für die bereits erschienenen sechs der geplanten 13 Bände der „Geschichte von Köln“, auf die hiermit nur summarisch hingewiesen wird.

gerschaft in 22 gewerblich-politische Genossenschaften, die Gaffeln oder Ämter genannt wurden. 1512 wurde in einem „Transfixbrief“ der Verbundbrief ergänzt, der in dieser Form bis zur Franzosenzeit in Kraft blieb.

Die große Mehrheit der Bevölkerung wie Frauen, kleine Handwerker, Gesellen und Dienstleute war von der politischen Willensbildung ausgeschlossen. Gegen die in Köln lebenden Juden, die erstmals 321 in einem Edikt Kaiser Konstantins erwähnt wurden, gab es mehrfach Ausschreitungen und Pogrome, so 1096, 1144 und 1348/49. 1424 mussten alle Juden Köln verlassen, da ihre Aufnahmegenehmigung nicht verlängert wurde. Das Getto wurde aufgelöst und anstelle der Synagoge die Ratskapelle errichtet. In der Zeit der Reformation blieb die Stadt „die treue Tochter der römischen Kirche“ und enge Verbündete des Kaisers aus dem Hause Habsburg. Protestanten wurden in Köln nur noch geduldet. Das Bürgerrecht durfte nur an Katholiken verliehen werden.

Ab dem 18. Jahrhundert war Köln zunehmend von einem wirtschaftlichen und sozialen Niedergang erfasst und verlor seine einstige politische Bedeutung. Köln verharrte mit Zunftsystem, Stadtverfassung und religiöser Intoleranz weitgehend in mittelalterlichen Strukturen. Der Rat war zu Reformen weder bereit noch fähig.

FRANZÖSISCHE HERRSCHAFT

Kaum ein anderes Datum in der Geschichte Kölns hat einen derart tief greifenden Wandel für nahezu alle Lebensbereiche eingeleitet wie der 6. Oktober 1794. An diesem Tag marschierten französische Revolutionstruppen in die Stadt ein. Die Ratsherren übergaben die Stadt kampflos. Die Kölner empfanden die Besatzung der Franzosen als drückend. So hatten sie die anfänglich 12000 Soldaten einzuquartieren und zu versorgen. Hektische Wechsel des politischen Kurses prägten die ersten Jahre der französischen Herrschaft. 1797 wurde der Rat endgültig abgeschafft. Schrittweise erfolgte die Eingliederung Kölns mit dem gesamten linken Rheinufer in den französischen Staat, bis die Stadt am 23. September 1802 vollgültiges Mitglied des französischen Staatsverbandes mit allen Rechten und Pflichten wurde.

Die Franzosen brachten Protestanten und Juden die Emanzipation. 1797 wurde die rechtliche Gleichstellung zwischen Protestanten und Katholiken verfügt. Diese Bestimmungen galten analog

für die Juden. Den nicht-katholischen Einwohnern wurde ausdrücklich das volle Bürgerrecht zuerkannt. Damit war ein radikaler Bruch vollzogen: Bürger war nunmehr jeder Einwohner, allerdings wohlgemerkt nicht Frauen und Kinder. Der erste öffentliche evangelische Gottesdienst in Köln fand am 23. Mai 1802 im Brauerzunftthaus statt. Drei Jahre später wurde mit der Antoniterkirche das erste evangelische Gotteshaus eingeweiht. 1812 lebten bereits über 1700 Protestanten in der Stadt. Als erster Jude seit 1424 erhielt am 16. März 1798 Josef Isaak (Josef Stern) aus Mülheim am Rhein die Erlaubnis, sich in der Stadt niederzulassen. Zu den ersten Juden, die sich in Köln ansiedelten, gehörte auch Salomon Oppenheim junior, der angesehene Handelsbankier, der 1798 seine Firma Sal. Oppenheim Jr. & Cie. nach Köln verlegte. Am 12. Oktober 1801 bildete sich eine jüdische Gemeinde, die bis 1808 auf 133 Mitglieder anwuchs.

Eine weitere grundlegende Veränderung stellte die Reform des Rechtswesens dar. Richter wurden in ihren Entscheidungen unabhängig, die Verfahren öffentlich und mündlich verhandelt und dadurch moderne rechtsstaatliche Prinzipien verwirklicht. Während der französischen Herrschaft vollzog sich auch ein wirtschaftlicher Strukturwandel. Ab der Aufhebung der Zünfte am 26. März 1798 herrschte Gewerbefreiheit. Wirtschaftliche Initiative und Kreativität waren nunmehr gefordert. Einen der tiefsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einschnitte in der Stadtgeschichte überhaupt stellt die Säkularisation dar. Ab 1802 wurden 120 Kirchen, Klöster und Kapellen aufgehoben oder kamen in Staatsbesitz, andere sakrale Bauten wurden einfach abgerissen oder zu Lagern oder Fabrikhallen umfunktioniert. Man mag den Verlust an Kunst- und Kulturgut beklagen, aber das expandierende Großgewerbe erhielt dadurch die Möglichkeit, preiswert Gebäude zu erwerben und sie zu Produktionsstätten auszubauen. Es fand einer der größten Eigentumswechsel in der Kölner Stadtgeschichte statt. Den größten Teil der säkularisierten Gebäude kauften Katholiken. Bedeutende private Kunstsammlungen wurden mit den zahllosen Kunstwerken aus aufgegebenen Klöstern und Kirchen aufgebaut.

Viele Dinge im alltäglichen Leben in Köln wandelten sich. Heirat, Geburt und Tod wurden nun auf dem Rathaus durch einen Standesbeamten beurkundet und nicht mehr vom Pfarrer. Be-

erdigungen fanden nicht mehr auf den Kirchhöfen statt, sondern ab 1810 außerhalb der Stadt auf dem neu angelegten Melaten-Friedhof. So tief greifend der Wandel durch die französische Herrschaft auch war, die Sozialstruktur Kölns blieb im Wesentlichen unangetastet. Der soziale Gegensatz war nach wie vor extrem.

Die Kölner hatten sich im Lauf der Jahre an die französische Herrschaft gewöhnt, ohne dass sie zu glühenden Anhänger der Revolution wurden. Die wirtschaftlichen Eliten schlossen nach dem Ende der revolutionären Phase ihren Frieden mit den Franzosen und brachten Sympathien für Napoleon auf. Napoleon weilte 1804 und 1811 in Köln und wurde besonders bei seinem ersten Besuch begeistert empfangen.

PREUSSISCHE HERRSCHAFT

Am Morgen des 14. Januar 1814 verließen die letzten französischen Soldaten Köln, andern tags rückten preußische und russische Truppen kampflos in die Stadt ein. Am 8. Februar 1815 erhielt Preußen auf dem Wiener Kongress die Rheinlande zugesprochen. Köln war zu einer preußischen Stadt geworden. Bei aller Freude über das Ende der französischen Besatzung stand man in Köln Preußen skeptisch gegenüber. Der Gegensatz zwischen dem protestantischen und absolutistisch regierten sowie agrarisch geprägten Preußen und der katholischen Bürgergesellschaft Kölns, die in zwanzigjähriger französischer Herrschaft tief greifende Reformen mitgemacht und in vollem Umfang das Rechts- und Verfassungssystem Frankreichs übernommen hatte, war denkbar groß.

Tatsächlich wurden die Erwartungen in Köln schnell enttäuscht. Köln spielte nicht die führende Rolle bei der Neugestaltung der Rheinlande. Ihm blieben nur der Sitz des Regierungsbezirks und das rheinische Appellationsgericht sowie die Wiederherstellung des Erzbistums. Es gelang jedoch, die von den Franzosen eingeführte Rechtsordnung zu retten. Der Kampf um das Rechtswesen bildete den Kernpunkt der rheinischen Selbstbehauptung gegenüber dem preußischen Staat.

Mit der Besetzung Kölns durch die Preußen begannen die umfassende Militarisierung der Stadt und ihr Ausbau zur größten Festungsstadt des Deutschen Reichs. Dies prägte grundlegend die Stadtentwicklung des nächsten Jahrhunderts

und bestimmt die Stadtstruktur bis auf den heutigen Tag. Die Stadt wurde durch einen Festungsring eingeschnürt, der zunächst jede räumliche Ausdehnung verhinderte, keine ausreichenden Flächen für die Ansiedlung von größeren Industrieanlagen bot und das Bevölkerungswachstum hemmte. Insgesamt wurden bis 1846 elf Forts im Halbkreis um die Stadt errichtet und in den 1870er Jahren ein äußerer Festungsring angelegt, der schließlich 42 Kilometer und 182 Befestigungswerke umfasste. Auch innerhalb der Stadt war die militärische Präsenz sehr stark.

1837 kam es zum ersten großen Konflikt zwischen preußischem Staat und katholischer Kirche. Er entzündete sich an der Frage der konfessionellen Mischehe, deren Zahl durch den Zuzug evangelischer Beamter stark gestiegen war. Die katholische Kirche lehnte die Mischehen grundsätzlich ab und machte die kirchliche Einsegnung gemischter Ehen davon abhängig, dass die Kinder katholisch getauft und erzogen wurden. In Preußen hatte sich aber die Praxis eingebürgert, Kinder nach der Religion des Vaters zu erziehen. Auf dem Höhepunkt des Konflikts wurde der Erzbischof durch bewaffnetes Militär verhaftet und auf die Festung Minden gebracht. Dieser spektakuläre Akt ist als „Kölner Ereignis“ in die Geschichte eingegangen. Jahrelange Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat folgten, die jedoch durch die vom preußischen König Friedrich Wilhelm IV. unterstützte Bewegung für die Dombauvollendung entkrampft wurden. Als Fest der Versöhnung von Thron und Altar wurde vielfach das glanzvolle nationale Fest der Grundsteinlegung zum Weiterbau des Kölner Doms am 4. September 1842 verstanden.

Kölns liebstes Fest, der Karneval, war dem preußischen Staat anfänglich nicht geheuer. Es kam 1823 zur großen Reform, die im Wesentlichen bis heute gültig ist. Das von der Obrigkeit kritisierte ungeordnete Maskentreiben wurde unterbunden und der Karneval vom „Festordnenden Comité der Kölner Lustbarkeiten“ institutionalisiert und geregelt. Der Rosenmontagszug war seitdem durch und durch organisiert. Es gehört zu den gern erzählten Legenden, dass der Karneval stets antipreußisch und antimilitärisch eingestellt gewesen sei. Schon die Reform selbst widerlegte diese Anschauung: Sie fand bereits in Absprache mit der preußischen Obrigkeit statt. Das preußische Militär stellte gegen Bezahlung Musikkorps, Militärwagen sowie Reitpferde, und

Regimentsschneider fertigten Kostüme. Spätestens nach der Reichseinheit von 1871 schwenkte der Karneval vollends ins nationalistische, kaiser-treu-staatstragende Lager.

Die wirtschaftliche und soziale Krise jener Zeit ließ in den frühen 1840er Jahren eine politisch brisante Lage entstehen. Für die Politisierung der Bevölkerung spielten die Zeitungen eine wichtige Rolle. Von Oktober 1842 bis März 1843 leitete Karl Marx die „Rheinische Zeitung“, in der radikale Kritik am preußischen Staat geübt wurde. Der brutale Einsatz des Militärs am 3. und 4. August 1846 während der Martinskirmes wurde zum Vorboden der kommenden Revolution. Die Revolution von 1848 begann in Köln.

Am späten Nachmittag des 3. März 1848 versammelte sich eine gewaltige Menge von 5000 Menschen (bei 90 000 Einwohnern) vor dem Rathaus, um dem Stadtrat ihre Forderungen zu überreichen. Doch bereits am darauffolgenden Tag verhaftete das preußische Militär die führenden Köpfe. Nachdem sich in Berlin am Morgen des 18. März 1848 der König jedoch genötigt sah, wichtige Forderungen der Märzbewegung zu erfüllen, löste dies in Köln eine Welle politischer Aktivitäten aus. Fast täglich fanden große Volksversammlungen statt, die von Tausenden von Menschen besucht wurden. Die Kölner Bürgerwehr wurde gegründet. Die Oppositionsbewegung differenzierte sich jedoch zunehmend aus, da die politischen Forderungen radikaler wurden. Die demokratische Bewegung löste sich aus der Vormundschaft der Liberalen, und es entstanden Vereine mit unterschiedlichen Zielen, in denen man Vorformen von Parteien sehen kann: der sehr große „Kölner Arbeiterverein“, die fortschrittliche „Demokratische Gesellschaft“, der liberal-konservative „Kölner Bürgerverein“, der katholische „Piusverein“ und der „Bund der Kommunisten“ um Karl Marx. Spätestens im Herbst 1848 hatte die Revolution ihren Höhepunkt überschritten. Ende September 1848 musste die Bürgerwehr ihre Waffen abliefern.

Ins Zentrum des politischen Geschehens rückte ab Ende der 1850er Jahre die Nationalbewegung, die durch das Beispiel der italienischen Einheit wiederauflebte. Der „Bruderkrieg“ von 1866 zwischen Preußen und der katholischen Großmacht Österreich stieß in Köln zwar auf fast einhellige Ablehnung, der Sieg Preußens allerdings löste große Begeisterung aus. Große Teile der Liberalen schlossen ihren Frieden mit dem Staat.

Der Ausbruch des Krieges gegen Frankreich 1870 und die Reichseinigung von 1871 waren auch in Köln mit großem Jubel aufgenommen worden. Die letzten Napoleon-Bilder verschwanden aus den guten Stuben Kölns.

AUFBRUCH ZUR MODERNEN GROSSSTADT

Nach der Reichsgründung begann der Kampf gegen die „Reichsfeinde“. Der Kulturkampf gegen den politischen Katholizismus und seine im Dezember 1870 gegründete Partei, das Zentrum, sowie gegen die katholische Kirche führte zur Verhaftung des Kölner Erzbischofs Paulus Melchers am 31. März 1874, der für 28 Wochen im städtischen Gefängnis Klingelpütz gefangen gehalten wurde. Ende 1875 entzog er sich einer erneuten Verhaftung durch seine Flucht nach Holland, von wo aus er das Erzbistum noch zehn Jahre leitete. Der Kampf des Reichskanzlers Otto von Bismarck gegen die katholische Kirche scheiterte am Ende, genauso wie der gegen die Sozialdemokratie.

Die industrielle Entwicklung setzte in Köln relativ spät ein. Doch im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Köln zu einem bedeutenden Industriestandort. Der Bau des Rheinauhafens, der Ausbau des Schienennetzes und der Neubau des Hauptbahnhofs gaben wichtige Impulse. Die ortsansässigen Firmen wuchsen erheblich, seltener kam es zur Ansiedlung neuer Industrien. Innerhalb der Kölner Wirtschaft verschoben sich deutlich die Gewichte: Die Metall- und Chemieindustrie wurde relevanter als die Textilindustrie und Zuckersiederei. Nach der Jahrhundertwende bestanden rund 100 Firmen, die mehr als 50 Personen beschäftigten. Eine wachsende Bedeutung erlangte die Farben- und Chemieindustrie. Die Industrialisierung verdrängte aber keineswegs das Handwerk, das immerhin noch ungefähr ein Viertel der Beschäftigten stellte. Auch der Dienstleistungsbereich gewann stark an Bedeutung: Der Handel, das Bankwesen und die Versicherungen machten Köln zur Handelsmetropole. Es entwickelte sich zu einem wichtigen Industriestandort, nicht aber zu einer reinen Industriestadt.

Die Einwohnerzahl Kölns verzehnfachte sich innerhalb eines Jahrhunderts. Lebten 1815 rund 52 000 Menschen in Köln, so waren es 1910 – nach den Eingemeindungen – bereits mehr als

eine halbe Million. Immer mehr Menschen mussten innerhalb der mittelalterlichen Stadtmauern eingeeignet untergebracht werden, während die Orte und Städte vor der Stadt aufblühten. Das Problem der Stadterweiterung wurde zu einer Lebensfrage für Köln. 1881 konnte die Stadt die Festungsanlagen vom preußischen Kriegsministerium abkaufen und mit dem Schleifen der Stadtmauern beginnen. Zum ersten Mal seit 1180 vergrößerte sich damit das Stadtgebiet und zwar gleich um mehr als das Doppelte. Das Kernstück der Neustadt bildete die Ringstraße, die innerhalb weniger Jahre nach dem Vorbild der Pariser Boulevards und der Ringstraßen von Wien und Antwerpen gebaut wurde. 1888 folgte der zweite Schritt der Stadterweiterung: die Eingemeindung der Vororte. Dadurch vergrößerte sich Köln um das Zehnfache auf über 11 000 Hektar und wurde zur flächenmäßig größten Stadt des Deutschen Reichs.

Köln hatte sich innerhalb kurzer Zeit zu einer modernen Großstadt gewandelt. Durch die Industrialisierung wuchsen der Stadt neue Aufgaben zu. Sie entwickelte sich zu einem Gemeinwesen modernen Gepräges, bei dem die aktive Daseinsvorsorge für die Bevölkerung der Stadt im Mittelpunkt stand. Die Stadt baute nun das Wasserwerk, Gaswerk, Elektrizitätswerk, den Schlachthof, die Kläranlage, die Hauptfeuerwache und engagierte sich im sozialen Bereich. Politisch hatte sich Köln in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs mit Preußen weitgehend ausgesöhnt. Dies zeigt sich auch darin, dass Köln 1875 als erste deutsche Stadt Bismarck die Ehrenbürgerschaft verlieh und für Wilhelm II. noch zu dessen Lebzeiten ein Denkmal aufstellte. Fast nirgendwo gab es schließlich so viele Denkmäler für die preußischen Herrscher wie in Köln.

ERSTER WELTKRIEG UND WEIMARER REPUBLIK

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges am 4. August 1914 herrschte auch in Köln wie in ganz Deutschland in weitesten Teilen der Bevölkerung großer Jubel. Köln wurde zur Drehscheibe für die militärische Versorgung der Westfront. Industriebetriebe wurden auf Rüstungsproduktion umgestellt. Im Verlauf des Krieges verschlechterte sich die Versorgungslage der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs zusehends. Es begann ein Kampf ums tägliche

Überleben. Am Ende des Krieges waren 15 000 Kölner auf den Schlachtfeldern gefallen.

Am 7. November 1918 brach in Köln als erster Stadt Deutschlands die Novemberrevolution aus – wie bei der Revolution von 1848 früher als andersorts. Es war jedoch eine der seltsamsten Revolutionen, die die Welt je gesehen hatte. Ein großer Trupp von Matrosen war an diesem Tag in Köln eingetroffen, um die hier einsitzenden Matrosen der Wilhelmshavener Flottenmeuterei von 1917 zu befreien. Am nächsten Tag rief der Kölner SPD-Vorsitzende Wilhelm Sollmann auf einer Kundgebung die sozialistische Republik aus. Es wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Als am 9. November die Nachricht von der Ausrufung der Republik und der Ernennung des SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert zum Reichskanzler in Köln eintraf, kündigte Sollmann die baldige Selbstauflösung des Rates an – ein Tag nach seiner Gründung. Freiwillig gab der Arbeiter- und Soldatenrat bereits nach drei Tagen alle wesentlichen Befugnisse wieder aus der Hand. Aufgelöst wurde er schließlich von den britischen Besatzern, die ab dem 6. Dezember für fünf Jahre in Köln stationiert waren.

Die Novemberrevolution bewirkte in der Kommunalpolitik zwei wesentliche Veränderungen: Zum ersten Mal in den 700 Jahren des Kölner Rates konnten nun Frauen wählen und gewählt werden. Zudem wurde das Dreiklassenwahlrecht abgeschafft. Die dominierende politische Kraft in Köln während der Weimarer Republik wurde das Zentrum, auch wenn die beiden Arbeiterparteien SPD und KPD recht stark blieben. Die Geschicke der Kommunalpolitik bestimmte in erster Linie Konrad Adenauer als Oberbürgermeister.

Trotz der großen Not und der akuten Bedrohung der Demokratie in den ersten Nachkriegsjahren wurden gerade damals zahlreiche für die Zukunft der Stadt entscheidende Großprojekte verwirklicht, die allesamt wesentlich von Adenauer vorangetrieben wurden. Dazu zählten beispielsweise die Wiedergründung der Universität 1919, die Anlegung des Grüngürtels nach der durch den Versailler Vertrag erzwungenen Schleifung der Kölner Festung, der Bau des 1924 eingeweihten Messegeländes, die Verlegung des Westdeutschen Rundfunks nach Köln 1926 und die Ansiedlung der Ford-Werke 1929. Köln hatte eine imponierende Entwicklung zur Metropole des Rheinlandes zurückgelegt. Die Internationa-

le Presseausstellung „Pressa“ 1928 galt als Höhepunkt der damaligen Zeit.

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise, die mit dem New Yorker Börsenkrach am 24. Oktober 1929, dem „Schwarzen Freitag“, begann, stieg die Zahl der Erwerblosen auch in Köln deutlich: 70 000 im Oktober 1930 und rund 110 000 im Juli 1932. Knapp ein Drittel der Bevölkerung lebte im März 1933 vom Arbeitslosengeld oder von der „Stütze“. Die Stadt war pleite, seit Herbst 1932 zahlungsunfähig. Die sozialpsychologischen und politischen Auswirkungen der Krise waren gravierend. Sie untergrub das Vertrauen eines Großteils der Bevölkerung in die Demokratie, denn viele hatten schon bei der Krise von 1923 ihr Vermögen verloren und waren nun innerhalb weniger Jahre zum zweiten Mal betroffen. Eine politische Radikalisierung ungeahnten Ausmaßes war die Folge: Nationalsozialisten und Kommunisten waren die politischen Gewinner der Krise. Bereits vor 1933 war es den Nationalsozialisten gelungen, auch in Köln eine umfassende Organisation aufzubauen. Bei den Reichstagswahlen im September 1930 verzeichnete die NSDAP einen Erdrutschsieg. Nicht zuletzt Fehleinschätzungen der anderen politischen Parteien hatten Aufstieg und schließlich Machtübernahme der Nationalsozialisten begünstigt. Einen Höhepunkt erreichte die Krise im Juli 1932, als die Reichsregierung Franz von Papens mittels eines Staatsstreichs die preußische Regierung Otto Brauns absetzte. Dieser „Preußenschlag“ hatte auch in Köln durch die Absetzung des Polizeipräsidenten eine folgenreiche Auswirkung.

KÖLN IM NATIONALSOZIALISMUS

Die Etablierung der Macht der Nationalsozialisten vollzog sich in Köln so reibungslos wie in den frühen Hochburgen der NSDAP. Am 13. März 1933, einen Tag nach den Kommunalwahlen, besetzten die Nationalsozialisten das Rathaus und übernahmen offiziell die Macht in der Stadt. Zügig verlief in Köln der Prozess der „Gleichschaltung“. Innerhalb weniger Wochen und Monate wurden Parteien und Gewerkschaften, Presse und Rundfunk, Verbände und Vereine nach nationalsozialistischen Prinzipien ausgerichtet. Die Kölner Universität schaltete sich am 11. April 1933 noch vor der Gleichschaltung der Universitäten auf Reichsebene selbst gleich. Rasch passete sich auch die katholische Kirche an die neuen

Verhältnisse an und schloss im Juli 1933 ein Konkordat mit dem Deutschen Reich.

Die NSDAP maß Köln als „Metropole des Westens“ besondere Bedeutung zu. Hier befand sich von Anfang an der Sitz der Gauleitung, der die Regierungsbezirke Köln und Aachen umfasste. Von 1934 an nutzte sie das große Gebäude der alten Universität in der Claudiusstraße. Neben der Gauleitung mit ihren zahlreichen Ämtern gab es bis zu 125 Ortsgruppen (Stand 1942), die wiederum in Zellen und Blocks unterteilt waren. Demnach waren Zehntausende Kölnerinnen und Kölner aktive NSDAP-Mitglieder. Bereits 1935 zählte der Gau Köln-Aachen über 90 000 Parteigenossen. Die Nationalsozialisten strebten eine möglichst dauernde politische Mobilisierung der Bevölkerung an und verlangten ständig neue Loyalitätsbekundungen zum Regime wie den „Hitler-Gruß“ und Spenden. In der Jugend erkannte das NS-Regime die Zukunft des Nationalsozialismus und versuchte, sie mit der Hitler-Jugend zu erfassen.

Seine Gegner verfolgte das Regime unerbittlich mit seinem Macht- und Terrorapparat. Gefürchtet war vor allem die Gestapo, die in Köln im Dezember 1935 ihre neue Zentrale im EL-DE-Haus am Appellhofplatz bezog. Auch die Polizei unterstützte das NS-Regime bereitwillig und war Vollstrecker seines Rassenwahns. Die Kölner Justiz war ebenfalls in die NS-Diktatur verstrickt.

Köln entwickelte sich zum Zentrum der rassistischen Verfolgung im Rheinland, an der sich mehrere Institutionen von Partei, Stadt, Justiz bis hin zur Universität beteiligten. Der Rassenwahn traf zunächst und vor allem die rund 16 000 Kölner Juden. Ihre systematische Diskriminierung und Ausgrenzung hatte unmittelbar nach der Machtübernahme begonnen. Mit dem Pogrom vom 9./10. November 1938 verschärfte sich der antijüdische Terror. Die wirtschaftliche Existenzvernichtung der Juden – euphemistisch „Arisierung“ genannt – trat in eine neue Phase. Ab Juni 1941 waren die Juden gezwungen, nur in bestimmten Häusern, den „Judenhäusern“, zu wohnen, und später wurden sie im Fort V in Müngersdorf konzentriert. Von Oktober 1941 bis März 1945 erfolgten schließlich über den Bahnhof Deutz-Tief die Deportationen in die Gettos und Vernichtungslager im Osten. Rund der Hälfte der Juden gelang es, rechtzeitig bis 1939 zu emigrieren. Über 7100 Kölner Juden wurden ermordet. Darüber hinaus wurden mehrere Tau-

send Juden aus dem Kölner Umland von Köln aus deportiert. Auch die Sinti und Roma, in Köln einige Hundert Familien, wurden als „artfremde und minderwertige Rasse“ verfolgt. Im Mai 1940 wurden – als erste Gruppe überhaupt – rund 1000 Sinti und Roma über die Messe und den Bahnhof Deutz-Tief in das besetzte Polen und im Mai 1943 weitere rund 350 in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Zum Rassenwahn der Nationalsozialisten zählt auch die Tatsache, dass in Köln über 4000 Menschen zwangssterilisiert wurden und Insassen aus Heil- und Pflegeanstalten im Rahmen der sogenannten Euthanasie ermordet wurden. Diskriminierungen und Verfolgungen bis hin zur Internierung in Konzentrationslager erlitten auch Homosexuelle und als „Asoziale“ Verfolgte wie Bettler, Obdachlose oder Prostituierte.

Die Herrschaft der Nationalsozialisten in Köln war zu keinem Zeitpunkt ernsthaft durch Widerstand bedroht. Obwohl sich Tausende verweigerten oder aktiven Widerstand leisteten, fanden sie in der großen Mehrheit der Bevölkerung keinen Rückhalt. Es war ein „Widerstand ohne Volk“. Den umfangreichsten Widerstand leistete die KPD, die bereits vor 1933 auf die Arbeit im Untergrund eingestellt gewesen war. Deutlich geringer war der Widerstand von sozialdemokratischen sowie mehreren kleineren linkssozialistischen und oppositionellen kommunistischen Gruppen. Aus den Reihen der Katholiken leisteten vor allem Mitarbeiter des Kolping-Werks und der Katholischen Arbeiterbewegung Widerstand und bei den Protestanten die „Bekennende Kirche“. Besonders zahlreich sammelten sich unangepasste und oppositionelle Jugendliche in der Katholischen Jugendbewegung, bei den Navajos oder bei den Edelweißpiraten.

Während des Krieges wurden viele Tausende Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge zur Bewältigung der Folgen der Luftangriffe, beim Bombenentschärfen und der Bergung von Leichen, bei Entrümmerungsarbeiten und Notbaumaßnahmen eingesetzt. Sie arbeiteten in der Rüstungsindustrie, bei der Reichsbahn und der Stadt Köln, aber auch in der Landwirtschaft oder in kleineren Betrieben. In der Endphase des Krieges verschärfte das Regime seinen Terror. Die Gestapo ließ ab Ende Oktober 1944 auf dem Hofgelände des EL-DE-Hauses mehrere Hundert Häftlinge hinrichten und vollzog im Oktober und Novem-

ber 1944 zwei öffentliche Hinrichtungen in Köln-Ehrenfeld.

Als frontnahe Stadt war Köln vom 13. Mai 1940 bis zum 2. März 1945 262 alliierten Luftangriffen ausgesetzt, bei denen 20000 Menschen getötet wurden. Vor allem die Innenstadt lag in Schutt und Asche. Am 6. März 1945 besetzten amerikanische Truppen das linksrheinische Köln und – da kurz zuvor die Hohenzollernbrücke als die letzte intakte Brücke von deutschen Pionieren gesprengt wurde – das rechtsrheinische Köln zwischen dem 12. und 15. März 1945. Köln war von der NS-Herrschaft befreit.

Eine Sonderrolle in der Zeit des Nationalsozialismus kann Köln nicht für sich beanspruchen. Die bis auf den heutigen Tag beliebte Legende, Köln sei wegen seiner vorgeblich liberalen, freiheitlichen und katholischen Art weitgehend resistent gegenüber dem Nationalsozialismus oder zumindest bei Weitem nicht so anfällig wie andere Städte gewesen, kann als widerlegt betrachtet werden. Tatsächlich stand auch in Köln der größte Teil der Bevölkerung zustimmend zu dem System, Tausende waren durch Funktionen in der Partei und ihren Gliederungen sowie im Staat unmittelbar verstrickt – bis hin zu Verbrechen. Die Kölner waren während der NS-Zeit grundsätzlich nicht anders als andere Deutsche und Köln grundsätzlich nicht anders als andere Orte.

WERNER JUNG

ist promovierter Historiker und Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln.
werner.jung@stadt-koeln.de

ESSAY

DIE STADT UND DER DOM

Eine persönliche Sicht der ehemaligen Dombaumeisterin

Barbara Schock-Werner

Schon bevor ich 1999 mein Amt als Dombaumeisterin antrat, kam ich immer wieder nach Köln, und ich erinnere mich genau, dass der Dom, jedes Mal, wenn ich das Bahnhofsgebäude verließ, mir noch größer vorkam, als ich ihn in Erinnerung hatte. Dabei war er ja keinesfalls neu für mich. Ich hatte in Bonn Kunstgeschichte studiert und da führten meine Wege zwangsläufig immer wieder nach Köln und zum Dom.

So wie mir geht es sicher vielen: Einheimischen, Menschen aus der Region und Fremden. Wenn man in seine Nähe kommt, ist der Dom einfach groß und für manche mag er, seiner dunklen Farbe wegen, auch ein bisschen beängstigend wirken. Beängstigend vielleicht, aber nicht abschreckend. Der Kölner Dom ist auch jüngeren Umfragen zufolge noch immer das beliebteste Bauwerk in Deutschland, und auf der ganzen Welt steht er nicht nur für die Stadt am Rhein, sondern für Deutschland ganz allgemein. Etwa sechs Millionen Menschen besuchen ihn in jedem Jahr, das sind an manchen Tagen bis zu 20 000 Besucher.

GENIALER BAUPLAN

Was suchen Sie, warum kommen sie? Da ist zum einen die Tatsache, dass der Dom in vieler Hinsicht dem Idealbild einer Kathedrale entspricht. „Die vollkommene Kathedrale“ hat mein Vorgänger Arnold Wolff dieses Phänomen immer genannt. Trotz einer über 630-jährigen Bauzeit ist der Dom nach einem Entwurf errichtet worden. Vom 13. bis ins 19. Jahrhundert folgten die Baumeister dem Plan, den der geniale erste Architekt Meister Gerhard im Mittelalter festgelegt hatte. An vielen großen Kirchen kann man die Zeit ihrer Entstehung am wechselnden Stil wie in Jahresringe ablesen. In Köln sind die Abweichungen vom originalen Plan so gering, dass nur Spezialisten sie wahrnehmen können. Die Einheitlichkeit und die

Größe nehmen den Betrachter gefangen. Dazu kommt, dass der Dom keinen radikalen Bildersturm erlebt und damit die mittelalterliche Ausstattung bewahrt hat. Seine größten Schätze, das Gerokruzifix und der Schrein der Heiligen Drei Könige bilden bis heute geistige Zentren und sind Ziel von Wallfahrten. Später dazu gekommene – wie der Altar der Stadtpatrone, der Klaren- und der Agilolphusaltar aus anderen Kirchen – haben im 19. Jahrhundert einen Platz im Dom gefunden. Mit seinen Pfeilerskulpturen, Wandmalereien, Altären und Grabmalern gibt er den Besuchern ein Bild eines traditionellen Kirchenraums. Es ist aber nicht nur das Bild – der Dom ist noch immer eine „aktive“ Kirche, täglich finden Gottesdienste statt.

Am meisten faszinieren die Besucher sicher die farbigen Glasfenster. Fast 8000 Quadratmeter historischer Glasmalerei finden sich in den spitzbogigen Öffnungen dieses gewaltigen Bauwerks. Das älteste Fenster findet sich am östlichsten Punkt, dieses „Ältere Bibelfenster“ ist um 1260 entstanden. Nicht weniger spektakulär, ja wegen der Diskussion um seine Entstehung geradezu berühmt geworden, ist das große Südquerhausfenster nach dem Entwurf von Gerhard Richter. Es ist 2007 eingeweiht worden. Es gibt tatsächlich viele Besucher, die nur seinetwegen kommen. „Wo ist das Fenster?“, fragen Sie die Aufsicht führenden Schweizer. Als ob es im Dom nur eines gäbe. Ebenso bewundert werden die von König Ludwig I. geschenkten sogenannten Bayernfenster an der südlichen Langhauswand.

Trotz der touristischen Besucher und Fremden aus aller Welt ist der Dom vor allem Ziel für die Menschen aus der Stadt und der Region. „Immer wenn ich in die Stadt komme, gehe ich als erstes in den Dom“, war ein Satz den ich unzählige Male gehört habe. Das ist für die Menschen ein Bedürfnis, und viele zünden vor der barocken Schmuckmadonna, von der es heißt, sie könne in persönlichen

Anliegen helfen, eine Kerze an. Die Behauptung, wir leben in einer völlig laizistischen Gesellschaft, wird im Nordquerhaus, wo das Gnadenbild steht, täglich viele hundert Male widerlegt. Für die Kölner ist es „Unser Dom“, völlig unabhängig welcher Glaubensrichtung sie angehören und ob sie überhaupt gläubig sind. In nahezu jedem Lied kommt der Dom vor, und es gibt mehr als hundert Kölner Lieder, in die der Bewohner der Stadt und des Umlandes jederzeit einstimmen kann, weil er zumindest den Refrain kennt.

Ich kenne kein anderes Bauwerk auf der Welt oder, machen wir es etwas bescheidener, in Europa, das so fest im Herzen der Menschen verankert ist wie der Dom in Köln. Der Zentral-Dombau-Verein zu Köln, der mit dafür sorgt, dass der Dom so gut erhalten werden kann, hat etwa 14 000 Mitglieder. Davon können andere Bürgerinitiativen nur träumen.

KÖLNER UNBESCHWERTHEIT?

Das ist der Dom – und was ist mit der Stadt? Köln geht auf eine römische Siedlung zurück, und die Struktur dieser römischen Stadt prägt die Innenstadt bis heute. Das „Heilige Köln“ wurde die Stadt in der Frühen Neuzeit genannt, und allein in der Fläche innerhalb der alten Stadtmauern finden sich, trotz vieler Verluste in der Säkularisation, neben dem Dom noch zwölf Romanische Kirchen. Bis auf den Dom hat der Zweite Weltkrieg alle diese Kirchen mit der gesamten Innenstadt in Schutt und Asche gelegt. Dass der Dom, wenn auch mit großen Schäden, die Zerstörung überlebt hat, erschien in der Nachkriegszeit vielen Menschen wie ein Wunder und Zeichen der Hoffnung. Die Stadt ist auferstanden; sie hat 1946 auch den kühnen Entschluss gefasst, ihre Kirchen wieder aufzubauen – sehr mutig in dieser Zeit. Man sieht Köln aber den Wiederaufbau an. Als die Diskussion darum ging, eine Fehlstelle, die eine Bombe 1944 in einen Pfeiler im Westen des Doms gerissen hatte, als Erinnerung an den Krieg sichtbar zu lassen, habe ich immer das Argument angeführt, ganz Köln ist eine Erinnerung an den Krieg, da braucht es die sogenannte Ziegelplombe nicht.

Was an der Stadt jedoch anzieht, was viele Besucher dazu bringt, einige Tage, ein Wochenende in der Stadt zu verbringen, ist ihre ungeheure Lebendigkeit. Auch mich hat in Köln von Anfang an fasziniert, dass man sich hier mit einem

Kölsch in der Hand mit wildfremden Menschen wunderbar unterhalten kann und das auch tut. Ich erinnere mich an eine fast surreale Unterhaltung mit einem Mann, der behauptete, Vertreter für Kartoffelsalat in der Tube zu sein. Man redet miteinander, ohne dass man damit ein Versprechen eingeht. Man sagt nachher „Tschö“ und geht gut gelaunt nach Hause. Im Süden, wo ich herkomme, ist so etwas schon viel gefährlicher, weil man nicht weiß, ob diese Art der Kommunikation nicht falsch verstanden wird. Ich habe das Gefühl, in Köln bewegen sich Frauen und Mädchen unbeschwerter durch die Stadt.

Gerade das ist das Problem. Die Art der Kölner Kommunikation kann zu großen Missverständnissen führen, und das ist ja auch geschehen. Wer die unbeschwerter Art Karneval zu feiern nicht begreift oder verstehen will, sieht darin nur eine Möglichkeit sich sinnlos zu betrinken, und wer die freie Bewegung selbständiger Frauen und Mädchen nicht kennt oder nicht gewohnt ist, sieht in diesen Freiwild, das man einfach belästigen oder gar sexuell bedrängen kann. Damit ist Köln missverstanden und das muss korrigiert werden. Die furchtbaren Ereignisse der Silvesternacht 2015/16 werden sich an demselben Ort bestimmt nicht wiederholen. Dass Ähnliches an anderer Stelle geschieht, möchte ich nicht ausschließen. Wenn man ganz viel Polizei und Ordnungskräfte an diese Orte schickt, können diese sicherer werden. Aber das Grundsätzlichere und viel Wichtigere wäre, die andere Lebensart zu vermitteln. Ich könnte es nur schwer ertragen, wenn gerade Köln zu einer Polizeistadt wird, in der ich mich nur bewegen kann, weil ich mich ständig unter den Augen der Polizei befinde. Köln ist eine urbane, eine lebendige, junge aber inzwischen auch schwierige Stadt geworden. Die Aufgabe für die nächsten Jahre lautet, wie behält man Offenheit, Toleranz und Lebensfreude bei und sorgt gleichzeitig für die Sicherheit der Bürger?

BARBARA SCHOCK-WERNER

war von 1999 bis 2012 Dombaumeisterin des Kölner Doms. Sie promovierte über gotische Architektur und mittelalterlichen Baubetrieb. bsw@barbara-schock-werner.de

„KEIN KÖLSCH FÜR NAZIS“

Kommunales Wir-Gefühl als politische Mobilisierungsressource

Alexander Häusler

In der kommunalen Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus spielt in Köln der Lokalpatriotismus eine besondere Rolle. Als beispielsweise im Herbst 2008 die rechtsextreme Stadtratsfraktion Pro Köln einen „Anti-Islamisierungskongress“ in der Domstadt angekündigt hatte, ließen Gastwirte Bierdeckel mit der Aufschrift „Kein Kölsch für Nazis“ drucken.⁰¹ Und nachdem am 26. Oktober 2014 zwischen 3000 und 5000 Hooligans und Rechtsextreme in Köln unter dem Motto „Hooligans gegen Salafisten“ demonstriert und randaliert hatten, mobilisierten Kölner Künstlerinnen und Musiker gemeinsam mit lokalen Bündnissen unter dem Motto „Du bes Kölle – Kein Nazis he op unser Plätz“ („Du bist Köln – Keine Nazis hier auf unseren Plätzen“) die dreifache Menge an Menschen, um am 14. Dezember auf dem Breslauer Platz gegen Rassismus zu demonstrieren. Der Sänger Tommy Engel präsentierte auf der Demonstration den entsprechenden Songtext mit dem Refrain „Du bes Kölle – Du bes super tolerant, nur dā Nazis jevve mir he nit de Hand“ („Du bist Köln – du bist super tolerant, nur Nazis geben wir hier nicht die Hand“).⁰²

FALSCH VERSTANDENE TOLERANZ?

Dieses zivilgesellschaftlich proklamierte Kölner Toleranzedikt stieß nach den Ereignissen der Kölner Silvesternacht 2015/16 auf medialen Widerspruch: Die massiven sexuellen Übergriffe wurden in vielen Medien nicht nur zum Anlass genommen, ein angebliches Ende der Willkommenskultur in Deutschland zu verkünden.⁰³ Zugleich wurde kolportiert, eine „falsche Toleranz“⁰⁴ gegenüber muslimischen Zugewanderten habe solche Ereignisse erst ermöglicht. Allerdings stehen die Ereignisse jener Silvesternacht

in keinem Zusammenhang mit der lokalen Mobilisierung gegen Rechts: Vielmehr veranschaulichen solche Kommentierungen die Gefahr einer unsachlichen Vermischung des Problems sexualisierter Gewalt mit politischem Streit um den richtigen und falschen Umgang mit Zuwanderungsproblemen und Ressentiments gegenüber Muslimen. Zugespitzt wurde die rechte Stimmungsmache mit einer Hetze gegen sogenannte Gutmenschen.⁰⁵ In Köln protestierten deshalb Frauen im März 2016 am Internationalen Frauentag gegen die Instrumentalisierung der Opfer zur Legitimierung einer restriktiveren Einwanderungspolitik.

Was hat es also mit der „kölschen Toleranz“ auf sich? Gibt es in Köln tatsächlich eine Art kommunales Wir-Gefühl, das erfolgreich Widerstand gegen Rechts mobilisieren kann?

RECHTSEXTREMISMUS IN KÖLN

Köln beherbergt an sich weder einen besonderen Menschentypus, noch sind seine Bewohner qua Wohnbescheinigung vor Rassismus und Rechtsextremismus gefeit. Vielmehr zeigt die lange Geschichte rechtsextremer Aktionen im Kölner Raum, dass sich die Stadt nicht grundlegend von anderen Großstädten unterscheidet. Oftmals waren und sind es spezifische politische Gelegenheitsstrukturen, die rechtsextremen Akteuren Gründe zur Intervention bieten. So bot beispielsweise Ende der 1990er Jahre die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ Neonazis Anlass zum Protestmarsch in vielen deutschen Städten. In Köln trafen am 22. Mai 1999 rund 200 Neonazis unter Führung der NPD auf die ungefähr fünffache Zahl von Gegendemonstranten. Der Neonazi-Protestzug endete schon nach wenigen hundert Metern am Kölner Ebertplatz im Toma-

tenhagel. Die Gegendemonstranten besorgten sich ihr Wurfmaterial von den zahlreichen umliegenden türkeistämmigen Gemüsehändlern.⁰⁶

Doch auch rechtsextreme Parteien konnten wiederkehrend in Köln Fuß fassen: Zunächst waren es die Republikaner und besonders ihre Abspaltung die Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH), die die Stadt Köln zum agitatorischen Schwerpunkt erkor. In Nordrhein-Westfalen zählte Köln wiederholt neben Dortmund und dem Aachener Raum zu den sogenannten Hotspots der rechten Szene. Unter der Leitung von Markus Beisicht und Manfred Rouhs entwickelte sich der Kölner DLVH-Stützpunkt zu einer überregionalen Anlaufstelle der extremen Rechten. Mit rassistischen Kampagnen allgemein und besonders durch Hetze gegen Sinti und Roma erreichten die Rechten öffentliche Aufmerksamkeit. So setzte die DLVH beispielsweise ein Kopfgeld für die Ergreifung einer illegal in Köln lebenden Roma-Frau aus. Zugleich nutzte die Partei lokalpatriotisch anbietende Slogans wie „Domit uns Kölle kölsch blieb“ („Damit unser Köln kölsch bleibt“) und gab eine Parteizeitschrift mit dem Namen „Domspitzen“ heraus, um sich einen bürgernahen Anstrich zu geben.⁰⁷

Diese rechte Instrumentalisierung von Kölsch-tümelei wurde nach Auflösung der DLVH 1996 von ihrer Nachfolgeorganisation Pro Köln übernommen. Den Pro-Köln-Funktionären Beisicht und Rouhs gelang es in der Folgezeit, ihre Partei zu einem wichtigen Bezugspunkt für Aktionen und Aufmärsche der extrem rechten Szene in

Nordrhein-Westfalen auszubauen. Mit Kampagnen gegen Einwanderer und gegen einen lokalen Moscheebau erreichte die Partei bei der Kommunalwahl 2004 4,7 Prozent der Stimmen und zog mit vier Mandaten in den Kölner Stadtrat ein. Lokalpolitik und Lokalpresse hatten die Wirkungsmächtigkeit solcher rechtspopulistischen und zugleich lokalpatriotisch anbietenden Kampagnen unterschätzt – die bisherige „Strategie des Ignorierens war gescheitert“.⁰⁸ Dies änderte sich bald: Den rechtspopulistischen Inszenierungen trat ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis entgegen. Nach einem Wahlerfolg von 5,4 Prozent bei den Kommunalwahlen 2009 (fünf Mandate) verlor Pro Köln bei den darauffolgenden Wahlen 2014 mit einer Wählerzustimmung von 0,5 Prozent ihre Sitze im Stadtrat.⁰⁹

Auch die militante Neonazi-Szene versuchte sich immer wieder in Köln gesellschaftlich zu verankern. Am 8. Mai 2012 verbot das NRW-Innenministerium die neonazistische „Kameradschaft Walter Spangenberg“, die auch unter dem Label „Freies Netz Köln“ für zahlreiche rechts-extreme Delikte verantwortlich gewesen ist.¹⁰ Im Kontext der Aufdeckung der neonazistischen NSU-Terrorzelle wurde offenbar, dass deren rassistisches Verbrechen auch in Köln vollzogen wurden. Bislang sind folgende Fälle bekannt: Im Dezember 2000 wurde eine Sprengfalle in einer Stollendose im Lebensmittelgeschäft der Familie M. in der Probsteigasse platziert. Als die Tochter des Inhabers am 19. Januar 2001 die Dose öffnete, explodierte die Bombe und verletzte die Frau schwer. Nicht völlig ausgeräumt ist bislang der Verdacht, dass dieser Anschlag in Zusammenhang mit einem Mitglied der „Kameradschaft Walter Spangenberg“ steht, das auch als V-Mann tätig war.¹¹ Am 9. Juni 2004 wurde

01 Vgl. Helmut Frangenberg, Protestaktion „Kein Kölsch für Nazis“, 12.8.2008, www.ksta.de/13599490.

02 Vgl. Inge Wozelka, „Du bes Kölle“. Tommy Engel: Hymne für Arsch huh umgedichtet, 13.12.14, www.express.de/374640.

03 Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian Werthschulte in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

04 Etwa Alice Schwarzer in einem Interview mit dem Tagesanzeiger. Die Polizei ist selber Opfer falscher Toleranz, Interview mit Alice Schwarzer, 21.1.2016, www.tagesanzeiger.ch/30704902.

05 Vgl. Isolde Aigner/Margarete Jäger/Regina Wamper, Destruktive Wirkungen. Die Instrumentalisierung der Silvesterereignisse in Köln, in: Alexander Häusler/Fabian Virchow (Hrsg.), Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments, Hamburg 2016, S. 63–72.

06 Vgl. NPD-Demo in Köln am 22. Mai 1999. Ein Kommentar, 4.6.1999, www.hagalil.com/deutschland/rechts/koeln/npd-demo.htm.

07 Vgl. Hans-Peter Killguss/Jürgen Peters/Alexander Häusler, PRO KÖLN – Entstehung und Aktivitäten, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 55–71.

08 Susana Dos Santos Hermann, Umgang mit PRO KÖLN im Stadtrat, in: ebd., S. 258–266, hier S. 259.

09 Einschränkung muss erwähnt werden, dass der Niedergang von Pro Köln nicht ausschließlich dem öffentlichen Protest gegen Rechts geschuldet ist. Neben heftigen internen Querelen hat auch der Aufstieg der rechtspopulistischen AfD (3,6 Prozent bei der Kommunalwahl 2014 in Köln) den Abstieg von Pro Köln in die politische Bedeutungslosigkeit besiegelt.

10 Ihren Namen entlieh sich die verbotene Neonazi-Gruppierung von einem Kölner SA-Mann, der im Februar 1933 bei tätlichen Auseinandersetzungen mit Kommunisten ums Leben kam. Spangenberg wurde daraufhin von der NSDAP zu einem „Blutzeugen der Bewegung“ erklärt.

11 Vgl. Jörg Diehl, NSU-Anschlag in Köln. V-Mann unter Verdacht, 14.6.2015, www.spiegel.de/panorama/justiz/a-1038739.html.

auf der Köln-Mülheimer Keupstraße vom NSU ein Nagelbombenanschlag mit über fünf Kilogramm Sprengstoff und 800 Zimmermannsnägeln verübt, der mehr als 22 Menschen zum Teil schwer verletzte. Vor Aufdeckung der Taturheberschaft wurden unter anderem auch Anwohner und Verwandte der Opfer polizeilich der Mittat verdächtigt. Großes Entsetzen rief kürzlich der rechtsextrem motivierte Mordversuch an der Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker hervor. Der Rechtsextremist Frank S. stach die frühere Beigeordnete für Soziales, Integration und Umwelt der Stadt Köln am 17. Oktober 2015, einen Tag vor der Oberbürgermeisterwahl, am Wahlkampfstand mit einem Messer in den Hals und verletzte sie schwer. Er machte die spätere Oberbürgermeisterin für den Flüchtlingszuzug nach Köln verantwortlich.

Dieser selektive Rückblick auf rechtsextreme Aktivitäten in Köln zeigt, dass in der Stadt nicht signifikant weniger Rechtsextremismus in Erscheinung tritt als in anderen großen Kommunen. Allerdings lässt sich feststellen, dass das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Köln Besonderheiten aufweist und in vielerlei Hinsicht deutlich breitenwirksamer ist und identitätsstiftender wirkt als in anderen Kommunen. Wie lässt sich das erklären?

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE ANTWORT

In Köln gibt es ein tief verankertes, weit verbreitetes und historisch tradiertes gesellschaftliches Engagement, das den Grundstein gelegt hat für ein stadtgemeinschaftliches Wir-Gefühl, das Toleranz und multikulturelles Miteinander hochhält. Angestoßen von zivilgesellschaftlichen Initiativen erfuhrt dieses Narrativ des „toleranten Kölns“ Resonanzräume und Verfestigungen in der gesellschaftlich stark verwurzelten Künstler- und Musikerszene, im universitären Studierenden- und Forschungsbereich sowie in der Politik und Verwaltung.

Das langjährige Engagement gegen Rassismus lässt sich anhand des 1983 entstandenen „Kölner Appells gegen menschenfeindliche Ausländerpolitik“ veranschaulichen: Der Appell wurde als Antwort auf die Ankündigung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl formuliert, der die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Tür-

kinnen und Türken um 50 Prozent senken wollte. Daraus war 1987 zunächst ein eingetragener Verein zur Unterstützung von Geflüchteten entstanden, der seine Aktivitäten immer weiter entfaltete.¹²

Die hervorzuhebende Bedeutung der Künstlerszene zur lokalpatriotischen Verfestigung der Erzählung vom toleranten und weltoffenen Köln lässt sich an der Gründung der „AG Arsch huh“ 1992 veranschaulichen. Diese Arbeitsgruppe wurde von Musikern und anderen Künstlern unter dem Motto „Arsch huh, Zäng ussenander“ („Arsch hoch, Zähne auseinander“) ins Leben gerufen. Sie war eine Reaktion auf eine Reihe von Vorfällen eskalierender rassistischer Gewalt in Deutschland angesichts steigender Asylbewerberzahlen aufgrund des Bürgerkriegs in Jugoslawien. Die AG Arsch huh konnte am 9. November 1992 über 100 000 Menschen auf den Kölner Chlodwigplatz zum Konzerthappening gegen Rassismus und Neonazis mobilisieren.¹³ In der Folgezeit entwickelte die AG immer wieder äußerst breitenwirksame Aktivitäten gegen Rechts.¹⁴

Auch viele lokale Initiativen und Bündnisse prägen die milieu- und generationsübergreifende bunte Protestkultur gegen Rechts: Das Netzwerk kommunaler Akteure reicht von Zusammenschlüssen wie „Köln stellt sich quer“ über die „Antifaschistische Koordination Köln und Umland“ bis hin zu diversen Vereinen, Initiativen und Einrichtungen. Die Stadt richtete zudem mit einer Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, die beim NS-Dokumentationsarchiv der Stadt Köln angesiedelt ist, einen professionell tätigen Bildungsträger ein, der lokal und auch überregional breitenwirksam Präventions- und Aufklärungsarbeit leistet.¹⁵ In der wissenschaftlichen Forschung erfährt die Gestaltungsfähigkeit Kölns als „weltoffene Stadt“ in Untersuchungen regel-

12 Ein vom Kölner Appell 2002 herausgegebenes „Stadtbuch gegen Rassismus“ veranschaulicht auf über 400 Seiten die vielfältigen lokalen Aktivitäten und Netzwerke. Siehe Kölner Appell e. V. (Hrsg.), Köln International. Ein Stadtbuch gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, Köln 2002.

13 Einen überaus lesenswerten Einblick in diese Aktivitäten gibt das Buch von Helmut Frangenberg (Hrsg.), Arsch huh, Zäng ussenander! Gegen Rassismus + Neonazis. Eine Stadt. Eine Bewegung. Ein Aufruf, Köln 2012.

14 Zur Historie der AG siehe www.arschhuh.de/historie.

15 Für Informationen über die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) siehe www.museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/pages/463.aspx?s=463.



Arsch-huh Konzert am 9. November 1992: 100 000 Menschen versammelten sich am Chlodwigplatz.

Foto: Stefan Worring

mäßig besondere Aufmerksamkeit.¹⁶ Ebenso ist Köln wegen Projekten wie „Lebenswerte Veedel“, die durch integrierte Stadt- und Stadtteilentwicklung den Bürgern Gestaltungsmöglichkeiten bieten sollen, im besonderen Blickpunkt der integrativen Stadtforschung.¹⁷

Der sozialräumliche Blick zur Stärkung von gesellschaftlicher Teilhabe und des Zusammenhalts spiegelt sich auch in den Initiativen gegen Rechts wider. Auf Initiative der „Interessengemeinschaft Keupstraße“ entstand in Kooperation mit der AG Arsch huh das Bündnis Birlikte. Am 9. Juni 2014, zehn Jahre nach dem NSU-Nagelbombenanschlag, feierten rund 70 000 Besucher unter dem Motto „Birlikte – Zusammenstehen“ gemeinsam mit den Anwohnern und Geschäftsleuten der Keupstraße ein Fest gegen rechte Ge-

16 Vgl. exemplarisch Erol Yıldız, *Die Weltoffene Stadt. Wie Migration Globalisierung zum urbanen Alltag macht*, Bielefeld 2013.

17 Vgl. Judith Knabe/Anne van Rieffen/Rolf Blandow (Hrsg.), *Städtische Quartiere gestalten. Kommunale Herausforderungen und Chancen im transformierten Wohlfahrtsstaat*, Bielefeld 2015.

walt und für eine offene und vielfältige Stadtgesellschaft. Das Aktionsbündnis wird von vielen lokalen, regionalen und landesweiten Einrichtungen und Unternehmen unterstützt.¹⁸ Das Bündnis veranstaltete, gemeinsam mit der Stadt Köln und dem Schauspiel Köln, im Juni 2016 zudem ein Kunst- und Kulturfest an verschiedenen Kölner Orten. Im Rahmen des Fests wurde AfD-Mitgründer Konrad Adam zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen. Dass der Dialog nicht überall nur auf Zustimmung stieß, zeigten die Aktionen lokaler antifaschistischer Initiativen, die mit ihrem Protest die Teilnahme Adams verhinderten.¹⁹ Solche Konflikte, in denen die Grenzen von Dialogbereitschaft ausgehandelt oder auch kontrovers vorgetragen werden, vollziehen sich in allen großen Bündnissen und generell beim Umgang mit rechten Aktivitäten.

Ähnliche Konflikte zeigten sich etwa auch in Dresden, wo die Stadt gespalten war, wie sie mit der Pegida-Protestbewegung umgesehen sollte. Der Städtevergleich macht jedoch sichtbar, dass unterschiedliche Narrative zur Bildung eines städtischen Wir-Gefühls unterschiedlich breitenwirksame Ausprägungen von Protestkulturen gegen Rechts nach sich ziehen.

STÄDTISCHE BESONDERHEITEN

Der Politikwissenschaftler Hans Vorländer beschreibt das Dresdner Pegida-Phänomen als Ausdruck eines „Kulturkampfes“ um die Deutungshoheit über die lokale Stadtidentität. „Dresden zeigt, wie’s geht“, bekundete der Pegida-Organisator Lutz Bachmann immer wieder auf Kundgebungen.²⁰ Die Pegida-Organisatoren beziehen sich mit ihren Protesten auf den Dresdner Opfermythos und leiten daraus einen besonderen „Dresdner *way of life* gegen eine neue, fremd und unbegreifbar gewordene Welt persönlicher und globaler Zumutungen“ ab.²¹ Ein Vergleich mit den ebenfalls lokalpatriotisch anbietenden Mobilisierungsversuchen seitens der rechtsex-

18 Siehe <http://birlikte.info/#unterstuetzer>.

19 Vgl. Birlikte Bündnis, Erklärung, 2. 6. 2016, http://birlikte.info/Erkla%CC%88rung_Birlikte_020616.pdf; Christian Werthschulte, Birlikte-Kulturfestival in Köln. Protest verhindert AfD-Auftritt, 6. 6. 2016, www.taz.de/15310166.

20 Lutz Bachmann in seiner Rede am 8. 12. 2014.

21 Hans Vorländer, *Zerrissene Stadt: Kulturkampf in Dresden*, in: APuZ 5–7/2016, S. 22–28.

tremen Gruppierung Pro Köln zeigt, wie sehr sich rechte Proteste voneinander unterscheiden können. Nun ließen sich hier viele Gründe anbringen, warum sich die Situation in der ostdeutschen Stadt nicht mit der multikulturell geprägten westlichen Großstadt vergleichen lässt. Aus Sicht der Pegida-Anhänger steht Köln ja sogar neben dem Berliner Bezirk Neukölln gewissermaßen als Sinnbild für die „Islamisierung des Abendlandes“.²² Trotz der Unterschiede zwischen ost- und westdeutsch tradierten kollektiven Identitätssetzungen helfen Vorländers Schilderungen lokal tradierter Opfermythen zum Verständnis der rechten Resonanzfähigkeit von Pegida-Erzählungen.

Die Bedeutung städtisch verankerter und gewachsener Wir-Konstruktionen als politische Mobilisierungsressource verdeutlicht auch der Vergleich zwischen Köln und den zwei ebenfalls in Nordrhein-Westfalen gelegenen Großstädten, Düsseldorf und Dortmund. Düsseldorf hat mit Köln in vielen Bereichen eine organisatorisch vergleichbare Handlungsmöglichkeit zur Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements gegen Rassismus und Rechtsextremismus. So existiert in der Landeshauptstadt ebenso ein städtisch geförderter „Düsseldorfer Appell“, es gibt lokale Bündnisse gegen Rechts wie „Düsseldorf stellt sich quer“ und mit den Toten Hosen steht eine populäre Musikband für konsequentes Engagement wie auch finanziellen Support gegen Rechts. Trotzdem lässt sich die Breitenwirksamkeit eines solchen Engagements nicht mit dem in Köln vergleichen.

Auch Dortmund, der viel diskutierte Hotspot der Neonazi-Szene in Nordrhein-Westfalen, beherbergt eine Fülle städtisch wie landesweit geförderter Initiativen und Projekte gegen Rechts. Doch auch Dortmund kann, wie Düsseldorf, nicht eine solche Breitenwirksamkeit vorweisen, weshalb nicht in der Art gesellschaftlich gegen Rassismus und Rechtsextremismus mobilisiert werden kann, wie dies in Köln der Fall ist. Die Unterschiede lassen sich klar benennen: In Köln ist Mobilisierung gegen Rechtsextremismus

alltagskulturell besser verankert, weil dort ein vitales Netzwerk aus lokalen Akteuren milieuübergreifend an der Konstruktion eines solidarischen kommunalen Wir-Gefühls gearbeitet hat. Und dieses Gefühl wird fortwährend anlassbezogen immer wieder neu gegen Rechts verankert. Anders als in Dortmund und Düsseldorf haben sich diese Initiativen zugleich einen Platz im vorpolitischen Raum des Kölner Lokalpatriotismus erkämpft: Sie haben sich – gleich ob politisch durchdacht oder aus angeblich purer Heimatliebe – zu einem nur noch schwer ausgrenzbaren Teil des „kölschen Lebensgefühl“ gemauert.

KÖLNER LOKALPATRIOTISMUS

Oft geschmäht als Kölner Klüngel und verlacht als selbst verordnetes Narrentum hat das sogenannte kölsche Lebensgefühl einen besonderen Stellenwert in der Außendarstellung wie auch in der Selbstetikettierung seiner Einwohnerschaft.²³ Zu den angeblich typisch kölschen Eigenarten zählen Redensarten wie „Et kütt wie et kütt“ („Es kommt, wie es kommt.“) oder „Wat fott es, es fott“ („Was fort ist, ist fort.“). Der Kölner „an sich“, so soll das ausdrücken, lässt sich in seiner Liebe zu seiner Stadt durch nichts aus der Ruhe bringen. Die Komikerin Carolin Kebekus beschreibt dieses Lebensgefühl in einem Interview mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Wenn Besuch kommt, merkt man, dass die eigene Wahrnehmung eine andere ist als die Außenwahrnehmung. Man zeigt, wo es in Köln überall schön ist – und merkt an den Reaktionen, dass man das auch anders sehen könnte. Ich glaube, dass die Kölner auch dann noch am Rhein sitzen und schöne Lieder über die schöne Stadt singen würden, wenn vorher alle Gebäude in irgendwelche U-Bahn-Baustellen gestürzt wären. Den Lokalpatriotismus hier versteht keiner – außer uns.“²⁴ Kebekus weist auch auf die Fallstricke eines solchen Lokalpatriotismus hin: „Wenn man in diesem Gefühl aufgeht, könnte passieren, dass man Leute ausschließt. Eine Stimmung kann umkippen, wenn man den Kreis zu eng macht. Und dann vergisst man: Es gibt auch Leute in Köln,

22 Während eines Besuchs auf einer Pegida-Demonstration, auf der auch der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders auftrat, erklärte mir eine Teilnehmerin auf die Frage nach dem Grund ihrer Teilnahme, sie wolle nicht so leben, „wie Ihr im Westen“. Auf meine Frage hin, wie „wir“ denn angeblich so leben, antwortete sie: „So wie in Köln“. Dort sei nämlich „alles schon islamisiert“. Auf meine Nachfrage hin gab sie zu, noch nie in Köln gewesen zu sein.

23 Siehe hierzu auch den Beitrag von Frank Überall in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

24 Unser Lokalpatriotismus nervt alle. Interview mit Carolin Kebekus, 27. 1. 2014, www.ksta.de/-932670.

die nicht mitschunkeln und trotzdem dazu gehören.“²⁵

Mit dieser Selbstkritik steht Kebekus in der Riege Kölner Engagierter nicht allein da. Der Kölner Kabarettist Jürgen Becker kritisierte in seiner Rede auf der eingangs erwähnten „Du Bes Kölle“-Demo am 14.12.2014 die viel beschworene Heimatliebe seiner Mitstreiter mit scharfen Worten: „Könnte es vielleicht sein, dass die Lobeshymnen op Kölle, du ming Stadt am Rhing [„Köln, du meine Stadt am Rhein“] denen so munden, die Kölle über alles lieben, weil sie Deutschland, Deutschland über alles nicht mehr singen dürfen?“ Auch das Demo-Motto stellte Becker infrage: „Denn die, die kein Kölsch können sind die wahren Kölner. Die Zugezogenen, die Imis, die kinn kölsch Bloot han [„die kein kölsches Blut haben“]. Denn die sind nicht einfach nur hier hängen geblieben, wie ich, die haben sich bewusst für diese Stadt entschieden.“²⁶

Diese Kritik weist sowohl auf die Gefahren kollektiver Identitätskonstruktionen hin und beweist zugleich die Reflexionsfähigkeit der Akteure in ihrer Mobilisierung antirassistischer Ressourcen in der Stadtgesellschaft. Denn dass es in der Kölner Musikszene auch bei den Akteuren von Arsch huh auch eine kritische und selbstkritische Haltung zum Beschwören angeblicher Kölner Leidenschaften gegeben hat, beweist der BAP-Song von 1982 „Nit für Kooche“ („Nicht für Kuchen“), der als Anti-Karnevalssong die Verlogenheit der Kölner Lebenshaltung thematisiert. Als kritische und anarchische Antwort auf die offiziellen Kölner Prunksitzungen zu Karneval wurde 1983 – unter Mitwirkung von Jürgen Becker – die „Stunksitzung“ gegründet. Diese stark politisierten Sitzungen entwickelten sich sowohl qualitativ als auch quantitativ im Laufe der Jahre zu einer ernsthaften Konkurrenz zum offiziellen Kölner Narrenbrauchtum.

SCHLUSS

Das viel beschworene Kölner Lebensgefühl ist eine Konstruktion, ein umkämpftes Narrativ: „Der“ tolerante, bierselige Feier-Kölner spiegelt

²⁵ Ebd.

²⁶ Jürgen Becker, Rede bei der „Du Bes Kölle“-Demo am 14.12.2014, 18.12.2014, www.arschhuh.de/juergen-beckers-rede-bei-der-du-bes-koelle-demo-am-14-12-2014. Siehe hierzu auch den Beitrag von Jürgen Becker in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

nicht die vielfältige Lebensrealität der Stadtgesellschaft wider. Andererseits gibt es durchaus stark verbreitete kollektive Identifikationsangebote in Köln, die nicht zuletzt auch immer wieder politisch aufgeladen werden und in kollektiven Aushandlungsprozessen materielle Gestalt annehmen. Die Konstruktion kollektiver Identität in der Stadtgesellschaft funktioniert nach den Mechanismen symbolischer Politik: Durch die Deutung historischer Ereignisse, die Besetzung von tradierten alltagskulturellen Handlungsmustern, von Begriffen, Schlagworten und Parolen wird – analog zu zeitgemäßen Werbestrategien in einer sich medial vermittelnden Welt – kollektive Identität konstruiert. Solche Identitätskonstruktionen können für unterschiedliche Zwecke benutzt und missbraucht werden. In Köln, dem liebevoll-ironisch deklarierten „Biotop für Bekloppte“,²⁷ zeigt sich die Besonderheit des kommunal konstruierten Wir-Gefühls auch darin, dass es regelmäßig zu einer Mobilisierungsressource für kommunales Engagement gegen Rechts nutzbar gemacht wird.

ALEXANDER HÄUSLER

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf. Er forscht zu den Themenkomplexen Rechtspopulismus und Autonome Nationalisten.

alexander.haesler@hs-duesseldorf.de

²⁷ Jürgen Becker/Martin Stankowski, Biotop für Bekloppte. Ein Lesebuch für Immi's und Heimathirsche, Köln 1995.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. Dezember 2016

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne-Sophie Friedel
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
4/2017, 23. Januar 2017

GEWALT

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fs-medien@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz